
Der Mord an Amadeu Antonio vor Gericht

Nach mehr als eineinhalb Jahren wurde am 1. Juli in Frankfurt/Oder der Prozeß wegen des Mordes an Amadeu Antonio eröffnet.

Amadeu Antonio kam 1987 aus Angola in die DDR. Dort lebte und arbeitete er in Eberswalde, einer Kleinstadt 60 Kilometer nordöstlich von Berlin.

In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 wurde Amadeu Antonio und drei weitere Vertragsarbeiter aus Angola und Mosambik vor einer Discothek in Eberswalde von Neonazis und Heavy Metals überfallen. Während sich seine Freunde, zum Teil schwer verletzt, retten konnten, entkam Amadeu den rassistischen Schlägern nicht.

Er blieb bewußtlos und zunächst ohne Hilfe auf der Straße liegen und wurde später ins Krankenhaus eingeliefert. Dort starb er am 6. Dezember 1990, ohne das Bewußtsein noch einmal wiedererlangt zu haben.

Nach der Ermordung von Amadeu Antonio hörten die rassistischen Angriffe, Pöbeleien und Bedrohungen in Eberswalde nicht auf. Alle schwarzen Menschen dort, deren Freundinnen, Ehefrauen und Kinder, leben in einer ständigen Bedrohungssituation. Und immer wieder hören wir den Satz: "Im Augenblick ist eigentlich alles ganz ruhig, aber natürlich gehen wir abends nicht mehr auf die Straße, schon gar nicht in eine Kneipe oder Discothek."

Im Sommer letzten Jahres mußte Amadeu Antonios Lebensgefährtin mit dem gemeinsamen Kind, das einen Monat nach Amadeus Tod geboren wurde, zeitweise aus Eberswalde fliehen. Über einen Mitarbeiter der Initiative Schwarzer Deutscher lernten wir sie und ihren Sohn kennen. Seitdem bereiten wir, gemeinsam mit ihr und anderen engagierten Leuten den Prozeß wegen des Mordes an Amadeu Antonio vor. Dabei ging es uns zunächst darum, dazu beizutragen, daß der rassistische Angriff vom November 1990 nicht in Vergessenheit gerät, daß die Täter zur Verantwortung gezogen werden und nicht zuletzt wollten und wollen wir, daß die Rolle der Polizei in dieser Nacht aufgedeckt wird. Schon direkt nach dem brutalen Angriff gab es einige Anhaltspunkte dafür, daß die Polizei am Tatort

war, dem rassistischen Mob zuschaute und viel zu spät, nachdem die Opfer bereits geflohen waren oder schwerverletzt auf der Straße lagen, eingriff.

Engagierte JournalistInnen recherchierten im Sommer letzten Jahres in Eberswalde und sorgten so für etwas Wirbel und Nervosität in den Eberswalder Amtsstuben. Einige empörte Honoratioren, um den guten Ruf ihres hübschen Städtchens besorgt, ließen verlauten, daß die rassistische Stimmung in Eberswalde überhaupt erst durch die Presse angeheizt würde. Einer der Ehrenmänner hoffte sogar, daß es sich ja bei Amadeus Tod um einen Unfall handeln könnte. Wie es im Juli 1992, nach sieben Prozeßtagen, um die dumpfe Zuversicht dieses Herren bestellt ist, konnte die Redaktion leider nicht in Erfahrung bringen.

Der Prozeß

Zum bisherigen Prozeßverlauf ist aus unserer Sicht folgendes zu sagen: Aus einer Gruppe von ca. 50 - 70 Leuten aus der rechtsextremen Szene, die in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 zur Disco "Hüttengasthof" zogen, um, wie einige ZeugInnen ganz offen bekunden, "Neger aufzuklatschen", wurden sechs Männer angeklagt.

Verhandelt wird gemeinschaftliche, gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge, Landfriedensbruch und Sachbeschädigung.

Einer der Angeklagten ist flüchtig. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Die anderen Angeklagten wurden am ersten und zweiten Prozeßtag gehört. Weder sie noch die meisten ZeugInnen machen ein Geheimnis aus ihren rassistischen Vorstellungen und aus ihrer Bereitschaft, deshalb auch mal zuzuschlagen. ZeugInnen, die nicht der rechtsextremen Szene zugeordnet werden müssen, sind rar. Von Verhandlungstag zu Verhandlungstag wird klarer, daß die meisten von den Zeugen genausogut oder -schlecht auf der Anklagebank sitzen könnten. In der Nacht dabei waren alle, die einen aus Neugier, die anderen weil gerade kein Bus fuhr. Der eine oder andere hat auch mal ein bißchen geschubst, geschlagen oder getreten, aber eher so im Vorbeigehen. Da werden Racheakte konstruiert, weil man angeblich von den Vertragsarbeitern bedroht und zusammengeschlagen wurde, da gibt es Gedächtnislücken, kurzsichtige Faschos, die leider in dieser Nacht aus Eitelkeit ihre Brille nicht trugen, einige hatten mit einem Tränengasangriff von einem kleinen, dicken, alten Mann zu kämpfen, da werden Aussagen widerrufen, dann doch bestätigt und etwas abgewandelt, es geht um Gerüchte, daß die einen die anderen be- oder entlasten, je nach

Bedarf. Je länger der Prozeß andauert, je mehr Faschos aussagen bzw. im Gerichtssaal sitzen, desto besser die Stimmung unter den Angeklagten darüber, wie schön die ZeugInnen mauern und sich widersprechen. Die Hoffnung von VerteidigerInnen und Angeklagten steigt, daß zumindestens einigen von ihnen keine direkte Tatbeteiligung nachzuweisen sein wird.

Daß Amadeu Antonio an den Folgen dieses rassistischen Angriffs starb, ist den meisten ZeugInnen und Angeklagten egal, schließlich hat man heutzutage andere Probleme.

Der Richter

Alles in allem ein schlecht inszeniertes, zähes Verwirrspiel. Spielleiter ist der um Väterlichkeit und Pädagogik bemühte Richter Kamp. Daß er in diesem Verfahren erwachsene Menschen um die 20 Jahre vor sich hat, scheint er nicht zu realisieren. Will ein Zeuge nicht so recht mit der Sprache rausrücken, muß er mal eben 10 Minuten in Begleitung zweier Polizisten in den angrenzenden Raum zum "Nachdenken". Das erinnert sehr an den Lehrer, der seinen unartigen Schüler zum Schämen in die Ecke stellt. Einer seiner Lieblingssprüche, selbstverständlich mit erhobenem Zeigefinger: "Herr Zeuge, glauben Sie bloß nicht, Sie könnten hier das Gericht vernaschen! So, nun mal raus mit der Sprache!" Draußen auf dem Flur klopfen sich die Faschos vor Vergnügen auf die Schenkel. Der Richter ist für sie ein gelungener Witz.

Der Herr Vorsitzende tut sich (nicht nur) sprachlich etwas schwer: Nachdem er nun hören mußte, daß der Begriff "Neger" diskriminierend und beleidigend sein könnte, mag er das zwar nicht so recht glauben, bemüht sich aber trotzdem um Alternativen. Am besten gefällt ihm "Schwarzafrikanischer (Mit)Bürger". Was er wohl sagen würde, wenn er selbst als weißeuropäischer Mitbürger bezeichnet würde? Zwei Prozeßtage lang waren die Opfer des rassistischen Angriffs, unabhängig von ihrer Herkunft, plötzlich alle Angolaner. Des öfteren, da muß er sich nicht zu sehr bemühen, bleibt er dann doch bei den "Negern" und fügt hinzu, daß er gerade die Sprache der ZeugInnen verwendet. Amadeu Antonios Namen muß er auch nach sieben Prozeßtagen noch ab und an nachlesen. Kein Wunder, er nennt die Opfer kaum beim Namen. Stattdessen greift er die Idee einer Zeugin, die "die Neger mal eben durchnummeriert" auf und spricht vom ersten, zweiten, dritten "Schwarzafrikaner". Seine Ignoranz wird auch an anderer Stelle deutlich: Den beiden schwarzen Zeugen, die in

der Nacht mit Amadeu zusammen waren, verweigert er, obwohl ziemlich schnell klar wird, daß ihre deutschen Sprachkenntnisse nicht für eine genaue Aussage ausreichen, die Dolmetscher. Nach dem Motto: "Sprechen Sie denn deutsch?" "Ja, ein bißchen." Der Richter: "Na sehen Sie, das geht doch schon ganz gut!" Da helfen keine Anträge der Nebenklage und kein Protest der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg. Vorher gibt er dem Vertreter der Nebenklage noch zu verstehen, daß er nicht so genau weiß, welche Sprache in Angola eigentlich gesprochen wird.

Die ZeugInnen

Trotz seines etwas eingeschränkten Weltbildes versucht der Richter Kamp der rassistischen Motivation dessen, was da verhandelt wird, auf die Spur zu kommen. Zwei Kategorien fallen ihm ein, um ZeugInnen und Angeklagte politisch zuzuordnen: entweder einer ist Skin oder Heavy Metal. Erst nachdem sich einige Zeugen nicht so recht einordnen konnten, fügt er ein drittes Kriterium hinzu: der Fascho. Bravo! - Letztlich ist das alles eine Frage der Haarlänge!

Ganz so einfach ist das allerdings nicht. Einige der Zeugen machen zwar schon äußerlich klar, wo sie politisch stehen: Springerstiefel, Bomberjacke mit dem Hakenkreuz auf den Ärmel genäht, Militärhose und ja, ja Herr Richter, auch der Haarschnitt stimmt. Aber da ist auch der nette Junge von nebenan. Der sitzt sowohl auf der Anklagebank als auch unter den ZeugInnen. Ordentlich gescheitelt, Hemd, Krawatte, Wolljäckchen, gibt der Herr Zeuge - er hat sich gut vorbereitet und ein paar Notizen mitgebracht - seine politische Überzeugung zum Besten: "Damals war ich Nationalist, heute bin ich Arbeiter." Nein, "ausländerfeindlich" ist er nicht, eher ein "Inländerfreund". Die "Scheinasylanten" müßten zwar vertrieben werden, aber doch nicht mit Gewalt, sondern eher mit politischen Mitteln. Und die "Ausländer", die hier seit den 60er Jahren "unsere Wirtschaft ankurbeln, können ruhig auch hier bleiben", sagt er, der Heiko S..

Rechtsextreme Organisationszusammenhänge in Eberswalde!

Den Rassismus der Angeklagten und ZeugInnen außer Betracht zu lassen, wäre in diesem Verfahren völlig unmöglich. Da muß Richter Kamp sich nicht so sehr bemühen. Denn wie bereits erwähnt: Alle bekunden mehr oder weniger offen ihr rassistisches Weltbild. Ein wenig schwieriger

wird es da schon mit den rechtsextremen Organisationszusammenhängen. Bisher ist zwar nicht davon auszugehen, daß es in Eberswalde festgefügte Faschoorganisationen gibt, dennoch treten im Prozeß immer wieder einzelne Zeugen auf, die organisiert sind. Der Richter ist hartnäckig darum bemüht, sämtliche Versuche des Vertreters der Nebenklage, die rechtsextremen Organisationszusammenhänge offenzulegen, abzuwürgen. Dem Herrn Vorsitzenden ist nicht so recht klar, was das überhaupt mit dem zu tun haben könnte, was er da verhandelt.

Damit es alle noch mal mitbekommen, sagt er klar und deutlich, worum es geht bzw. nicht geht. Das klingt dann in etwa so: "Ob sich irgendeine Gruppe irgendwo in der Bundesrepublik rechtsradikal organisiert, hat nichts mit dem Verfahren zu tun. Hier soll allein die konkrete Tat aufgedeckt werden. Die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sollen hier nicht ergründet werden."

Trotzdem, der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Ronald Reimann ist ein wenig unbequem mit seinen Fragen. Er gibt sich mit dem penetranten "kann schon sein, vielleicht, weiß nicht so genau" der ZeugInnen nicht so schnell zufrieden, bohrt nach, fragt nach dem "Deutsch-Nationalen Bund", der in Eberswalde von Tristan Dewitz gegründet werden sollte. Immer wieder wird der Richter und der/die eine oder andere VerteidigerIn der Angeklagten darüber etwas ungehalten. Man will doch schließlich hier schnell zu einem Ende kommen. Einer der Herren Verteidiger beginnt demonstrativ, aber nicht wirklich, zu gähnen, sobald der Vertreter der Nebenklage sein Fragerecht wahrnimmt. Ansonsten ist der junge Mann damit beschäftigt, den Richter anzugrinsen und seine Fishermans Friend auf den Unterlagen auszukippen und zu sortieren.

Die Polizei - Freund und Helfer des rassistischen Mobs?

Einen herausragenden Stellenwert innerhalb des Prozesses nimmt das skandalöse Verhalten der Polizei in dieser Nacht ein. Unsere bisherigen Vermutungen bezüglich der Untätigkeit der Polizei werden im Verlauf des Verfahrens nur bestätigt. Mittlerweile ist klar, daß die Polizei einen Teil der Jugendlichen bereits auf dem Weg in die Disko "Rockbahnhof" - einem Treffpunkt von Rechtsextremen im Stadtteil Finow - beobachtete und gegen Mitternacht Kenntnis davon erhielt, daß die DiskobesucherInnen gesammelt zum "Hüttengasthof" - einer zur damaligen Zeit vorwiegend von Schwarzen besuchten Diskothek und Gaststätte, in der sich an diesem

Abend auch Amadeu und seine FreundInnen aufhielten - ziehen wollten. Die Polizei selber war es auch, die den Wirt des "Hüttengasthofs" telefonisch alarmierte und diesem nahelegte, die Gaststätte zu schließen und die gefährdeten BesucherInnen nach Hause zu schicken. Bereits 30 Minuten bevor der gewalttätige Mob den "Hüttengasthof" erreichte, hatten 20 Polizisten, aufgeteilt in zwei Gruppen, in einer Seitenstraße unweit des späteren Tatorts Stellung bezogen. Eine Gruppe von drei Zivilbeamten war zur gleichen Zeit an der Chemischen Fabrik, d.h. Amadeu Antonio wurde vor den Augen der drei Zivilpolizisten, derart zusammengeschlagen und -getreten, daß er elf Tage später an den Folgen dieses Überfalls starb. Die Zivilbeamten griffen weder ein, noch benachrichtigten sie beizeiten die Polizisten am nahegelegenen "Hüttengasthof". Auch hielten sie es anscheinend nicht für nötig, von den später noch Herumstehenden die Personalien festzustellen. Vom Gericht nach dem Grund für ihr Nichteingreifen befragt, erklärte ein Beamter, sie hätten den ausdrücklichen Befehl gehabt, nicht einzugreifen, egal was geschehe. Ein anderer "entschuldigte" sich damit, daß sie zu dritt gegen 50 nichts hätten ausrichten können und verweigerte schließlich jede weitere Aussage, um sich nicht selbst zu belasten. Auch die in der Nähe des "Hüttengasthofs" postierten 20 Polizisten griffen nicht ein, als dort ein weiterer Schwarzer von der Menge zusammengeschlagen wurde. Sie erschienen erst am Ort des Geschehens, als schon alles vorbei war - angeblich, weil alles so schnell ging und weil man, wie der Einsatzleiter vor Gericht aussagte, nicht mit einer solchen Eskalation gerechnet habe. Stellt sich die Frage, warum die Herren Beamten in Zivil und Uniform an diesem Abend im Einsatz waren und es für nötig hielten, den "Hüttengasthof" zu alarmieren, wenn sie doch mit so einer Eskalation gar nicht gerechnet hatten ... Nicht nur Amadeus Lebensgefährtin fragt, ob Amadeu noch leben würde, wenn die Polizei ihre verdammte Aufgabe wahrgenommen hätte. Aber in Eberswalde, wie in anderen Städten auch, ist mittlerweile bekannt, daß die Polizei bei rassistisch motivierten Angriffen nachsichtig ist, zu spät oder gar nicht kommt oder eben wie in der Novembernacht da ist und zuschaut, wie ein Mensch erschlagen wird. Bezeichnend ist die Äußerung eines Zivilpolizisten vor der chemischen Fabrik zu einer Bekannten von Amadeu: "Für einen Neger tu' ich nichts!"

Gegen die drei Zivilbeamten wurde mittlerweile ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ob auch gegen die uniformierten Polizisten wegen ihrer dreisten Untätigkeit ermittelt werden wird, muß sich noch herausstellen.

Das heißt noch lange nicht, daß sie alle auch tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden. Es wäre nicht das erste Mal, daß Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen im Sande verlaufen.

Darüberhinaus laufen auch gegen eine Reihe von ZeugInnen Ermittlungsverfahren bzw. werden wohl noch eingeleitet. Deshalb ist mit weiteren Prozessen wegen des Mordes an Amadeu Antonio zu rechnen.

Nachtrag:

Im Prozeß wegen Mordes an Amadeu Antonio sind inzwischen die Urteile gesprochen worden. Eine Verurteilung erging wegen Körperverletzung mit Todesfolge, für drei Täter bedeutet das vier Jahre Jugendhaft, für einen weiteren Täter dreieinhalb Jahre und der fünfte Täter bekam zwei Jahre auf Bewährung, ausschließlich wegen schweren Landfriedensbruch.

Obwohl während des Prozesses die rassistische Einstellung der Täter immer wieder deutlich wurde, erfolgte nur eine Verurteilung wegen Körperverletzung und nicht wegen Mordes.

Berlin, im November 1992

Gedanken zu einer Umfrage

Ein Beispiel aus der Praxis der Ausländerarbeit
in den fünf neuen Bundesländern:
Das Multikulturelle Zentrum e.V. in Zittau.

Die Arbeit vieler Ausländerinitiativen in Ostdeutschland ist häufig mit großen Schwierigkeiten verbunden. Sie müssen sich auf den Balanceakt einlassen, ihr Eintreten für Multikulturalität in einer Art und Weise durchzuführen, die die gesteckten Ziele fest und entschlossen verfolgt, zugleich aber die Besonderheiten des jeweiligen sozialen Umfeldes vor Ort berücksichtigt. Vernachlässigen sie den letzten Gesichtspunkt, könnte sich die Arbeit als kontraproduktiv erweisen und soziale Spannungen zwischen Migranten und Einheimischen verschärfen. Man wird multikulturelles Zusammenleben nicht gegen die deutsche Bevölkerung durchsetzen können, nur mit ihr.

Um sich einen genaueren Einblick in die sozialen Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verschaffen, hat das Multikulturelle Zentrum e.V. in Zittau eine schriftliche Befragung von Bürgern der Stadt durchgeführt. Selbstverständlich ist diese Befragung und deren Auswertung nicht an Maßstäben und Gütekriterien der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung zu messen. Da auf den Aufruf, sich zum Zusammenleben mit Ausländern zu äußern, nur jene reagierten, die sich angesprochen fühlten und ihren Willen zur Äußerung schriftlich umsetzten, darf die folgende Zusammenfassung der Antworten nicht als repräsentatives Stimmungsbild der Zittauer Bevölkerung gelesen werden. Man täte denjenigen Zittauern Unrecht, die sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht geäußert haben, wollte man ihnen unterstellen, daß sie mehrheitlich die unten beschriebenen Meinungen verträten. Es wäre fatal, solche falschen Schlüsse zu ziehen; es wäre von Nachteil für ein verbessertes Zusammenleben von Ausländern und Deutschen, weil man die Zittauer auf diese Weise zu einer Abwehrhaltung zwingen würde, die Abgrenzungen verstärkt anstatt sie zu lockern - so die Sorge der Mitarbeiterin des Multikulturellen Zentrums e.V., Claudia Hüttig, die die folgenden Gedanken zur Umfrage formuliert hat.

Die Redaktion

Zittau - die Stadt im Dreiländereck Polen, CSFR, Bundesrepublik Deutschland - ist von verschiedensten Ereignissen der beiden vergangenen Jahre geprägt.

Im Herbst 1990 kamen sowjetische Juden nach Zittau, im Februar 1991 die ersten Asylbewerber - wie für jede Stadt in den neuen Bundesländern, so war dies auch für Zittau eine ungewohnte Situation.

Es kam zu einzelnen Übergriffen auf Wohnheime. Am gravierendsten - weil politisch am brisantesten - war der Überfall auf das Wohnheim, das Kinder aus Tschernobyl beherbergte. Der Prozeß folgte im Herbst 1991.

In den Sommermonaten versuchten viele Flüchtlinge über die grüne Grenze in unser Land zu kommen - ein Bild des Elends mitten unter uns. Die Not der Welt liegt plötzlich vor unserer Haustür, und da hatten wir uns doch gerade gefreut, endlich zur Wohlstandsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland zu gehören.

Wie leben die Zittauer mit ausländischen Bürgern in ihrer Stadt? Mit einer Umfrage wollten wir gern die Bevölkerung in die Vorbereitungen zur "Woche des ausländischen Mitbürgers" einbeziehen. Dafür, daß Umfragen dieser Art für uns ungewohnt sind, erreichten uns mit 260 Zusendungen recht viele Antworten, z.T. mit Briefen und anderen Zusatzbemerkungen versehen. Die Resonanz war erfreulich und ernüchternd zugleich. Sowohl Solidarisierung, Betroffenheit und Hilflosigkeit als auch Bereitschaft zur Gewalt gegen Ausländer kamen zum Ausdruck.

Zunächst fragten wir, wie hoch die Zahl der in Zittau lebenden Ausländer und Asylbewerber eingeschätzt wird. Tatsächlich leben in Zittau, einer Stadt mit 33.000 Einwohnern, 401 Ausländer, davon ca. 160 Asylbewerber (Stand: Juli 1991). Ein großer Teil der Antworten dagegen brachte Vorstellungen in unrealen Größenordnungen (über 1000 Ausländer) zum Ausdruck und ähnlich viele meinten: "Egal, wie viele es sind - es sind zu viele".

Warum verlassen Menschen ihr Heimatland? - so lautete die zweite Frage. Die meist vertretene Meinung war die, daß viele Menschen mit Illusionen nach Deutschland kämen und hier nur auf Kosten der Deutschen besser leben wollten. Jeder sollte doch in seinem Land bleiben und dort etwas aufbauen. Viele räumten aber auch ein, daß politische Gründe in Verbindung mit massiver Armut als Ursachen anzusehen sind, die Menschen aus ihrer Heimat wegtreiben und daß sie ein Recht haben, menschenwürdig zu leben.

Weiterhin wollten wir wissen, ob sich die Zittauer durch Ausländer bedroht fühlen. Etwa 70 Personen verneinten dies. Warum die anderen, so fragten wir weiter, sich bedroht fühlen. Massive Ängste wurden deutlich: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Kriminalität - für uns alle beängstigende Tendenzen - wurden mit Ausländern in Zusammenhang gebracht. Von Einzelnen wurde selbst die Übertragung von Krankheiten den Ausländern angelastet. Groß ist die Angst vor einer Vermischung der "Rassen" und Kulturen. Man hat Angst, eine Minderheit im eigenen Volk zu werden.

Auf die Frage, ob wir auf Ausländer in Deutschland verzichten könnten, antwortete der größte Teil mit ja.

Die nächste Frage befaßte sich mit unserer Kultur, wobei jeder vermutlich unter Kultur etwas anderes verstehen wird. Wie beschreibt jeder seine eigene Identität? Die Hälfte der Zuschriften machte deutlich, daß eher eine Überfremdung unserer Kultur befürchtet wird, während 65 unter ihnen meinten, daß wir eigentlich kulturell bereichert werden. "Ein gesunder Prozentsatz macht das Leben bunter", war auch zu lesen.

Wie groß ist unsere Toleranzbereitschaft?

Daß Ausländer nicht so gut deutsch sprechen können und auch ihre eigenen Lebensgewohnheiten haben, akzeptierte ein großer Teil. Dabei wurde aber auch eingeschränkt, daß wir Deutschen nicht belästigt werden dürfen und Ausländer sich eigentlich der deutschen Lebensweise - was immer darunter zu verstehen ist - anpassen müßten. Das Betteln ist den meisten unangenehm; dahinter stehen sicher auch eigene Erfahrungen.

Darüber, ob sie ihre Religion ausüben können sollen, gingen die Meinungen auseinander, aber vielen war es auch einfach egal. Daß sie sich an unsere Gesetze halten müssen, wurde jedoch einhellig gefordert.

Zum Schluß fragten wir, wie nach Meinung der Leser das Flüchtlingsproblem gelöst werden könnte. Dazu boten wir einige Varianten zur Auswahl an.

Ein großer Teil sprach sich dafür aus, die Fluchtursachen zu bekämpfen, indem den Herkunftsländern Unterstützung gewährt wird. Die Hilfe müsse aber konkret werden als Hilfe zur Selbsthilfe. Die Reichtümer der Welt sollten gerecht verteilt werden. Deutschland müsse sich auch endlich dazu

bekennen, daß es ein Einwanderungsland ist. Ausländer sollten bei der Integration besser unterstützt werden, z.B. durch Deutschunterricht.

Aber auch andere Töne wurden angeschlagen: Ausländer sollen in ihren Ländern bleiben, wir haben die DDR auch nicht verlassen!

Sehr schnell wurden bei der Suche nach einer Lösung wieder die eigenen Ängste in den Vordergrund gerückt und man beschränkte sich auf den Schauplatz Deutschland. Manche meinten, das Geld solle lieber den Hilfebedürftigen in Deutschland - alten Menschen, Obdachlosen, Wohnungssuchenden, Arbeitslosen - zugute kommen. Ausländern, die noch Arbeit haben, solle man die Arbeit wegnehmen, war sogar zu hören. Andererseits müßten wir ihnen das Arbeiten erst einmal richtig beibringen. Auf jeden Fall sollten sie unterbezahlt beschäftigt werden.

Es wurde angezweifelt, ob es überhaupt noch Fluchtursachen auf der Welt gäbe. Die Asylverfahren müßten beschleunigt und verschärft werden, meinte ein Großteil. Man solle Ausländern das Leben schwer machen, damit andere nicht nachkommen, war in immerhin 51 Zuschriften zu lesen. Andere schämten sich für eine solche Einstellung. Schließlich forderten 94, die Grenzen dicht zu machen. (Vielleicht ist dabei vergessen worden, daß das auch unsere Reisefreiheit beschränkt?)

Nun zu einigen Einzelmeinungen:

Einer forderte einen Volksentscheid zur Flüchtlingspolitik, ein anderer härteres Durchgreifen der Regierung, weil sonst die entsprechenden Parteien gewählt würden, die diese Forderung vertreten. Wieder ein anderer wünschte sich eine "Säuberungsaktion" durch die Rechten. Die Angst vor einer gewalttätigen Eskalation der Ausländerfeindlichkeit wurde allerdings sehr stark signalisiert.

Hinweis für Anfänger

Wenn Du einen "Ausländer" triffst,

renne nicht schreiend aus dem Zimmer, das ist unhöflich.

Wenn Du Dich zurückziehen mußt, tue es langsam und diskret

Bilde Dir nicht ein, daß sie Dich nett findet.

Erwarte nicht, daß sie auch so aufgeregt ist, einen Deutschen kennenzulernen wie Du eine "Ausländerin". Wahrscheinlich wuchs sie mit ihnen auf.

Erwähne nicht sofort Deine ausländischen Freunde oder ausländischen Kollegen, um zu beweisen daß Du "ausländerfreundlich" bist.

Sag ihm nicht, daß es rassistisch sei, Deutsche vorzuziehen als Freunde und daß alle Menschen gleich sind.

Sag ihr nicht, daß deutsche Linke auch diskriminiert werden und daß es nur um Klassenkampf geht. Das ist altbekannte Verwirrung und sollte als solche behandelt werden.

Vermeide folgende Fragen: Woher kommst Du? Warum bist Du hier in Deutschland? Wo hast Du Deutsch gelernt? Wie lange lebst Du in Deutschland? Gefällt es Dir in Deutschland? Willst Du für immer in Deutschland bleiben?

Bilde Dir nicht ein, daß er es kaum erwarten kann, über Rassismus mit Dir zu sprechen.

Erwarte auch nicht, daß sie darüber nicht sprechen wird.

Verharmlose nicht seine Erfahrung, indem Du über Rassismus woanders philosophierst.

Sag ihr nicht, daß Du Dich schämst, ein Deutscher zu sein, das wirkt blöd.

Erwarte nicht, daß er ausflippt vor Entzückung, wenn Du das Wort multikulturell erwähnst.

**Weitere Beratung
in allen Multi-Kulti-Mode-Fachgeschäften**

aus: Visa, herausgegeben von Immigrantenpolitisches Forum e.V., Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61



Ausländerfeindlichkeit in den fünf neuen Bundesländern

Multikulturalität als demokratische Mitbestimmung, Mitgestaltung und Gleichstellung von Menschen verschiedenster Herkunft und Kulturen ist in der Bundesrepublik kein durchgängig existenter sozialer Sachverhalt. Realität dagegen ist hier eine Fremdenabwehr.

Für die fünf neuen Bundesländer ist die Feststellung voranzustellen, daß die Ex-DDR-Gesellschaft in puncto multikulturelle Gesellschaft das Niveau von Analphabeten aufweist.

Die DDR war ein großes Lager im Sinne Stalins, mit Mauern und Wachtürmen umgeben, damit abgeschlossen für eine Begegnung mit anderen Völkern und Kulturen. "Weltoffenheit" war zwar ein viel gebrauchtes Parolewort des Herrschaftsregimes, allerdings fehlte die notwendige soziale Praxis.

Intra muros entwickelte sich kein Sozialkontext für ein konstruktives Miteinander von verschiedenen ethnischen Gruppen und Kulturen. Toleranz gegenüber anderen Meinungen, Weltanschauungen, Positionen, Lebensweisen und Kulturen war in der DDR nicht einmal im Keimsstadium vorhanden. Offiziell bekannte sich das System zu Völkerfreundschaft, internationaler Solidarität und proletarischem Internationalismus, insgesamt hohle politische Propaganda; partiell sind jedoch auch Leistungen zu verbuchen.

Das soziale Bedingungsgefüge im Ostdeutschland der Post-Wende ist durch alte und neue Problemstaus mit sozialem Zündstoff angereichert. Die neue Bundesrepublik erweist sich in der Grobanalyse als eine Dreiklassengesellschaft bestehend aus Altbundesdeutschen (den Besserwessis), den Osis (eine Wortmarke mit pejorativem Einschlag) und den Ausländern. Damit ist oberflächlich eine Rangordnung abgesteckt, die sich jedoch drastisch im sozialen Umgang widerspiegelt. Das irrational erscheinende Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit in den ostdeutschen Bundesländern steht durchaus im Zusammenhang mit sozialer Versicherung, einer problematischen Wirtschaftslage und der Zunahme von Arbeitslosigkeit.

Sozialpsychologische Momente, aufgeputschte Massenhysterie, nationalistische Vorurteile, die Wiederbelebung des Rassismus, das Vorhandensein eines Jugendmobs, vor allem aber der Aufwind für rechtstradikale Tendenzen bewirken eine gravierende Ausländerfeindlichkeit, die eine Schande für ein Kulturvolk ist.

Offensichtlich spielt im Vergleich zur Altbundesrepublik auch die Phasenverschiebung eine Rolle. Insgesamt sind die sozialen Spannungen in Ostdeutschland dermaßen groß, daß sie sich eruptiv in Gewalt entladen.

Ausländerfeindlichkeit in Meinungsumfragen

Bei aller Vorsicht bezogen auf den Aussagewert von Meinungsumfragen in instabilen Gesellschaften - auch unter Berücksichtigung, daß Meinungsforschung das "dünne Brett" der Soziologie ist - sollen doch rasante Entwicklungen benannt werden, die gewissermaßen auch die Alltagserfahrung bestätigen.

In Meinungsumfragen des Leipziger Jugendforschungsinstituts verdeutlicht sich der Wachstumstrend ausländerfeindlicher Haltungen:

- Im Oktober 1989 erklärten 14 Prozent der Schüler, daß die vielen Ausländer in der DDR störend wirken.

- Ende November/Anfang Dezember 1989 erklärten das 23 Prozent der Schüler.

- Das gewalttätige Vorgehen gegen Ausländer rechtfertigten im Februar 1990 24 Prozent der Schüler und 26 Prozent der Lehrlinge.

Es kam über Mosambikaner zu überzogenen persönlichen Stellungnahmen: "Das Viehzeug gehört ausgerottet".

Man bedenke, es sind Aussagen von Jugendlichen, erzogen und gebildet unter sozialistischen Bedingungen.

- Inzwischen empfinden 40 Prozent der ostdeutschen Jugend Ausländer als lästig. (Studie von Hajo Funke).

- Nach Befragungsbefunden der katholischen Universität Eichstätt (Bayern) haben 30 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen "nationalstaatliche Orientierungen" (im Westen 15 Prozent).

Wenn Nationalismus unter den zentralen Werten hoch rangiert, dann ist das ein Anzeichen für Wertevererschleiß und Wertedefizite. Es geht um Verluste an Humanwerten im zwischenmenschlichen Bezug. Das veranschaulicht sich besonders im Sozialumgang mit Ausländern.

Der ostdeutschen Jugend rutschen prosoziale Werte als Orientierungsgrundlage weg. Wertesubstitution vollzieht sich z. Z. bezogen auf prosoziale Werte nur geringfügig.

Ausländerfeindlichkeit in der DDR und nach der Wende

Wie der Rechtsradikalismus ist auch die Ausländerfeindlichkeit ein genuines DDR-Produkt. Bereits Jahre vor der Wende gab es immer punktuell Vorkommnisse, die sich gegen Ausländer richteten. Es war jedoch nicht erlaubt, dieses Problemfeld soziologisch zu durchforsten.

Die mit Gewalt angereicherte Ausländerfeindlichkeit der alten DDR wurde durch den wirtschaftlichen Niedergang in den achtziger Jahren erheblich angeheizt. Das war auch nicht aus der Welt zu schaffen durch ein von der Volkskammer (im Februar 1989) unerwartet verabschiedetes Kommunalwahlrecht für AusländerInnen. Etwa 180 000 bis 200 000 Menschen, also ungefähr 1 Prozent der DDR-Gesamtbevölkerung, waren Nicht-Deutsche (60 000 aus Vietnam, 16 000 aus Mosambik, 9 000 aus Kuba, 2 000 aus Polen, 1 000 aus Angola, 960 aus China, dazu ausländische Studierende und ca. 43 000 ständig in der DDR lebende Nicht-Deutsche (nach taz vom 16.1.1990).

Die DDR-spezifische Ausländerfeindlichkeit äußerte sich als eine sichtbare Erscheinungsform der Sozialunterdrückung. Die inhuman pragmatische Einstufung und Taxierung von bestimmten Ausländergruppen zeigt sich in Gettoisierung, der wirtschaftlichen Minderstellung, Versagung von Menschenrechten, der Disziplinierung, der Verhaltensanleitung bis in die Intimbereiche.

Die sozialistische Gesellschaft behandelte bestimmte Ausländer unter der Würde geltender Humanitätsgrundsätze. Derartige Behandlungen hatten eine Art Aufforderungscharakter für Übergriffe gegen den schutzlosen Personenkreis. Gefährliche Volksleidenschaften entzündeten sich immer wieder an Vorurteilen und unhaltbaren Rufbildern.

Bereits in der DDR-spezifischen Ausländerfeindlichkeit kam auch der Rassismus wieder zum Durchbruch. Er blieb aber ständig außerhalb bewußt rassistischer Begründungen und Rechtfertigungen (besonders bei Jugendlichen). Nicht nur die rechtsradikale Jugendszene, sondern weite Kreise der DDR-Bevölkerung transportierten ausländerfeindliche Vorurteile. Die rechte/Skin-Jugendszene brachte diese Vorurteile auf den Punkt.

Reduziert äußerte sie folgende Klischees:

- Ausländer machen deutsche Frauen an,
- sie haben aus Zentralafrika AIDS eingeschleppt
- sie bringen Krankheiten in unser Land,
- sie spielen sich wie Herren auf, obwohl sie in ihren Herkunftsländern arme Schweine sind,
- sie leben auf Kosten der Gesellschaft,
- sie erbringen keine Leistungen,
- sie genießen nur Vorteile, sind finanziell besser gestellt als der Durchschnitt in der DDR,
- sie haben Zugang zu den lukrativen Währungen,
- sie beteiligen sich am kriminellen Zwischenhandel mit bestimmten attraktiven Produkten,
- sie haben größere Freizügigkeitsrechte als der normale DDR-Bürger.

Hinter diesen Vorurteilen steckt nicht nur eine gewisse nationalistische Überheblichkeit und Rassismus, teilweise unreflektiert, sondern auch Sozialneid und diffuse soziale Bedrohung. Verallgemeinert handelt es sich um



- Formen gravierender wirtschaftlich-existentieller Bedrohung; unzureichend aufgezeigte Lösungen für sich verdichtende soziale Spannungszustände.

- das Vorhandensein von Personengruppen, die relativ schutzlos sind und äußerlich Merkmale der Fremdheit aufweisen,

- eine geschürte, aber auch spontan vorhandene soziale Blindheit, die Problemkonzentrate konstruktiv im Wesenskern anzugehen,

- der ausländische Mitbürger, dem Bürgerrechte faktisch versagt sind, wird zum Feind, auf den Aggressionen gerichtet werden.

Die Vereinigung schließlich, liefert eine noch größere Problemdichte an Fremdenhaß und Gewaltbereitschaft in Ostdeutschland. Scheinbar versachlicht, aber bereits von systematischen rassistischen Ideologiemustern

durchsetzt, werden folgende Stereotype in die Debatte gebracht:

- Ausländer nehmen uns Arbeit, Ausbildungsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen.
- Wir haben genug eigene Probleme, warum schaffen wir uns zusätzlich Probleme durch Ausländer?
- Ausländer genügen nicht den deutschen Ordnungs- und Leistungsmaßstäben.
- Wir Deutschen müssen unter uns bleiben.
- Alle Nichtdeutschen sind irgendwie minderwertig.
- Das Nationale wird vom Fremden beherrscht. ("Wir sind keine türkische Provinz")
- Durch das Zusammensein mit Ausländerkindern werden unsere Kinder nicht nur sozial verdorben, sondern sie sprechen auch immer schlechter deutsch.
- Ausländer ziehen durch ihr auffälliges Verhalten den Haß auf sich (z.B. Hütchenspieler, das Betteln der Sinti und Roma).
- Wie die Ausländer leben, das ist asozial oder zumindest kriminelle Gefährdung.
- Ausländer sind Träger einer intensiven Kriminalität, sie sind besonders gewalttätig.

Übergreifende Kennzeichnungen der Ausländerfeindlichkeit

Ausländerfeindlichkeit - das ist ein Komplex zugespitzter sozialer Probleme der Interdependenz zwischen "Einheimischen" und "Fremden", ausgetragen um ein Anrecht auf würdige soziale Existenz und Lebensqualität im Kontext strittig gemachter Lebensräume und immer vermittelt über gesellschaftssystemgebundene Herrschafts- und Machtverhältnisse.

Die Größenordnung der Ausländerfeindlichkeit - ihre Verbreitung und Intensität betreffend - nimmt insbesondere in den fünf neuen Bundesländern ein Ausmaß an, das nicht nur die Würde aller Kulturnationen verletzt, sondern auch ein bezeichnendes Licht auf die staatliche Autorität in ihrem Unvermögen wirft, Schutz und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Im Umgang mit ausländischen Mitbürgern erscheint der Konfliktbezug mit destruktiver Lösung als dominant. Es hat den Anschein, daß die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft dem anstehenden Problemdruck nicht gewachsen ist. Die soziale Frage - als Interessenausgleich von Armut und Reichtum, als Anspruch auf Wiedergutmachung von alt- und neokolonial-

stischen Strukturierungen - fokussiert sich auch in der Ausländerproblematik. Ausländerfeindlichkeit ist keine Fehlfunktion in der Beziehung zum anderen, die lediglich vom Individuum ausgeht (basierend auf Mißtrauen, Abneigung, Angst usw.), sondern sie ist ein gesamtgesellschaftlicher Sachverhalt; bezogen auf ihre Verbreitung und Wirkungsintensität ein Ausdruck schwerwiegender Unstimmigkeiten im Gesellschaftsorganismus. Über die Ausländerfeindlichkeit vollziehen gesellschaftliche Interessengruppen ihre Auseinandersetzung mit der bestehenden Sozialordnung. Subjektiv erscheint Ausländerfeindlichkeit als Reaktion auf eine fiktive oder reale existentielle Bedrohung. Die Ausländerfeindlichkeit in den fünf neuen Bundesländern ist auch politisch vorprogrammiert. Dazu nur wenige Bemerkungen:

- eine tradierte Ausländerfeindlichkeit ist als deutsche Erbkrankheit zu diagnostizieren, besonders in historischen Epochen, wenn die deutschen ihr Profil zeigen.
- Der Trend zur geschlossenen Nationalgesellschaft ist allerdings nicht auf Deutschland beschränkt. Er zeigt offensichtlich Ansteckungswirkung.
- Schon zu DDR-Zeiten gab es keine Informationen über die Befindlichkeit der wenigen Ausländer in der ost-deutschen Diaspora. Man zwang sie, im gesellschaftlichen Schatten und in sozialen Nischen zu leben.
- Die DDR-spezifische politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen war unerschwerlich mit nationalistischen Vorurteilsprägungen überfrachtet. Diese Prozesse wirken auch gegenwärtig, sogar verstärkt, weil man die Sozialisationsinstanzen nicht austauschen kann.
- Inzwischen ist auch ein Betrachtungsmuster alltagssoziologischer Art von West auf Ost durchgestellt: Die soziale Minderwertigkeit der Ostdeutschen aus der Sicht des "Besserwissers". Die erfahrene Behandlung als sozial minderwertig wird an Rechtlosere weitergegeben. Damit kommen Ausländer verstärkt in Opferpositionen.

Zur Anatomie der Ausländerfeindlichkeit

Die Anatomie der Ausländerfeindlichkeit legt verschiedene Schichten frei:

1. Ethnozentrismus,
2. unreflektierte Deutschtümelei, Nationalismus und Chauvinismus,
3. Rassismus und
4. Sozialdarwinistische Gesellschaftszustände.

Zwischen den einzelnen Schichten gibt es nahtlose Übergänge. Eine solche Differenzierung enthält auch die Chance, ein Problembewußtsein zu entwickeln und Ansätze zur konstruktiven Aufarbeitung zu erkunden.

1. Der Ethnozentrismus ist offensichtlich ein universelles Problem. Die Erfahrungen mit der eigenen Sozialumwelt und -kultur werden zum Maßstab für die Bewertung anderer Kulturen. Die eigene Kultur gilt als überlegen, besser, als etwas Herausragendes. Somit erscheint der Ethnozentrismus als Begleitumstand national-kultureller Identität. Mittels ethnozentrischer Argumente grenzt man sich "vom Fremden" ab, das auch mangels entsprechender Kenntnis und Begegnung auf Distanz gehalten wird. Bezogen auf die alte DDR ist "das Schmoren im eigenen Saft" kennzeichnend. Die wirtschaftlichen Erfolge der Altbundesrepublik führen dazu, daß man sich im Spiegel "als größten Deutschen" wiedererkennt.

2. Die Gefahr der Deutschtümelei und des Nationalismus liegt im vereinigten Deutschland. "Hurra, das alte Reich kommt wieder" oder "Nur ein Deutscher ist ein Deutscher". Das sind Losungen, die uns allerorts unangenehm entgegendröhnen. Im nationalistischen Taumel haben die Deutschen in ihrer Geschichte häufig den Boden unter den Füßen verloren.

Der Nationalismus ist auch die traditionelle Heimat der Rechten. Die Ausformung des deutschen Nationalismus ist dadurch belastet, daß er immer in Erbpacht durch reaktionäre Ideologien genommen wurde. Als Integrationsideologie stellt der Nationalismus die besonderen Interessen unter einen Generalnenner, verliert die Fähigkeit zur Differenzierung und schafft vereinfachte Feindbilder. Häufig reduziert er sich auf banale Standardargumente. Obwohl die nationalistische Argumentation hohl bleibt, ist sie wirksam. Sie ist populistisch und schürt Emotionen. Die Menschenjagden auf Nicht-Deutsche sind nicht schlechthin ein Ausdruck von "nationalistischer Besoffenheit" (ein Ausdruck von Klaus Geiger, Kassel), sondern sie zeigen die Umsetzung von ideologischen Einstellungen in soziales Handeln. Der ausgeprägte Nationalismus ist der Gegenpol zur pluralistischen Demokratie. Nationalismus ist eine ideologische Gegenmacht, die in der Gesellschaft gewissermaßen von unten kommt. Häufig bedienen sich Personengruppen, die überhaupt keine Einsichten in die Kompliziertheiten der deutschen Geschichte haben, nationalistischer Argumentationsketten. Nationalistische Ideologeme vergiften die Sozialbeziehungen zum ausländischen Mitbürger.

3. Die Alltagserscheinungen des Rassismus äußern sich als Hausherrenstandpunkte, angemäße Weisungskompetenzen, Überlegenheitsgefühle. Selbst ein Personenkreis, der den Rassismus äußerlich ablehnt, hat entsprechende Denk- und Einstellungsmuster parat: "Hier geht's zu wie in einer Judenschule", "Hier sieht's aus wie bei den Hottentotten", "Das ist eine polnische bzw. russische Wirtschaft". Derartige Wortketten könnte man fortsetzen.

Im Kern ist Rassismus Herrschaftsideologie, die in bestimmten sozialen Situationen zu einer wirksamen Massenideologie umgeschlagen wird. Rassismus ist Sozialunterdrückung als angemäße restriktive Herrschaft über Menschen, gerechtfertigt durch Willkür. Ausländerfeindlichkeit einschließlich der Vorformen beruht unbewußt und bewußt auf Rassismus. Die Grundlage ist die Sicherstellung von Unterschieden. Diese Unterschiede werden in einer antihuman-pragmatischen Art und Weise gewertet und als Rechtfertigungsmuster im sozialen Krieg des Alltagslebens genutzt. Rassismus erscheint als Selbstrechtfertigung durch Beschuldigung anderer. Er ist auch so etwas wie die Austreibung der Angst vor dem Anderen, dem Fremden. Volksleidenschaften in Intensitätsgraden bilden die Grundlage des Rassismus. Memmi betont:

"Um Leben zu können, muß man sich behaupten. Kann man dies durch Identifikation nicht erreichen, muß man es durch seine Unterschiede tun" (S.53).

Im Rassismus wird gesellschaftliche Ungleichheit und Polarisierung durch eine biologistische Argumentation überlagert.

4. "Sozialdarwinistische Gesellschaftszustände" (eine vorläufige Prä- gung) produzieren spontan und systematisch Problemgehalte in außerordentlicher Zuspitzung. Das ist vor allem typisch für Gesellschaften mit einer gewissen Instabilität.

Die Theorie und Praxis des verwirkten DDR-Sozialismus war zutiefst antidemokratisch. Die Aufteilung der Gesellschaft in Nomenklatura, ihren Handlangern und dem Volk war verbunden im Konzept der Überwachungs- und Disziplinierungsgeellschaft. Die Entmündigung des Volkes war eine soziale Gegebenheit. Anpassung war als Verhaltensmuster gefragt. Das alte Herrschaftssystem ist demontiert und durch eine "Zwischengesellschaft" ersetzt. Diese Zwischengesellschaft zeigt auf eine besondere Art ein soziales Spannungsfeld zwischen dem verbrauchten Gesellschaftssystem und den Erfordernissen einer pluralistischen Demokra-

tie. Die Zwischengesellschaft auf dem Wege zur Angleichung vollzieht sich über soziale Prozesse, die auch ihre destruktive Seite haben, wobei zahlreiche Fehlentwicklungen ebenfalls bereits eingebracht sind. Massenhaft existiert in Ostdeutschland ein Nährboden für sozialdarwinistische Verhaltensweisen. Die Aufspaltung der Gesellschaft in divergierende Interessengruppen (ein notwendiger Prozess in der Aufhebung der Zwangsgesellschaft) bis hin zu Vereinzelungserscheinungen signalisiert mangelnde Konsensfähigkeit und -bereitschaft. Die verliehene Demokratie hat noch keine Massenbasis. Die Länder im Osten Deutschlands bleiben vorerst Regionen des sozialen Problemstaus. Das verdeutlicht sich in einer facettenreichen Symptomatik, die von Zunahme der Gewalt, des politischen Radikalismus, ausschreitender Ausländerfeindlichkeit bis hin zu einer Kriminalitätsexplosion reicht.

Die Problem- und Konfliktentwicklungen bewirken, daß z.Z. die zwischenmenschliche Kultur im Abbau und in der Verkümmern begriffen ist. Dabei ist sich jeder selbst der nächste. Man verzeichnet einen Verlust an sozialer Sicherheit und elementarer Humanität. Egozentrismus mit rücksichtslosen Eigenheiten und die soziale Gleichgültigkeit gegenüber Mitmenschen objektivieren sich sichtbar. Dazu kommt eine "Ideologie der Abrechnung" als zersetzendes mentales Element. Diese "Ideologie der Abrechnung" verfehlt jedoch ihre eigentlichen Zielgruppen. Die soziale Destruktivität in Ostdeutschland ist einerseits ein Nachhall der alten Gesellschaft, andererseits schaukelt sie sich hoch an den gegenwärtigen Bedingungen sozialer Ungleichheit. Ein "sozialdarwinistischer Lebenskontext" ist gesellschaftliche Realität. Die soziale Desorganisation ist noch nicht zum Stillstand gebracht worden.

Die Wiederentdeckung des Lebenskampfes, dem man sich zu stellen hat, ist eine völlig neuartige Erfahrung für Ex-DDR-Bürger aus der Mangel- und Hospitalisierungsgesellschaft. Diese zugespitzten Prozesse sozialer Ungleichheit gehen zu Lasten und auf Kosten von Ausländern.

Das Problem der Ausländerfeindlichkeit darf nicht auf Situationsbilder und eine verkürzte Perspektive reduziert werden. Es geht um die Aufdeckung vielfältiger Zusammenhänge einschließlich einer geschichtlichen Aufarbeitung. Auch sog. Großkampagnen sind kein Königsweg zur Aufhebung der Ausländerfeindlichkeit.

Literaturverzeichnis

- Brück, W.: Jugend als soziales Problem, in Friedrich, W./Griese, H. (Hrsg.) Jugend und Jugendforschung in der DDR, Oplanden 1991, S. 199ff.
- Brück, W.: Skinheads vor und nach der Wende in der DDR, in: Gessenharter, W./Förchling, H. (Hrsg.): Minderheiten - Störpotential oder Chance für ein friedliche Gesellschaft, Baden-Baden 1991, S. 163 ff.
- Farin, K./Seidel-Pielen, E.: Krieg in den Städten, Berlin 1991
- Geiger, K.: Nationalistische und postnationalistische Diskurse im Verteilungskampf in der Bundesrepublik Deutschland, Vortrag, Hamburg 1990
- Memmi, A.: Rassismus, Frankfurt/Main 1987
- TAZ-Interview mit Jürgen Schröder vom 16.1.1990
- Vivelo, F.R.: Handbuch der Kulturanthropologie, München 1988

Die rechtliche Situation der Ausländer in der ehemaligen DDR nach der Wende

Vortrag gehalten auf der Vietnamkonferenz
am 12. März 1992 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen sicher bekannt ist, habe ich ein Gutachten zur aufenthaltsrechtlichen Situation ehemaliger Vertragsarbeitnehmerinnen und Vertragsarbeitnehmer erstellt, was keineswegs Anspruch auf Unfehlbarkeit, Vollständigkeit und vollständige Richtigkeit erhebt.



Gerold Paulus

Das Hauptproblem der rechtlichen Position, die hier diskutiert werden soll, ist meines Erachtens die bestehende Behördenpraxis.

Die Behörden haben, soweit ich informiert bin, überall die ehemaligen DDR- Aufenthaltsrechte vietnamesischer VertragsarbeitnehmerInnen lediglich in Aufenthaltsbewilligungen des neuen Ausländergesetzes umgewandelt. Eine Ausnahme bilden die, die bis zum 1.1.1991 bereits 8 Jahre in Deutschland gelebt haben. Sie erhielten eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder sogar eine Aufenthaltsberechtigung.

Es gilt in diesem Zusammenhang zwei Fragen zu beantworten:

1. Ist die Behördenpraxis, die vietnamesischen Vertragsarbeitnehmerinnen und Vertragsarbeitnehmern nur eine Aufenthaltsbewilligung zugesteht, rechtmäßig?

2. Ist diese Behördenpraxis nicht rechtmäßig oder zumindest zweifelhaft - was können wir dagegen tun?

1. Dreh- und Angelpunkt der ganzen Auseinandersetzung ist der Einigungsvertrag, der uns die Schwierigkeiten mit auf den Weg gegeben hat. Im Einigungsvertrag heißt es an versteckter Stelle etwa wie folgt: Ab ersten Januar gilt im ganzen Bundesgebiet das neue Ausländergesetz - und - die im Beitrittsgebiet bestehenden aufenthaltsrechtlichen Positionen werden in die entsprechenden Aufenthaltsgenehmigungen § 5 AuslG überführt. Der letztere ist der entscheidende Satz. Der juristische Teufel steckt im kleinen Detail.

Was ist das "entsprechende Aufenthaltsrecht"? Darüber streiten sich die Gelehrten, darüber streiten sich die Behörden und die Betroffenen.

Wir müssen zunächst prüfen:

Was war eigentlich die aufenthaltsrechtliche Position der vietnamesischen Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR und darüber hinaus bis zum Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes am 1.1.1991?

Die Vertragsarbeitnehmerinnen und Vertragsarbeitnehmer hatten regelmäßig eine Aufenthaltsgenehmigung für einen länger befristeten Aufenthalt nach § 2b Ausländeraufenthaltsverordnung der DDR.

Dies bedeutete, sie hatten einen Anspruch auf die im Regierungsabkommen und im Arbeitsvertrag genannte Arbeit innerhalb einer bereits vorgesehenen Frist.

Als auch in der DDR noch vor dem Beitritt 1990 die Pflicht, eine Arbeitserlaubnis zu haben, eingeführt wurde, hatten sie selbstverständlich auch das Recht auf Erteilung dieser Arbeitserlaubnis.

Durch die Veränderungsverordnung vom 13. 6. 1990 wurden ihnen darüber hinaus weitere Rechte gegeben. Diese Veränderungsverordnung brachte den VertragsarbeitnehmerInnen Vorteile und Nachteile.

Die Nachteile sind bekannt: Die erleichterte Kündigungsmöglichkeit der Betriebe gegenüber ausländischen VertragsarbeitnehmerInnen.

Für die Übergangszeit gab es Abfindungsangebote.

Für diejenigen, die für die ursprünglich vorgesehene Zeit hierbleiben wollten, gab es neue zusätzliche Rechte:

1. Recht auf weiteren Aufenthalt bis zum Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Vertragsdauer, auch wenn das Arbeitsverhältnis beendet war.
2. Recht auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis auch für eine andere als die bisher ausgeübte Tätigkeit.
3. Das Recht auf Leistungen des Arbeitsamtes wie Arbeitsvermittlung, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe.
4. Das Recht auf Erteilung einer Gewerbeerlaubnis für eine selbständige unternehmerische Tätigkeit, meistens Reisegewerbe.

Diese Bestimmungen der Veränderungsverordnung entsprachen auch der Neufassung des Regierungsabkommens, das Vietnam am 13.5.1990 unterschrieb. Darüberhinaus sah das Regierungsabkommen vor, daß vietnamesische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz aus dem Geltungsbereich des Abkommens entlassen werden.

Die Einführung des neuen Arbeitserlaubnisrechts, Arbeitsförderungssetzes und der Arbeitserlaubnisforderung nach dem 1.1.1991, entsprechend der neuen Rechtslage des Bundesrechts, hat hieran nichts geändert, denn diese Veränderungsverordnung gilt nach ausdrücklicher Regelung im Einigungsvertrag weiter fort.

Nun kommen wir zu der Frage: Welches ist die entsprechende Aufenthaltsgenehmigung nach dem neuen Recht?

Der § 5 AuslG. bietet mehrere Möglichkeiten an:

- eine normale Aufenthaltserlaubnis nach § 15 AuslG
- vielleicht sogar eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis § 24 AuslG
- eine Aufenthaltsberechtigung nach § 26 AuslG
- eine Aufenthaltsbewilligung nach § 28 AuslG
- oder eine Aufenthaltsbefugnis nach § 30 AuslG

Für die ehemaligen VertragsarbeitnehmerInnen kommt ernsthaft der Aufenthaltsstatus einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbewilligung in Frage.

Laut § 15 des AuslG wird eine Aufenthaltserlaubnis dann erteilt, wenn

der Aufenthalt ohne Bindung an einen bestimmten Zweck erlaubt wird.

§ 28 AuslG beinhaltet genau das Gegenteil - eine Aufenthaltsbewilligung erhält derjenige Ausländer, der für einen bestimmten klar abgrenzbaren Zweck die Aufenthaltsgenehmigung bekommen hat. Der Aufenthalt ist zweckgebunden, z.B. Auszubildende, Studenten, Menschen, die hier eine Krankheit ausheilen wollen usw..

Welche dieser beiden Aufenthaltsgenehmigungen ist nun die richtige - Aufenthaltsbewilligung oder Aufenthaltsgenehmigung?

Der Gesetzgeber hat dies nicht geregelt, sondern er sagt nur, die "entsprechende Genehmigung" ist zu erteilen.

Geregelt hat das der Verordnungsgeber, nämlich der Bundesinnenminister in Benehmen mit dem Bundesrat.

In § 11 Abs. 3 der Arbeitsaufenthaltsverordnung (AAV) steht sinngemäß, daß allen Vertragsarbeitnehmern lediglich eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen ist. Nur diejenigen, die länger als 8 Jahre ab 1.1.1991 hier sind, erhalten entweder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder vielleicht sogar eine Aufenthaltsberechtigung.

Genauso wie es in der Aufenthaltsverordnung geregelt ist, steht es auch in den Anwendungshinweisen des Ausländergesetzes, welche das Bundesinnenministerium herausgegeben hat - Anwendungshinweis § 94 AuslG.

Jetzt ist erstens zu klären, sind diese Vorgaben bindend?

Was die Anwendungshinweise betrifft, so handelt es sich lediglich um unverbindliche Meinungsäußerungen des Bundesinnenministeriums.

Das Bundesinnenministerium gibt hier eine Interpretationshilfe, die allerdings die nachgeordneten Behörden ein Stück weit bindet - aber nicht die Gerichte und auch nicht die Betroffenen.

Schwieriger wird es mit dem § 11 Abs. 3 der Ausländerverordnung, denn eine Rechtsverordnung ist Recht und muß im Prinzip angewandt werden.

Sie darf und braucht nur dann nicht angewandt werden, wenn sie ihrerseits unwirksam ist.

Eine Rechtsverordnung darf dann von der Exekutive erlassen werden, wenn es dafür eine gesetzliche Ermächtigung gibt.

In diesem Fall ist eine gesetzliche Ermächtigung im § 10 Abs. 2 AuslG enthalten. Dort heißt es:

“Der Innenminister bestimmt mit Zustimmung des Bundesrates die Voraussetzungen und Begrenzungen für Aufenthaltsgenehmigungen zur Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit. Soweit es für die Wahrung der Interessen der Bundesrepublik und der von ihr eingegangenen Verpflichtungen erforderlich ist, sind Beschränkungen auf bestimmte Berufe und bestimmte Gruppen von Ausländern und auch der Ausschluß der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis zulässig.”

In diesem Rahmen erlaubt das Gesetz dem Bundesinnenminister mit Zustimmung des Bundesrats, Rechtsverordnungen zu erlassen.

Der Bundesinnenminister beruft sich auf eben diese Rechtsgrundlage für diese Verordnung, für die Entscheidung, vietnamesischen VertragsarbeiterInnen lediglich eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen.

Der § 10 Abs. 2 AuslG regelt aber den Normalfall, nicht die Übergangszeit.

Er ist eine Bestimmung, die die Rechtslage derjenigen regelt, die ab Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes zum Zweck der Erwerbstätigkeit in die Bundesrepublik einreisen wollen.

Das ist aber nicht die Situation der ehemaligen VertragsarbeitnehmerInnen - sie sind schon da, haben gearbeitet und wollen weiterhin hier arbeiten. Der Einigungsvertrag sieht gerade nicht vor, daß das Bundesinnenministerium hier durch eine Rechtsverordnung irgendetwas einschränkend rechtlich ändert oder reguliert.

Wenn diese Ausgangsposition richtig ist, dann bietet der § 10 Abs. 2 AuslG keine ausreichend gesetzliche Grundlage dafür, daß im § 10 Abs. 3 AAV ehemaligen Vertragsarbeitnehmern nur eine Aufenthaltsbewilligung zuerkannt wird. Dann hat hier das Bundesinnenministerium seine Kompetenz überschritten. Es gilt dann weiterhin das einfache Gesetz, das Vorrang hat vor jeder Rechtsverordnung und dort heißt es eben schlicht und ergreifend - die “entsprechende Aufenthaltsgenehmigung” ist zu erteilen.

Nachdem diese Hürde geschafft ist, stellt sich nun die entscheidende Frage, welches ist denn nun wirklich der “entsprechende” Aufenthaltstitel? Die Frage scheint mir dann relativ leicht beantwortbar zu sein.

Vergleichen wir die Rechtsposition der vietnamesischen VertragsarbeitnehmerInnen mit den Fällen, wo sonst eine Aufenthaltsbewilligung erteilt wird, dann zeigt sich, daß die Positionen nicht vergleichbar sind - jedenfalls nicht vergleichbar seit Inkrafttreten der Veränderungsverordnung.

Durch die Veränderungsverordnung wurde die Koppelung des Aufenthaltsrechts an ein bestimmtes Arbeitsrecht aufgehoben.

D.h.:

- Arbeitgeber konnten kündigen
- der Arbeitnehmer konnte einen Antrag auf Befreiung stellen, wenn er eine neue Arbeit nachweisen konnte
- er konnte eine andere Arbeit ausüben
- er konnte eine unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben, d.h. er konnte sich sogar als Unternehmer, Kleinunternehmer niederlassen.
- seine Aktivitäten werden nur noch durch wirtschaftliche und nicht durch rechtliche Faktoren begrenzt.

Diese Aufenthaltsposition ist seit Mitte 1990 nicht mehr an einen bestimmten Zweck oder eine bestimmte Grundlage im Regierungsabkommen gekoppelt gewesen

Deshalb ist allein die Aufenthaltserlaubnis die richtige Aufenthaltsposition.

Ob eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung erteilt wird, ist dann eine andere Frage.

Die Aufenthaltserlaubnis wird regelmäßig befristet und nur unter bestimmten Voraussetzungen, z.B. 5 Jahre Aufenthalt, unbefristet erteilt. Nach 8 Jahren kommt dann evtl. die Aufenthaltsberechtigung in Betracht.

Meines Erachtens haben ehemalige VertragsarbeitnehmerInnen also entweder sogar Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung, mindestens jedoch auf die Erteilung einer normalen Aufenthaltserlaubnis nach § 15 AuslG.

Nun zu den rechtlichen Konsequenzen der unterschiedlichen Aufenthaltstitel, denn diese sind bedeutsam.

Die Aufenthaltsbewilligung darf nach Beendigung des Zwecks regelmäßig nicht verlängert werden. Der Ausländer ist gezwungen auszureisen und

darf erst ein Jahr nach der Ausreise wieder einen Antrag auf eine Einreisegenehmigung oder ähnliches stellen.

Eine Ausnahme besteht nur, wenn der Ausländer einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung hat, z.B. wenn er deutschverheiratet ist oder wenn die Erteilung eines verlängerten Aufenthaltes ausdrücklich im Interesse der Bundesrepublik liegt.

D.h. also nur in den seltensten Fällen kann aus einer Aufenthaltsbewilligung ein Daueraufenthalt werden. Des weiteren hat der Ausländer nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 der Arbeitserlaubnisordnung keinen Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis jeder Art, selbst wenn er schon 6 Jahre mit einer Aufenthaltsbewilligung hier gelebt hat.

Die Aufenthaltserlaubnis dagegen ist nicht an einen bestimmten Zweck gebunden. Der Ausländer hat zwar hier auch nicht immer die Sicherheit, seinen Aufenthalt verlängert zu bekommen, die Behörde hat einen weiten Ermessensspielraum. Sie muß die Dauer des Aufenthalts, den Grad der Integration, die Gefahr für Leben und Gesundheit, aber auch die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung bei erzwungener Rückkehr ins Heimatland und ähnliches berücksichtigen.

Die Aufenthaltserlaubnis bietet also eine begründete Chance auf einen Daueraufenthalt unter bestimmten Voraussetzungen.

Außerdem hat hier jeder Ausländer Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis jeder Art nach 6 Jahren Aufenthalt, § 2 Abs. 1 Nr. 6 AEVO.

Ich denke also, es lohnt sich, für eine Aufenthaltserlaubnis für ehemalige VertragsarbeitnehmerInnen einzutreten.

Welche Möglichkeiten gibt es da?

Die Behörden haben durch Stempeldruck oder durch Aufkleber in den Paß den betroffenen Ausländern eine Aufenthaltsbewilligung erteilt, ohne damit eine Rechtsmittelbelehrung verbunden zu haben.

Dies bedeutet laut § 58 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung, daß betroffene Ausländer **innerhalb eines Jahres Widerspruch** erheben können.

Über den Widerspruch entscheidet die nächsthöhere Behörde - in Berlin die Senatsverwaltung für Inneres.

Ist dann die Widerspruchsentscheidung auch negativ, kann Klage beim Verwaltungsgericht oder solange es das im Beitrittsgebiet noch nicht gibt,

beim Kreisgericht erhoben werden.

Dieser Rechtsmittelweg sollte solange gegangen und erprobt werden, solange noch nicht durch eine höchstrichterliche Entscheidung das Gegenteil klargestellt wird. In einen Präzidenzverfahren wird dann das Bundesverwaltungsgericht entscheiden, ob die rechtliche Konstruktion, die ich eben vorgeführt habe, haltbar ist oder nicht.

Die Verfahren dauern in der Regel sehr lange.

Wenn die bisherige Aufenthaltsbewilligung abläuft, ist ein Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung zu stellen. In diesem Antrag ist klarzustellen, daß man eine Aufenthaltserlaubnis oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben möchte und nur hilfsweise eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung.

Die Behörde wird in der Regel nur die Aufenthaltsbewilligung als solche verlängern, wenn überhaupt die ursprüngliche Vertragsdauer dafür spricht. Dagegen ist dann erneut Widerspruch einzulegen.

Schwierig wird es in den Fällen werden, in denen die ursprüngliche Vertragsdauer abläuft, wenn das Widerspruchsverfahren zwar eingeleitet, aber noch keine richterliche Entscheidung getroffen worden ist und die Behörde den Verlängerungsantrag mit dem Hinweis auf die Aufenthaltsbewilligung ablehnt. Dabei ist folgendes zu beachten: **Vom Zeitpunkt der Antragsstellung bis zur Behördenentscheidung ist der Aufenthalt auch über den Stichtag hinaus erlaubt.** Das ergibt sich direkt aus dem § 69 Abs. 3 AuslG.

Dort heißt es sinngemäß: Hält sich jemand länger als 6 Monate in der BRD auf und stellt er einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung, gilt sein Aufenthalt als erlaubt bis die Behörde anders entscheidet.

Die Behörde ist dann verpflichtet, dies auch im Paß durch eine Bescheinigung zu dokumentieren. In Berlin wird die ausländerbehördliche Erfassung durch einen Stempel dokumentiert.

Der Betroffene darf dann auch weiterhin arbeiten.

Hat die Behörde allerdings negativ entschieden, endet der erlaubte Aufenthalt, obwohl noch keine richterliche Entscheidung vorliegt.

Die Rechtsordnung der Bundesrepublik besagt zwar, daß immer dann, wenn eine Widerspruch oder Klage erhoben wurde, dies aufschiebende Wirkung hat, d.h. daß Behörden nicht gegenteilige Entscheidungen durchsetzen können. Das gilt aber nicht für das Ausländerrecht.

Die Regelung im § 72 AuslG besagt, daß die Behörde ihre Entscheidung gleich durchsetzen kann.

Dagegen kann man sich nur mit einem Eilantrag an das Verwaltungsgericht oder die Kammer für Verwaltungssachen im Kreisgericht schützen. Das geht aus der Verwaltungsgerichtsordnung, § 80 Abs. 5, hervor.

Für dieses ganze komplizierte Verfahren ist es unbedingt erforderlich, daß Beratungsstellen gemeinsam mit Rechtsanwälten Formulare entwickeln. Ebenfalls ist für die erforderliche Eilentscheidung an das Bundesverwaltungsgericht eine anwaltliche Einzelvertretung notwendig.

Es ist Aufgabe der Betroffenen und ihrer Vertretungen, in jeder Stadt Anwälte zu finden und zu motivieren sich in dieses Recht einzuarbeiten, denn eine Vertetung vor Ort ist unbedingt erforderlich.

Zum Schluß einige wenige erste Erfahrungen mit diesen Rechtsmitteln.

Wir haben bisher von zwei verschiedenen Reaktionen gehört.

Die eine war: Der Widerspruch ist unzulässig, denn die Umwandlung des Aufenthaltsrechts in die Aufenthaltsbewilligung ist gar kein Verwaltungsakt und deshalb kann auch kein Widerspruchsverfahren eingeleitet werden.

Die Antwort auf diesen Bescheid muß dann sinngemäß so lauten:

Ich weise Sie darauf hin, daß dies sehr wohl ein Verwaltungsakt ist und fordere Sie auf, gemäß dem Gesetz förmlich über den Widerspruch zu entscheiden mit einer Rechtsmittelbelehrung.

Man kann und sollte auch darauf hinweisen, daß dann, wenn die Behörde nicht innerhalb von 3 Monaten entschieden hat, das Recht besteht, eine Untätigkeitsklage gegen die Behörde beim Verwaltungsgericht zu erheben, § 75 VwGO.

Die zweite Reaktion der Behörde war: Der Widerspruch ist unzulässig, denn der betroffene Ausländer ist nicht beschwert, denn er hat ja eine Aufenthaltsgenehmigung. D.h dem betroffenen Ausländer ist durch die erteilte Aufenthaltsbewilligung kein Nachteil entstanden.

Dies ist ein heimtückisches Argument. Der Betroffene, der eine Klage erheben oder einen Widerspruch einlegen will, muß geltend machen, daß er in seiner Rechtsstellung verletzt ist, daß ihm durch die Behördenentscheidung Nachteile entstehen.

Da der Unterschied zwischen einer Aufenthaltsbewilligung und einer

Aufenthaltserlaubnis, wie schon ausgeführt, so deutlich ist, ist das oben genannte Argument ein unzulässiges Argument.

Auch hier muß auf einer förmlichen Widerspruchsentscheidung bestanden und notfalls (Untätigkeits-)Klage erhoben werden.



Comic zum
rapiden Attraktivitätsverlust
der Rückkehrer nach Auf-
zehren ihrer Ersparnisse
in Mosambik

“Ohne Perspektive”

Zur Situation der Rückkehrer aus der Ex-DDR in Mosambik

Obwohl die Regierungsabkommen zwischen der ehemaligen DDR und Mosambik bzw. Angola auch nach dem 3.10.1989 als gültig anerkannt worden sind, verloren Tausende mosambikanischer Fremdarbeiter ihre Arbeit und wurden mit Hilfe finanzieller Anreize so schnell wie möglich nach Mosambik zurückgeschickt. Viele der Betroffenen erhielten - teils aus Unkenntnis ihrer Rechte, - teils aus bewußter Nichteinhaltung der Verträge seitens der Betriebe, weder die ihnen zustehenden Ausgleichszahlungen in Höhe von 70% des bisherigen Nettodurchschnittslohns durch den Betrieb für die Dauer von mindestens drei Monaten noch die einmalige Entschädigung durch den Betrieb vor der Ausreise in Höhe von 3000,- DM.

Erst auf massiven öffentlichen Druck hin betrieben die Ausländerbehörden eine qualitativ bessere Informationspolitik; aber da war auch schon der größte Teil der ehemals 16.000 in der Ex-DDR beschäftigten Mosambikaner ausgereist. Diese wurden in Mosambik mit einer Situation konfrontiert, auf die sie nicht im geringsten vorbereitet waren. Wurden die ersten der bis heute über 14.000 zurückgekehrten Mosambikaner noch freudig auf dem Flughafen in Maputo empfangen, so schlug späteren Rückkehrern teilweise offener Haß entgegen. Das hat mehrere Ursachen:

Die Situation der “Regressados” ist äußerst prekär. Zum einen erhielten sie keine Unterstützung von ihrer eigenen Regierung, verloren im Gegenteil beim Zwangsumtausch des ihnen zustehenden Geldes in Meticaís (60% des erarbeiteten Lohnes wurde auf einem Sonderkonto einbehalten) noch 35% (von den oben genannten 60%) durch Abzug sogenannter Verwaltungskosten, erhielten des weiteren einen schlechten Umtauschkurs und mußten darüberhinaus oft monatelang auf die Abwicklung ihrer Formalitäten warten.

Auf der anderen Seite sind die Rückkehrer im Gegensatz zu den im Lande lebenden Mosambikanern und Rückkehrern aus anderen Staaten zu-

nächst einmal wohlhabender, besser gekleidet und erwecken Neid und Aufsehen mit ihren Kühlschränken, Video- und Hifi-Geräten. Bestehen noch Verbindungen zu ihren Familien, so erheben diese häufig Anspruch auf Geld und Güter.

Spannungen bestehen aber nicht nur innerhalb der Familien, sie gehen weit darüber hinaus. Die wirtschaftliche Lage in Mosambik hat sich nicht verbessert in den letzten Jahren. War vor dem Vertragsabschluß mit der Weltbank und dem IWF die Mehrheit der Bevölkerung relativ "gleich arm", zumindest homogener, so stellt sich die jetzige Situation wesentlich differenzierter dar. Große Teile der Bevölkerung verarmen immer mehr, einige wenige schaffen es mit kleineren Wirtschaftsaktivitäten, ihre Lage zu verbessern und erwecken so den Eindruck einer neu entstehenden Mittelschicht. Einhergegangen mit den wirtschaftlichen Veränderungen und der zur scheinbaren Normalität gewordenen Kriegssituation ist ein hoher Anstieg von Kriminalität und Lynchjustiz - dies vor allem in der Hauptstadt Maputo. Polizei und Staat erweisen sich als vollkommen machtlos; oftmals werden auch Verstrickungen zwischen Polizei und kriminellen Banden vermutet.

In diese katastrophalen Verhältnisse zurückgekehrt, finden sich die "Ma-Germans" größtenteils nicht zurecht. Ihre persönliche Lage hat sich enorm verschlechtert gegenüber ihrer - gewiß nicht optimalen - früheren Situation in der DDR. Da die meisten keine Arbeit und/oder Wohnung finden, stehen sie trotz ihrer "Mitbringsel" ohne Perspektive da. Von der heimischen Bevölkerung werden sie abgelehnt, als "trouble-maker", zu fixiert, zu wenig flexibel empfunden, als Sündenbock für die entsetzliche herrschende Kriminalität benutzt. Sicherlich gibt es auch einige, die aufgrund dieser schwierigen Bedingungen in die Kriminalität abrutschen.

So ist es kein Wunder, daß sie teilweise die Zeiten in der DDR verklären, manchmal sogar den dort erlebten Rassismus leugnen und am liebsten sofort wieder in das Ausland zurückkehren möchten. In Gesprächen mit den Betroffenen fällt auf, daß sie sich nicht identifizieren können mit ihrem Heimatland, daß sie sich nicht fähig fühlen, Eigeninitiative zu ergreifen und daß sie sehr hohe Erwartungen an Hilfe von außerhalb stellen.

Die Integration der Rückkehrer wird eine äußerst schwierige Aufgabe der nächsten Jahre sein. Damit die isolierte Position der Rückkehrer aus der Ex-DDR nicht noch verstärkt wird, ist zu überdenken, ob eine gesonderte Förderung dieser Gruppe das Problem nicht nur erhöht, ob nicht auch bessere Modelle zur Integration von Rückkehrern aus allen Ländern entwickelt werden können.

Grundsätzlich müßten jedoch sowohl die mosambikanische Regierung wie auch verantwortliche Stellen in der BRD mehr Verantwortung übernehmen. Die Rückkehrer fühlen sich zurecht als "Gastarbeiter" in der Ex-DDR ausgenutzt, von der vereinigten BRD abgeschoben und von der eigenen Regierung im Stich gelassen. Zu fordern sind zumindest:

- eine Erfassung der Rückkehrer und ihrer jeweiligen Qualifikation
- eine Bedarfserhebung für Mosambik
- umfassende Informationsmöglichkeiten für die Rückkehrer über ihre Rechte und Möglichkeiten
- ein auf die realen Verhältnisse in Mosambik abgestimmtes Fachkräfteprogramm (*s. Kapitel zum Fachkräfteprogramm*)
- eine qualifizierte Unternehmensberatung
- sowie Kreditvergabe und Förderprogramme zur Existenzgründung.

Andernfalls wird ein Großteil der nach Mosambik zurückgekehrten Menschen für die Entwicklung des Landes verlorengehen, wird im Gegenteil die Welle von Kriminalität und Lynchjustiz sich ausdehnen und das ohnehin von Krieg, Hunger und Abhängigkeiten gebeutelte Mosambik mit einem weiteren Problem belastet.

WENN ICH GEWUßT HÄTTE, DAß ALLES SO SCHLECHT IST ...

Der folgende Brief erreichte den KKM von Acaçio Sitoi, einem mosambikanischen Arbeiter und Musiker, der an den Kulturwochen in Dortmund und Bielefeld teilnahm. Er ist am 17.11.90 aus der Ex-DDR nach Mosambik zurückgekehrt. Seine Situationsbeschreibung steht stellvertretend für viele andere zurückgekehrte Mosambikaner/innen. Übersetzt haben ihn Adamo Matsinhe und Rainer Tump

Liebe Freundinnen und Freunde vom Dritte Welt Haus in Bielefeld und vom Koordinierungskreis Mosambik,

Gesundheitlich geht es mir gut, es gibt nichts zu klagen. Ich möchte gerne wissen, wie es Euch geht. Herr Rainer, wie läuft die Arbeit? Ich habe Heimweh nach Euch.

Hier in Mosambik läuft alles ganz schlecht. Ich habe keine Arbeit, alles ist sehr teuer. Es gibt viele Diebe hier. Diese Leute gehen immer mit Pistolen umher.

Sie klingeln an den Haustüren. Wenn man aufmacht, nehmen sie alles mit, was du in der Wohnung hast. Wenn Du nicht mitmachst, bringen sie dich um. So ergeht es allen, die aus Deutschland zurückgekehrt sind. Wir werden oft auch auf der Straße von solchen Leuten angegriffen. Die meinen, wir hätten viel Geld und viele Sachen aus Deutschland mitgebracht.

Wenn ich gewußt hätte, daß alles hier so schlecht ist, wäre ich gleich in Deutschland geblieben. Jetzt ärgere ich mich sehr.

Ich bin bei der Deutschen Botschaft gewesen. Dort haben sie mir gesagt: "Wenn Du jemand in Deutschland hast, der Dir eine Einladung schickt und eine Erklärung für Dich abgibt, kannst Du in die BRD ausreisen. Mit dieser Erklärung gehst Du dann zur Polizei und erhältst dort ein Visum". Sie sagen, daß es ohne Einladung nicht möglich sei, nach Deutschland zurückzugehen.

So, das Papier ist langsam alle und ich mache Schluß mit meinem kleinen Brief.

Ich grüße Euch alle ganz herzlich
Euer Freund Acaçio



Heimkehrer aus der DDR verkaufen MZ-Ersatzteile auf dem Markt (Maputo)
Mosambik - Januar 1992

R.Liebmann

Nationalismus oder globale Orientierung?

Der folgende Beitrag gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten Abschnitt gehe ich auf die Organisationsstruktur der "Neuen Rechte" ein. Im zweiten Abschnitt werde ich mich mit den Argumenten eines heute in Deutschland arbeitenden rechtsradikalen Juristen auseinandersetzen. Und im letzten Abschnitt versuche ich skizzenhaft Lösungsperspektiven jenseits des katastrophisch-nationalen Denkens zu entwickeln.

I. Die braune Katastrophe.

Die deutsche Einheit hat die Hoffnungen auf das Allheilmittel der Deutschen Mark für viele Menschen zunichte gemacht und eine neue sozioökonomische, ideologische und politische Krisenbedingung hervorgerufen.

Der Dauerminderwertigkeitskomplex des deutschen Durchschnittsbürgers führt im Jahre 1992 zum Rechtsradikalismus, als einen festen Bestandteil der Bundesrepublik. Der Nationalismus wird wieder zum Primat der Politik. Die selbstdestruktiven Rechtsextremisten werden im Namen der Demokratie von namhaften Politikern gedeckt und fühlen sich sogar von der Verwendung ihres eigenen Kampfbegriffes "Faschist" denunziert. In der Tradition der Nationalsozialisten präsentieren sie sich dennoch als nationalrevolutionäre Organisationen. Manche verschleiern sich in namentlich demokratischen Organisationen und Parteien, verfolgen aber ein gemeinsames Ziel: Propaganda gegen Gewerkschaften und gegen Immigranten. Den Rassismus haben sie sich besonders groß auf die Fahnen geschrieben.

Rechtsextremistisch-neofaschistische Gruppen versuchen in der besten Tradition von Nationalrevolutionären die verletzte nationale Identität der Deutschen zu kurieren und die nationalsozialistische "Blut- und Boden" Ideologie mit aktuellem Umweltschutzdenken zu mischen, als ob die ökonationale Identität eine Antwort auf die interdependenten Probleme der Einen -Welt-Gesellschaft im Übergang zum 21. Jahrhundert sein könnte.

Es scheint, als ob die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit durch Maßnahmen der amerikanischen "Reeducation"

nicht gegriffen hat. Auch die sozialistische Einheitspartei hat offensichtlich keine tiefe Spuren im Bewußtsein des Deutschen hinterlassen und produzierte lediglich eine "Zwangsideologie".

Im folgenden möchte ich kurz auf die potentiell faschistischen Organisationen eingehen. Die "Neue Rechte" unterscheidet sich in ihren Kampf-
formen von den traditionellen Nazigruppen. Die Republikaner bestehen z.B. auf ihr demokratisches Image, worauf die DVU/NPD eher verzichten können. Erinnern wir uns zurück an die "Aktion Widerstand", die ihre primitiven Aggressionen nicht nur gegen sogenannte Ausländer richtete, sondern "Brandt an die Wand" wünschte. Schon im Jahre 1972 gründete der "nationalrevolutionäre" Henning Eichberg die Aktion Neue Rechte (ANR). Er übernahm erfolgreich Argumentationslinien der Linken und propagierte einen "europäischen Sozialismus". Nationalstaatliche Mechanismen unter der deutschen Hegemonie sollen auf die europäische Ebene angehoben werden. Eichberg rief eine neue "Nation Europa" aus. Die ANR spaltete sich seit 1974 in vielen Splittergruppen. Dank der linken Beliebtheit und Orientierungslosigkeit wurde im Jahre 1987 ein Beitrag von Herrn Eichberg in dem linken Heft "Niemandland" veröffentlicht. Er schrieb: "Die Verbarrikadierung gegen die nationale Frage ist zugleich die Verschanzung gegen die neuen sozialen Bewegungen." Weiter fragte er nach den historischen Subjekten: "Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Wer sind wir eigentlich? Es ist die Frage nach der kollektiven Identität, hier speziell nach der nationalen Identität."¹ Der Beitrag von Herrn Eichberg wurde kommentarlos neben den Beiträgen von Herrn Peter Glotz, Klaus Hartung und Oskar Negt veröffentlicht. Kann dies als ein Barometer des politischen Klimas angesehen werden? Eine deutsche Stimmungslage im Jahre 1987 vor der Mauereröffnung?

Die Nationalrevolutionäre versuchen den linken "Antimperialismus" nachzuahmen. Die "nationale Identität" ist nach Eichberg ein Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes und greift auf die Homogenitätslehre von Carl Schmitt, der Kronjurist von Hitler zurück. In diesem Sinne sei der Nationalismus ein "Gegenprinzip" zum Imperialismus und daher "potentiell revolutionär". Nicht die Welt-Gesellschaft wird als das Ganze betrachtet, sondern die Fiktion des rassisch-nationalen Volkes.

Ein weiteres Beispiel ist der Bochumer Politologe B. Wilms, der von der "Vergesellschaftung durch nationale Identität" spricht. Eine Sinnfindung sei lediglich in Bezug auf das eigene Volk, auf das eigene Vaterland, auf den eigenen Staat möglich. Wilms argumentiert biologistisch und geht von

einem Überlebenskampf der Menschen aus. In dem natürlichen Ausleseprozeß der Gesellschaft dürfe nicht interveniert werden. Biologistisch argumentierten auch die Professoren des Thule Seminars im Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981: "Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden."²

Die Deutsche Volksunion (DVU) entstand im Januar 1971. Diese Partei wird von G.Frey, der seit 1958 den größten rechtsradikalen Pressekonzern in der Bundesrepublik aufgebaut hat, unterstützt. Die sich inhaltlich sehr ähnelnden Blätter von Frey, Deutsche National-Zeitung, der Deutsche Anzeiger und die Deutsche Wochenzeitung haben eine Druckauflage von mehr als 160.000 Exemplaren. Wir können also an diesem Beispiel eines großen Verlegers beobachten, daß nicht allein die Organisationsstruktur der Neofaschisten von Bedeutung ist, sondern die Kontinuität des nazistischen Gedankenguts in den neuen Organisationen, die immer wieder unter einem anderen Namen auftauchen.

Ein auffallendes Merkmal dieser Organisationen ist, daß Einzelpersonen in verschiedenen Organisationen gleichzeitig auftauchen.

Die Nationalistische Front (NF) wurde im November 1985 gegründet. Diese Organisation tritt für einen "antiimperialistischen Dritten Weg" für Deutschland ein. Sie sprechen sich gegen den Kapitalismus und gegen den Kommunismus aus. Die NF gibt eine Zeitung namens "Klartext" heraus und beruft sich auf den Strasser-Flügel der NSDAP des Dritten Reiches.

Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) wurde im Januar 1986 gegründet. Diese Organisation fordert eine Remigration nach Volksabstimmung, Einwanderungsstop, Ausweisung der arbeitslosen Ausländer.

Die deutsche Jugendinitiative wurde 1986 in Westberlin gegründet. Die DJI gilt als die Jugendorganisation der FAP und der NF. Die DJI versucht besonders die Skinheads und die Hooligans anzusprechen.

Die Republikaner gelten zwar als eine "demokratische" Organisation, beschmücken sich aber schon seit ihrer Gründung im November 1983 mit rassistischen Argumenten. Der heutige Demokrat Schönhuber schreibt: "Endlich kam der Einberufungsbefehl. Darauf stand als als Zielort Berlin-Lichterfelde, der Name der Truppe: Leibstandarte SS Adolf Hitler. Ich konnte es kaum fassen. Das war für mich die Elite der Elite. Das Tragen des Ärmelstreifens Leibstandarte SS Adolf Hitler war der sichtbare Ausweis, daß man zur Garde gehört, ein Prätorianer geworden ist."³

In den neuen Ländern werden die organisierten Faschisten auf über 20.000 Personen geschätzt. Das Potential der Militanten liegt bei 15.000.

Michael Kühnen entwarf im Januar 1990 sogar einen "Arbeitsplan Ost". Am 20.10.1990 führten Michael Kühnen, Gottfried Küssel und Christian Worch einen Aufmarsch von rund 500 Neofaschisten. Auch die Schlägertruppen vom Bodensee und aus Norddeutschland waren dabei. Das Potential für die neofaschistische Bewegung war aber auch schon Mitte der achtziger Jahre in der ehemaligen DDR zu beobachten. Die herrschende Meinung der sozialistischen Partei ging jedoch davon aus, daß der Faschismus ein Phänomen der spätkapitalistischen Gesellschaft sei und insofern im Sozialismus nicht vorkommen könne. Mit dieser verblendeten Ideologie wurde die Weiterentwicklung der faschistischen Bewegung total verdrängt."1987 kam es zu Festnahmen und Verurteilungen in diesem Spektrum - allerdings wiederum nur wegen Körperverletzung und Rowdytum"⁴ Michael Kühnen schlug im Jahre 1990 den Aufbau von Kaderorganisationen und die Registrierung der Deutschen Alternative (DA) als legale Partei vor. Während die nationale Alternative (NA) in Ostberlin im Januar 1990 gegründet wurde, meldeten zwei Monate später die Rechtsradikalen in Westberlin die Deutsche Alternative (DA) an. In Berlin wurde dann ein "Berliner Block" gegründet, der als Dachverband wirken soll.

II: Die Lebensfremdheit des Herrn Ritter.

In den Zeitungen lesen wir täglich über den Zuzug von Einwanderern in den industrialisierten Norden. Es wird zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden, als ob nicht dasselbe politische und ökonomische System mit dazubeiträgt, daß Migrationen entstehen. Wir lesen Schlagzeilen wie: "Die Armen erobern unseren Norden". "Ausländer raus" ist dann die konsequente Politik, die daraus folgt und dies in der ominösen "Festung Europa". Menschen werden in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland getötet, verbrannt. Mal ist es die Polizei die gewalttätig gegen Flüchtlinge vorgeht, mal neofaschistische Gruppen. Und die CDU meint den Notstand ausrufen zu müssen und liefert damit den neofaschistischen Organisationen Munition, weiter Gewalt gegen Menschen auszuüben, als ob die hilflosen Flüchtlinge die Ursache aller sozialökonomischen Schwierigkeiten Deutschlands seien.

Manfred Ritter, ein Landesanwalt bei der Landesanwaltschaft Ansbach behauptet z.B., daß die Bewohner der Staaten des Südens "voll Sehnsucht in die reichen Industrieländer blicken, in denen Milch und Honig zu fließen scheinen"⁵ Er schreibt: "Wehe dem Industrieland, das seine Pforten diesen Einwanderungsströmen öffnet. Es würde in kürzester Zeit so mit Menschen überschwemmt, daß es selbst zum Hungerland würde."⁶ Eine neue Völkerwanderung würde alles zerstören. Die europäischen Völker seien aufgrund ihrer Abstammung miteinander verwandt. Auch aufgrund ihrer gemeinsamen Kultur und Religion wären sie dazu berufen gewesen zum gemeinsamen Nutzen zusammenzuarbeiten, als ob das Land der Christen nicht in Palästina liegen würde. Herr Ritter plädiert, daß die Europäische Gemeinschaft nicht auf nicht christliche Staaten erweitert werden darf. Die ureigensten Jagdgründe dürften nicht streitig gemacht werden.

Und aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung könne die Devise nur lauten: radikale Abschirmung Europas und der übrigen Industrieländer vor einer Einwanderung aus diesen Ländern. Moderne Biologen, die sogar einen Anspruch auf demokratische Gesinnung erheben, sprechen von einer "biologischen Verdrängung des Wirtsvolkes"⁷ und vom Untergang der ursprünglichen Bewohner. Eine Einwanderung würde also den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung senken und die Republik destabilisieren. Der sozialdarwinistische Blick dieses heute von der Presse und von einigen Politikern übernommenen Ansatzes wird im folgenden Satz besonders deutlich: "Die Natur bietet uns täglich das Schauspiel eines Kampfes ums Überleben bei allen Lebewesen. Eine Religion, die dieses Naturgesetz verleugnet, verleugnet auch die von Gott so gewollte Schöpfung."⁸ Die Natur wolle ein Gleichgewicht herstellen, und da eine Einwanderung den Europäer in Armut stürze, müsse der Europäer um das Gleichgewicht zu erhalten, endlich die "Festung Europa" stabilisieren. Jede Idee von "One World" und Sozialismus würde somit die menschliche Natur völlig ignorieren. Eine Vermischung der Völker würde tödliche Folgen haben. "Nicht integrierbare Ausländer", "uferlose Einwanderungsströme" würden die überbevölkerten Gebiete der Schicksalsgemeinschaft Europa bedrohen. Und da Europa nicht das Sozialamt und das Krankenhaus der ganzen Welt sei, müsse das "Super-Asylrecht", das Deutschland zum Einwanderungsland für alle Armuts- und Katastrophenflüchtlinge dieser Erde mache, die letztlich doch alle Schwindler seien, abgeschafft werden und ein einheitliches, restriktives EG-Recht müsse geschaffen werden. Kriege seien auch in der Zukunft unvermeidbar, die Erde werde ein irdisches Jammertal blei-

ben. Um aber das "Todesurteil"⁹ über die deutsche Bevölkerung nicht auszusprechen, müsse Europa dicht gemacht werden.

Daher plädiert Herr Ritter, daß der Selbsterhaltungstrieb befriedigt und das "Boot Europa" nicht mehr überladen werden dürfe.

III. Eine globale Orientierung ist unabdingbar.

Die Ursache der Migrationen nach Europa ist nur im Zusammenhang von den ungerechten Verhältnissen Europas mit den Staaten des Südens und des Ostens zu verstehen. Migrationen sind eine Folge des klassischen militärisch-politischen und des neuen ökonomischen Kolonialismus, der die Menschen ausbeutet und die Natur zerstört. Altvater konstatiert: "Die Migrationswellen in die Zentren des Reichtums sind daher normale Reaktionen, weil jenseits der Zentren die positionellen Güter gar nicht verfügbar sind und dennoch die Folgen ihrer Produktion und Konsumtion spürbar sind: als die sich selbst darstellende überlegene Zivilisation, als sozialer und ökonomischer Zwang der Anpassung an Gegebenheiten des Weltmarkts und als Beeinträchtigung der Umwelt. Die Migration ist der Ausdruck der eklatanten Ungleichverteilung von Zugangsmöglichkeiten zu den Waren, die aus der ausbeutbaren Mine unserer Erde geholt werden."¹⁰ Solange auf der internationalen Ebene das Herrschaftssystem der Anarchie fest etabliert ist, kann nur das sozialdarwinistische Gesetz des Stärkeren "in seinen Spielarten von Mafia-Herrschaft über die Weltmacht-Oligarchie bis hin zum multinationalen Manchester-Kapitalismus"¹¹ zur Geltung kommen. Wir brauchen eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft, die große ökologische und ökonomische Vorteile verschafft. "Dies erfordert grundlegende strukturelle Veränderungen der sozioökonomischen und institutionellen Ordnung und ist eine wichtige weltweite Herausforderung."¹² Eine ökologisch orientierte Wirtschaft kann auch neue Arbeitsplätze schaffen und tiefgreifende Änderungen für die Industrie und für die Welt mit sich bringen. Die erforderlichen Werkzeuge und ein relevanter Teil des nötigen Wissens sind schon vorhanden, um den Übergang zur Welteinheit in aller Vielfalt zu bewältigen. Die Menschheit "muß jetzt noch die Vision und den politischen Willen aufbringen, um die Maßnahmen, die den Planeten retten können, zu verwirklichen."¹³ Europa darf in Zukunft nicht der allein bestimmende Faktor der ökonomischen Entwicklung bleiben. Und aus diesem Grunde müssen die weltweiten Probleme der Ernährungssicherung,

der ungleichen Handelsbeziehungen, des übermäßigen Energieverbrauchs der Staaten des Nordens von globalen und supranationalen Institutionen, die die Staaten des Südens gleichberechtigt einbeziehen, kontrolliert werden. Wenn jedes Land unabhängig von seiner ökonomischen Macht ein gleichwertiges Stimmrecht hat, können auch Fragen der weltweiten Migration im Rahmen einer Kompetenzerweiterung des UNHCR reguliert werden.

Die Völkerfreundschaft darf nicht aufhören, wenn es ums Teilen geht, wenn es um Wohnungen, Arbeitsplätze und Sozialleistungen geht. Wir müssen auch den Begriff der Entwicklung neu definieren, um den verblendeten, aber gefährlichen Aberglauben der Höherwertigkeit einer Rasse oder einer Kultur zu überwinden.

Laszlo schreibt: "Nach der Definition von Entwicklung als Prozeß zur Verwirklichung von sozialen Idealen gibt es keine "entwickelte" Gesellschaft auf dieser Erde."¹⁴ Die Werte des Nordens haben sich in den Waffengeschäften, in der Ellbogenwirtschaft und in den Konsumwerten gezeigt. Alte Werte, die christlich verbrämt werden können Probleme des atomaren Zeitalters nicht mehr verstehen. Der Nationalismus erweist sich schon gegenwertig als eine innere kognitive Barriere, die infolge einer globalen unsicheren Machtbalance selbstmörderisch werden kann. Eine globale Orientierung, ein Solidaritätsgefühl mit den weltweiten Problemen muß die nationale Identität erweitern. Wir brauchen eine "Ethik der Solidarität."¹⁵ Tatsächlich besteht nun die Gefahr, daß Europa sich wieder noch stärker als in der Kolonialgeschichte gegen die Mehrheit der Weltgesellschaft stellt.

"Sie müssen jetzt als internationale Polizeigewalt gegen die Hungerrevolten, Verzweiflungsausbrüche, Rachefeldzüge und Terroranschläge des Milliardenheeres der Verlierer vorgehen, damit aber auch gegen jene keineswegs menschenfreundlichen Mächte und Figuren, die im globalen Verteilungskampf um die schrumpfende Wertmasse um eigener Vorteile willen als Rächer der Enterbten auftreten."¹⁶ Diese Gefahren wird es geben, solange eine globale Institution, ein Weltgerichtshof nicht existiert, der im Interesse der Mehrheit der Weltgesellschaft handelt und entscheidet. Der Westen kann nicht ewig seine ökonomischen Kosten und Giftmüll in die devisaarmen Länder externalisieren. Dies hat einen Bumerangeffekt und zerstört fruchtbare ökonomische Räume in den Regionen des Südens und löst Klima- und Naturkatastrophen aus, die Völkerwanderungen erzwingen.

Die Frage bleibt, ob Kurz recht behält, wenn er schreibt, daß "noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts (die Welt) in ein dunkles Zeitalter von Chaos und Zerfall gesellschaftlicher Strukturen eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist."¹⁷ Der moderne Mensch ist leider nur ein isolierter Zuschauer des möglichen Weltkollapses.

Wir brauchen eine Weltethik, die dem orientierungslosen Bürger eine globale Identität und ein Bewußtsein für die eigene Verantwortung vermittelt. Gleichwertigkeit der Geschlechter und der Rassen und die Realisierung des Religionsfriedens sind wichtige Ziele für die Verwirklichung des Weltfriedens und des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen. Dies erfordert eine Veränderung der traditionellen Wertesysteme. Sabet schreibt: "Die heutige Weltunordnung ist Spiegelbild der Wertunordnung in unseren Köpfen."¹⁸ Statt einem blinden Nationalismus oder eines künstlichen Europäertums brauchen wir eine Vision, die einem weltweiten sozialökologischen Fortschritt zum Durchbruch verhilft, um auch die Ursachen der Migration nach Europa zu beheben. In der Tat können unterschiedliche Wertesysteme koexistieren. "Eigentlich handelt es sich gar nicht um eine Koexistenz widersprüchlicher Wertesysteme, sondern um die gleichen Werte, die nur unterschiedlich ausgelegt werden. Letzten Endes gibt es einen Faktor, der bei aller Vielfalt der Interpretationen die Koexistenz - im Rahmen einer Gesellschaft der Ungewißheit - ermöglicht: die Fähigkeit zum Dialog, zur Kommunikation."¹⁹

Wir brauchen ein gemeinsames Wertesystem, das einen Rahmen für die globale und technologische Weltgesellschaft setzt. Benötigt wird "eine fortschreitende kollektive Bewußtheit der alten und der neuen Probleme dieser Welt, welche Erwartungen weckt und zum Nachforschen anregt. Die geistige und ethische Dimension wird nicht mehr verächtlich oder gleichzeitig abgetan, sondern als Notwendigkeit begriffen, die zu einer neuen Menschlichkeit hinführen soll".²⁰ Die globale Gesellschaft braucht eine Grundlage gemeinsamer und harmonischer Werte, die das Handeln der Politik und der Ökonomie, der Gesellschaft und des Einzelnen prägen. Unterschiede müssen dabei erhalten bleiben und ein Pluralismus akzeptiert werden. Wir brauchen eine globale Identität, die sich einerseits aus dem kulturellen Hintergrund und andererseits aus dem Verständnis der Schaffung einer universellen Kultur, die zur Erhaltung von Mensch und Natur beiträgt, zusammensetzt. Diese Identität kann zum Erstarken eines neuen Gemeinwesens führen, das den Weg für den Aufbau einer Welt, in der gleichwertige Menschen und Kulturen miteinander leben, anbahnt:

"Im Reich der Natur spielt der Kampf ums Dasein die herrschende Rolle - das Ergebnis davon ist das Überleben des Gewandteren. Das Gesetz des Überlebens des Gewandteren ist der Ursprung aller Schwierigkeiten. Es ist die Ursache von Krieg, Streit, Haß und Feindseligkeit unter den menschlichen Wesen ... Solange daher die Forderungen der Naturwelt die Hauptrolle unter den Menschenkindern spielen, sind Erfolg und Wohlergehen unmöglich". Abdu'l-Baha

Anmerkungen:

- 1) Eichberg, Henning: Männerphantasien und Schmerzarbeit, Zur deutschen Identitätsfrage, in: Dreßen, W. (Hrsg.), Niemandsland, Heft 2, Berlin 1987, S.115 f
- 2) Dudek, Peter/Joschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Band 2, Opladen 1984, Dokument 124
- 3) Hirsch/Sarkowicz: Schönhuber: Der Politiker und seine Kreise, "Biedermann und Brandstifter", Frankfurt am Main 1989, S.9
- 4) ID-Archiv im ISSG (Hg.): Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin, Drahtzieher im braunen Netz, Der Wiederaufbau der NSDAP, Berlin 1992, S.95
- 5) Ritter, Manfred: Sturm auf Europa, Bergisch Gladbach 1990, S.7
- 6) ebenda, S.8
- 7) ebenda, S. 34
- 8) ebenda S. 47
- 9) ebenda, S. 122
- 10) Altvater, Elmar: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 67
- 11) Sabet, Hafez: Die Schuld des Nordens, Der 50-Billionen Coup, Bad König 1991, S. 91
- 12) Hauff, Volker (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 203 f
- 13) Siehe: Worldwatch Institute Report: Zur Lage der Welt 1992, Frankfurt am Main 1992, S.226
- 14) Laszlo, Ervin: Die inneren Grenzen der Menschheit, Rosenheim 1988, S.113
- 15) Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt am Main 1984, S.89
- 16) Kurz, Robert: Kollaps der Modernisierung, Frankfurt am Main 1991, S.231
- 17) ebenda, S.257
- 18) Sabet, Hafez, a.a.O., S.110.
- 19) King, Alexander/Schneider, Bertrand: Die erste globale Revolution, Bericht zur Lage der Welt, Frankfurt am Main 1992, S.200
- 20) ebenda, S.200



"Skinheads" assassinam moçambicano na Alemanha

Um jovem moçambicano morreu ontem na Alemanha em consequência de uma agressão levada a cabo por um grupo de "Skinheads", vulgo cabeças-rapadas, seguidores da ideologia neo-nazi e orientados por princípios racistas — noticiu ontem a Rádio Moçambique.

Trata-se de Jorge Gumundai que viajava num eléctrico. A composição foi invadida por um grupo de "skinheads" que agrediu o jovem moçambicano e o atirou para fora do eléctrico em andamento e a grande velocidade.

O malogrado Gumundai deixa viúva uma alemã, com quem na circunstância regressava de uma discoteca. Muito embora a fonte da Rádio Moçambique não tenha precisado o local exacto da ocorrência, acredita-se que a mesma tenha se registado numa das cidades da antiga RDA.

Antirassismusaufwurf mit kritischer Anmerkung in der mosambikani-
schen Monatszeitschrift TEMPO - 21/04/91

Versuch einer kommentierten Definition des Rassismus¹

Um einer entsprechenden Bitte nachzukommen, habe ich im folgenden Text eine kommentierte Definition des Rassismus versucht.

Die Definition, die am Anfang steht, ist eigentlich erst das Endresultat der daran anschließenden Analyse und des Kommentars. Ich habe sie zur Vorabinformation vorangestellt, aber auch in Anlehnung an eine Darstellungsweise, wie sie z.B. in der Mathematik üblich ist. Es wäre ebenso gut möglich, die drei Abschnitte in der Reihenfolge III-II-I zu lesen. Für den Leser am einfachsten wäre es wohl, zunächst einen kurzen Blick auf die Definition und die Analyse zu werfen und während der Lektüre des Kommentars gegebenenfalls zurückzublättern.

I. Definition

Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers

und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.

II. Analyse der rassistischen Einstellung

Eine Analyse der rassistischen Einstellung bringt vier wesentliche Elemente zum Vorschein:

1. Nachdrückliche Betonung von tatsächlichen oder fiktiven Unterschieden zwischen dem Rassisten und seinem Opfer.

2. Wertung dieser Unterschiede zum Nutzen des Rassisten und zum Schaden seines Opfers.

3. Verabsolutierung dieser Unterschiede, indem diese verallgemeinert und für endgültig erklärt werden.

4. Legitimierung einer - tatsächlichen oder möglichen - Aggression oder eines - tatsächlichen oder möglichen - Privilegs.²

III. Kommentar

Der Begriff "Rassismus" ist einem derart allgemeinen Mechanismus offensichtlich nicht angemessen. Er ist zu eng, während z.B. der Begriff des Antisemitismus zu weit ist. Genau genommen bedeutet er eine Theorie des biologischen Unterschieds. Nach den Ideologien des Sklavenhandels und der Kolonisation haben die Nationalsozialisten mit dieser Theorie eine politische, moralische und kulturelle Hierarchie menschlicher Gemeinschaften gemäß ihrer biologischen Unterschiede zu begründen versucht.

Ein allgemeiner Mechanismus

Tatsächlich stützt sich die rassistische Anklage bald auf einen biologischen und bald auf einen kulturellen Unterschied. Einmal geht sie von der Biologie, dann wieder von der Kultur aus, um daran anschließend allgemeine Rückschlüsse auf die Gesamtheit der Persönlichkeit, des Lebens und der Gruppe des Beschuldigten zu ziehen. Manchmal ist das biologische Merkmal nur undeutlich geprägt, oder es fehlt ganz. Kurz, wir stehen einem Mechanismus gegenüber, der unendlich mannigfaltiger, komplexer und unglücklicherweise auch wesentlich stärker verbreitet ist, als der Begriff Rassismus im engen Wortsinne vermuten ließe. Es ist zu überlegen, ob man ihn nicht besser durch ein anderes Wort oder eine andere Wendung ersetzt, die sowohl die Vielfalt als auch die Verwandtschaft der einzelnen Formen des Rassismus zum Ausdruck bringt.³ Ich schlage hierfür die Bezeichnung Ethnophobie⁴ vor, wobei der Rassismus lediglich eine ihrer Spielarten darstellen würde.

Das Bestehen auf einem Unterschied

Der Rassismus tritt zunächst als das Hervorheben eines Unterschieds zwischen dem Ankläger und seinem Opfer in Erscheinung. Aber das Aufzeigen einer Verschiedenheit zwischen zwei Individuen oder Gruppen ist

für sich allein genommen noch keine rassistische Einstellung. Schließlich entspricht dies einer der Methoden, wie sie regelmäßig in den Wissenschaften vom Menschen angewandt werden. Erst im Kontext des Rassismus nimmt diese Betonung des Unterschieds eine besondere Bedeutung an: Indem er auf dem Unterschied besteht, bewirkt oder verstärkt der Rassist bewußt den Ausschluß, die Ausgrenzung des Opfers aus der Gemeinschaft oder der gesamten Menschheit.

Der Rassismus des Kolonisators will beweisen, daß es unmöglich ist, den Kolonisierten in eine umfassende Gemeinschaft aufzunehmen, weil dieser sich biologisch oder kulturell zu sehr unterscheidet, weil er technisch oder politisch unfähig sei usw.. Der antisemitische Rassismus, der den Juden als ein radikal fremdes und befremdendes Wesen darstellt, bemüht sich auf diese Weise, die Isolierung, die Ghettoisierung des Juden zu erklären. Die Benutzung des Unterschieds ist für die rassistische Argumentation unentbehrlich: Aber es ist nicht der Unterschied, der stets den Rassismus nach sich zieht, es ist vielmehr der Rassismus, der sich den Unterschied zunutze macht.

Der Unterschied ist Tatsache oder Fiktion

Der Beweis: Wenn es keinen Unterschied gibt, wird er vom Rassen erfunden; gibt es ihn hingegen, dann wird er von ihm zu seinem Vorteil interpretiert. Der Rassist besteht nur auf solchen Unterschieden, die er für seine Argumentation verwenden kann. Kurz, der Unterschied kann Tatsache oder Fiktion, für sich allein wichtig oder ebensogut unbedeutend sein.

Dennoch scheint mir hier ein wichtiger Hinweis angebracht. Im Gegensatz zur verbreiteten Meinung des schwärmerischen Antirassisten bin ich nicht der Überzeugung, daß die vom Rassen vorgebrachten Unterschiede grundsätzlich fiktiv, ein reines Wahngelbilde oder eine böswillige Lüge sind. Der Rassist kann sich durchaus auf ein tatsächliches Merkmal biologischer, psychologischer, kultureller oder sozialer Natur stützen: die Hautfarbe bei den Schwarzen oder die kulturellen Traditionen der Juden.⁵

Zweifellos kann der Rassist einen Unterschied erfinden, wenn er ihn für seine Beweisführung benötigt, doch beschränkt sich die rassistische Argumentation weder auf diese mehr oder weniger phantastischen unterschiedlichen Merkmale noch auf eine schlichte Feststellung von manchmal tatsächlich existierenden Unterschieden; es kommt grundsätzlich eine Inter-

pretation dieser Unterschiede, eine Wertung hinzu.⁶

Kurz, der Unterschied wird zum Nachteil des Angeklagten und zugunsten des Anklägers gewertet.

Der Unterschied wird gewertet

Die Wertung des Unterschieds ist ganz sicher eines der Kernelemente der rassistischen Einstellung. Diese Wertung enthält implizit oder explizit eine zweifache Stoßrichtung: Sie zielt darauf ab, die Unterlegenheit des Opfers und die Überlegenheit des Rassisten zu beweisen. Mehr noch, sie beweist das eine durch das andere, die Unterlegenheit der schwarzen Rasse bedeutet automatisch die Überlegenheit der weißen Rasse. Die Minderwertigkeit des Kolonisierten beweist schlagend die Höherwertigkeit des Kolonisators. Kurzum, die Wertung ist zugleich negativ und positiv; sie bekräftigt gleichzeitig die Negativität des Opfers und die Positivität des Anklägers. Daraus folgt:

1. Jeder Unterschied, der das Opfer von seinem Beschuldiger trennt, eignet sich dazu, das erstere zu verdächtigen und zu verurteilen, weil die Beweisführung des Rassisten mit dieser negativen Wertung beginnt und jeder - tatsächliche oder fiktive - Unterschied durch eine einfache Änderung des Vorzeichens zu einem Verdienst des Anklägers, zu einer Wertung zu seinen Gunsten gemacht werden kann. In einer rassistischen Welt ist der Unterschied etwas Schlechtes (wohlgemerkt jener, der das Opfer im Vergleich zum Ankläger, der als Bezugspunkt gesetzt wird, charakterisiert: Es ist nicht die weiße Hautfarbe, die den Weißen vom Schwarzen unterscheidet, es ist die schwarze Hautfarbe, die den Schwarzen so verhängnisvoll zu etwas anderem als einem Weißen macht).

2. Der Rassist wird alle Anstrengungen unternehmen, um die Distanz zwischen den Vorzeichen zu vergrößern, d.h. den Unterschied zu maximieren. D.h., je kleiner er sein Opfer macht, desto größer wirkt er selbst, je höher er den Unterschied zum Nachteil seines Opfers wertet, desto höher wertet er ihn zu seinen eigenen Gunsten.⁷

Das ist auch der Grund, warum ein schlichter - biologischer oder kultureller - Unterschied eine Fülle von Bedeutungen nach sich zieht: Die biologischen Merkmale des Juden werden unter anderem als häßlich angesehen. Einen Schritt weiter, und ihr wird eine eigene Psychologie angedichtet, eine gewisse Böartigkeit etc., dann ein metaphysisches Wesen usw. usw.. Wir gelangen von der Biologie zur Moral, von der Moral zur Politik und

von dieser zur Metaphysik.

Beginnend mit dieser Wertung erkennt man deutlich die Logik der Folgerungen: Es kann nicht anders sein, als daß dieser schädliche und entehrende Unterschied, der das Opfer zu Boden drückt und seinen Ankläger erhöht, absolut wird. Wenn der Ankläger seine Überlegenheit endgültig untermauern will, muß auch der Unterschied zu einem endgültigen werden.

Der Unterschied wird verallgemeinert

Der rassistische Argumentation ist demnach durch ihr Bemühen um eine Verallgemeinerung, eine Verabsolutierung gekennzeichnet: Mit der Zeit wird die gesamte Persönlichkeit des Opfers derart charakterisiert; es sind alle Mitglieder seiner gesellschaftlichen Gruppe, die unter der Anklage zusammenbrechen.

1. Unter diesem Blickwinkel betrachtet wird der Erfolg des biologischen Rassismus besser verständlich: Er läßt sich besonders gut auf Paßform bringen. Der verhängnisvolle Unterschied findet eine Art Substrat: Er ist in das Fleisch und Blut, in das Erbgut des Opfers eingeschrieben. Er verwandelt sich in Schicksal, in ein erbliches Verhängnis. Von nun an und für alle Zeiten ist das innerste Wesen des Opfers davon befallen, und damit sind es auch alle Manifestationen dieses Wesens: Der Körper, die Seele, sein Verhalten. In aller Regel verbindet sich ein biologischer mit einem psychologischen und einem kulturellen Rassismus (es handelt sich eigentlich mehr um einen "Ethnismus" als um einen Rassismus).

2. Wenn der Unterschied so tief in das innerste Wesen des Opfers reicht, dann muß er sich auf alle Menschen, die am selben Wesen teilhaben, erstrecken.⁸ Deshalb kann man hier nicht nur von einer Verallgemeinerung sprechen: Individuelles und kollektives Merkmal stehen in einer Art dialektischem Verhältnis zueinander. Jeder wirkliche oder erfundene Mangel des Angeklagten wird auf eine ganze, ihm verwandte Gruppe von Menschen ausgedehnt, aber unterschwellig wird der Angeklagte aufgrund eines kollektiven Makels verurteilt. Der Antisemit geht von der unterstellten Geldgier dieses oder jenes Juden aus, um zu dem Schluß zu gelangen, daß alle Juden habgierig seien, oder er befindet, man könne keinem einzigen Juden trauen, weil sie alle habgierig seien. Derselbe Mechanismus greift im Hinblick auf die notorische Faulheit des Kolonisierten oder die Gewalttätigkeit des Schwarzen.

Aber auf welcher Ebene er auch in Erscheinung tritt, immer findet man im Rassismus jenes kollektive Element, das sich anscheinend besonders gut zur Verabsolutierung eignet: kein Jude, kein Kolonisierter und kein Schwarzer wird diesem sozialen Determinismus entinnen können.

Der Unterschied ist endgültig

Es wird verständlich, daß derselbe Mechanismus auch für die Zeit, auf die Vergangenheit und die Zukunft, ausgedehnt wird: Der Jude war schon immer habgierig, der Schwarze von jeher unterlegen. Daraus folgt, daß sie dies immer sein werden, ohne Hoffnung auf eine Änderung oder Rettung. Verabsolutierung, gesellschaftliche und zeitliche Verallgemeinerung laufen auf dasselbe hinaus. Am Ende wird das Wesenhafte zunächst des Unterschieds und dann des Opfers absolut gesetzt, sie wird typisiert, so daß so etwas wie der absolute Kolonisierte oder der absolute Jude entsteht. Es sind wohlgeordnet negative Typen, endgültig und absolut negativ. Es ist bekannt, wie der Jude schließlich im Mittelalter zu einer der Inkarnation des Teufels und Jahrhunderte später wiederum zum absoluten und antithetischen Feind der Nationalsozialisten wurde; der Schwarze wurde zu einer der minderwertigen Kategorien der menschlichen Art. Kurz, im Extremfall tendiert der Rassismus zum Mythos.

An dieser Stelle löst sich die Konstruktion von der Wirklichkeit, von der sie kurze Zeit genährt hat, um ihrer eigenen Logik zu folgen. Auf diesem Weg von der einfachen Beschuldigung zum Mythos findet in verschiedenen Etappen die Entwertung des Opfers statt. Im Grunde geht es um eine fortschreitende Entmenschlichung. Der Rassist charakterisiert sein Opfer durch eine Reihe überraschender Merkmale, es sei unbegreiflich, undurchsichtig, mysteriös, befremdlich, beunruhigend usw.. Mit der Zeit macht er aus ihm so etwas wie ein Tier, eine Sache oder noch einfacher ein Symbol.

Am Ende dieses fortwährenden Bemühens, das Opfer von jeder menschlichen Gemeinschaft auszuschließen, ist dieses endgültig in sein Geschick des Unglücks, der Verhöhnung und der Schuld verstrickt, während gleichzeitig der Ankläger endgültig sicher sein kann, seine Rolle als legitimer Vertreter des Rechtes zu behalten.

Die Rechtfertigung des Anklägers

Während der Rassismus zum Mythos tendiert, kann man am Mythos den Rassisten erkennen.

Die Beweggründe für das rassistische Vorgehen finden sich im Rassisten selbst. Jede noch so oberflächliche Analyse fördert sie mühelos zutage, ob es sich nun um eine individuelle oder eine kollektive Aggression handelt.

Auf die mittlerweile klassischen Analysen, die das Phänomen des Sündenbocks oder die Vorstellung vom Fremden, der die Nationalseele verderbe, untersuchen, gehe ich nicht mehr ein. Es ist bekannt, daß menschliche Gemeinschaften, um sich von verschiedenen Schuldgefühlen zu befreien, diese auf ein Objekt - ein Tier, einen Menschen oder eine Gruppe - projizieren, das sie beschuldigen und an ihrer Statt bestrafen. Auch auf den Rassismusvorwand bei individuell verübter Aggression komme ich nicht zurück. Die wirtschaftliche Konkurrenz, die zwischen Intellektuellen und Künstlern bestehende Rivalität um Anerkennung und Ansehen, auch sie können den Rassismus beschwören, d.h. eine a priori geltend gemachte Rechtfertigung sämtlicher Schwierigkeiten des Anklägers sowie seines Verhaltens gegenüber seinem Widersacher. Weniger krass ausgeprägt gibt es sogar eine spezifisch individuelle Motivation für den Rassismus, die noch kaum erforscht wurde.⁹ Ein gewisses Gefühl der Beklemmung gegenüber dem anderen, die daraus entstehende Angst und die Aggression als spontanes Mittel, diese Angst zu unterdrücken, all das findet man bei den Kindern und wahrscheinlich auch bei den Erwachsenen. Der Andersartige, der Fremde wird möglicherweise als Störfaktor empfunden, als ein Ärgernis, so daß man versuchen muß, ihn verschwinden zu lassen...Die Reaktion ist unwillkürlich, fast instinktiv, aber ihre Wurzeln reichen sicherlich tiefer, als man sich gestehen möchte. Und es ist besser, sie ernsthaft zu erforschen, als sie mit einem optimistischen Moralismus zu umgehen. In allen diesen Fällen bleibt der Mechanismus derselbe: Eine zutreffende oder falsche Charakterisierung des Opfers soll dazu dienen, die Einstellung und das Verhalten des Anklägers ihm gegenüber zu erklären und zu rechtfertigen.

Die Legitimierung des Unrechts

Welcher Art sind die Einstellung und die Verhaltensweise, die derart vom Ankläger selbst gerechtfertigt werden müssen? Warum hält er es für nötig, zu seiner Rechtfertigung eine Klage vorzubringen? Weil er sich seinem Opfer gegenüber schuldig fühlt. Weil er davon überzeugt ist, daß seine Einstellung und sein Verhalten gegenüber dem Opfer zutiefst ungerecht und arglistig sind. Denn hier müssen wir die Argumentation des Rassismus umkehren: Er bestraft sein Opfer nicht, weil es seine Bestrafung verdient, sondern erklärt es für schuldig, weil es bereits bestraft ist, oder bestenfalls weil er sich gerade anschickt, es zu bestrafen.

Der Beweis: Tatsächlich ist die Strafe fast immer schon vorher verhängt worden. Das Opfer des Rassismus lebt bereits in Schmach und Unterdrückung. Der Rassismus richtet seine Anklage nie gegen die Mächtigen, sondern stets gegen die Besiegten. Der Jude ist von vornherein ausgeschlossen, der Kolonisierte von vornherein kolonisiert. Um diese Strafe, dieses Elend zu rechtfertigen, werden überhaupt erst Gründe angeführt, die es dann erlauben, den Numerus clausus der kolonialen Ausbeutung zu erklären und zu legitimieren.

Dem ist hinzuzufügen, daß dieses Unrecht, das elende Leben des Opfers, in vielen Fällen vom Ankläger nicht einmal bewußt gewollt ist. Der Rassismus ist das objektive Gegenstück zur objektiven Situation des Opfers. In seinen Worten könnte es heißen, wenn die Frau leidet, dann deshalb, weil sie zu leiden verdient, wenn der Schwarze Sklave ist, dann deshalb, weil er verdammt ist. Der einzelne kann durch diese kollektive Argumentation verführt werden, die zum Wertesystem seines Milieus gehört und ihm die Last einer möglichen Verantwortung abnimmt. Es gibt keinen Skandal mehr, da alle Welt das Geschehen duldet und billigt.

Rassismus und Unterdrückung

Das ist auch der Grund, warum der Rassismus fast jeder Form der Unterdrückung auf dem Fuße folgt: Der Rassismus ist eine der besten Rechtfertigungen, eines der besten Symbole der Unterdrückung. Ich habe ihn in der kolonialen Situation ebenso wiedergefunden wie im Antisemitismus und in der Unterdrückung der Schwarzen; er existiert in mehr oder weniger verhüllter Form gegenüber dem Proletarier wie überhaupt gegen-

über allen Gruppen, die in Knechtschaft leben müssen.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Rassismus der Nuancierung fähig ist, daß er sich je nach gesellschaftlichem und historischem Kontext und je nach der Form der Unterdrückung unterschiedlich äußert. Der gemeinsame Nenner entbindet uns nicht von der Aufgabe, in jedem Einzelfall nach den besonderen Bedingungen des Kontexts zu fragen. Im Gegenteil, ich habe es immer wieder gezeigt, die in ihrer Argumentation vergleichsweise eintönige und banale Anschuldigung des Rassismus verdeckt etwas Wesentlicheres: eben diesen besonderen Kontext, diese spezielle Form der Unterdrückung als eigentliche Ursache für den rassistischen Vorwand. Der Schwarze wird als unfähig von Geburt dargestellt, damit er in wirtschaftlicher Sklaverei gehalten werden kann, der Proletarier als politisch und gesellschaftlich unreif, damit die Herrschaft der besitzenden Klassen unangefochten bleibt. Und wenn man jeden speziellen Rassismus beenden will, dann muß man wohl oder übel auch die Kolonisation oder die gesellschaftliche und politische Struktur unserer Gesellschaft bekämpfen.

Nach diesen Ausführungen bleibt nur noch ein grundlegender Mechanismus aufzudecken, der allen rassistischen Reaktionen gemeinsam ist: Es geht um die Notwendigkeit, das Unrecht eines Unterdrückers gegenüber dem Unterdrückten zu rechtfertigen; eine Aggression, die seit langem andauert oder gerade vorbereitet wird. Und ist nicht das Privileg eine anhaltende Aggression, unter der ein Mensch oder eine Gruppe leiden muß, die von einem Herrscher oder einer herrschenden Gruppe unterdrückt wird? Wie läßt sich ein solcher Zustand des Unfriedens, der obendrein höchst einträglich ist, anders entschuldigen als durch die Belastung des Opfers? Jenseits seiner Verkleidungen ist der Rassismus eine Selbst-Absolution des Rassisten.

Anmerkungen

- 1) Artikel für La Nef, 19/20 1964, S.41-47; Teilabdr. in: Maucorps, Memmi und Held, Les Francais et le racisme, Paris 1965, vollst. Abdr. in A.Memmi, L'Home domine, Paris 1968 und 1973
- 2) Noch weiter zusammengefaßt besteht der Rassismus aus drei wesentlichen Elementen:
 1. dem Bestehen auf einem Unterschied
 2. dessen Benutzung als Mythos und
 3. der Bequemlichkeit dieser Benutzung
- 3) Vielleicht durch ein Begriffspaar, z.B. "Aggression - Rechtfertigung", das den allgemeinen Mechanismus recht gut erfaßt, den ich beschreiben möchte.
- 4) Oder noch besser "Heterophobie" (Nachtrag 1982).
- 5) Gelegentlich sogar auf einen tatsächlichen Mangel. Aber der Rassist, weit davon entfernt, in einem solchen Mangel das Ergebnis der Unterdrückung zu sehen, die er selbst gegenüber seinem Opfer ausübt, oder wenigstens das Produkt objektiver Verhältnisse, denen sich dieses nicht entziehen kann, wirft ihm diesen Mangel sogar noch vor, als handelte es sich um einen Charakterfehler oder einen Makel. So ist z.B. die mangelnde technische Schulung des Kolonisierten das Ergebnis der Kolonisation, und das häufige Fehlen oder Zuspätkommen von Lohnarbeiterinnen in der Fabrik das Ergebnis ihrer starken häuslichen Belastung.
- 6) Manche Kritiker sind mit diesem Begriff der Wertung nicht einverstanden, den ich in seinem strengen Sinne verwende: die Beimessung eines - negativen oder positiven - Wertes.
- 7) So habe ich z.B. im "Porträt des Kolonisierten" den Begriff "Nerokomplex" gebraucht, der ebenfalls diese komplementäre und widersprüchliche Bewegung einer Wippschaukel enthält.
- 8) Vgl. "Porträt des Kolonisierten", a.a.O, S.85
- 9) Die individuellen Beweggründe ändern dennoch nichts an der notwendigen Vermittlung des sozialen Faktors, den ich bei jeder rassistischen Argumentation für wesentlich halte. Die individuelle Motivation wird erst dann zum Rassismus im eigentlichen Sinne, wenn sie von der Kultur und den Ideologien der Gruppe ihrer Prägung erhalten hat. In den herrschenden Klischees sucht und findet sie Erklärungen für die eigene mißliche Lage, und aus diesen bildet sich der Rassismus. Der einzelne Rassist findet in seiner Umgebung, in der schulischen Erziehung, in seiner Kultur den Rassismus als eine mögliche Denk- und Geisteshaltung vor, die er übernimmt, sobald sich ein Bedürfnis danach bemerkbar macht. Kurz, die soziale Vermittlung geschieht auf zwei Ebenen, auf der des Opfers, das einer schuldigen und mit Makeln behafteten Gruppe angehört, und auf der des Beschuldigers als des Vertreters einer normalen und gesunden Gruppe.

Epilog: Notizen zu Rostock

(Zitatcollage)

Kein Ende der Gewalt. Ihre eruptiven Ausbrüche nehmen zyklischen Charakter an. Die Woche vom 5. bis zum 11.9.1992 "brachte die schwersten fremdenfeindlichen Krawalle seit dem Ende des Dritten Reiches" (Der Spiegel Nr. 38/1992, S. 28). Diesmal fing es knapp zwei Wochen zuvor in Rostock an.

Wer am Abend des 24. Augusts 1992 vor dem Fernsehschirm die Live-Bilder aus Rostock-Lichtenhagen ins Wohnzimmer geliefert bekam, wurde - abgesehen von dem Grauen, das einen dabei überkommen konnte - Zeuge eines ebenso skandalösen wie unfassbaren Vorganges. In allen Teilen der Bundesrepublik, aber auch im Ausland via Kabel und Satellit, konnte man zeitgleich mit den Ereignissen verfolgen, wie überwiegend jugendliche Gewalttäter unter dem Beifall der Anwohner das Lichtenhagener Asylbewerberheim stürmten und in Brand setzten. Ausgerechnet diejenigen aber, die direkt vor Ort für den Polizeieinsatz verantwortlich waren und die die Ordnungskräfte kurz zuvor abziehen ließen, bemerkten den Ernst der Lage nicht rechtzeitig: nämlich daß hier wie in den Wochen darauf Verbrechen bis hin zu Mordversuchen begangen wurden.

Eine tiefergehende, einordnende Analyse der Pogrome von Rostock und der dann erneut einsetzenden Gewaltspirale hätte bis Redaktionsschluß nur unvollkommen ausfallen können. Stattdessen haben wir auf den folgenden Seiten *Notizen zu Rostock* in Form von Zitaten zusammengetragen, die sich direkt und indirekt auf die Thematik beziehen. Wir überlassen es den LeserInnen, sich ihre Urteile zu bilden.

Schlagzeilen

"Anschlag auf die Republik"

Die Zeit Nr. 36 v. 28.8.92

"Wut auf den Staat. Asylnotstand -
Fremdenhaß - Elend im Osten"

Der Spiegel Nr. 36 v. 31.8.92

"Jetzt hilft kein Wegsehen mehr"

Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

Ausländische Blätter (25. - 29.8.1992)

"Kristallnacht 1992"

Dagblat, Norwegen

"Die 'Asylanten', Ziel der Gewalt in der Ostseestadt, waren vor allem Zigeuner. Und wie könnten wir vergessen, daß die Vernichtungslager der Nationalsozialisten nicht nur für Juden, sondern auch für Zigeuner bestimmt waren? Doch man braucht nicht Deutscher zu sein, um Rassist und Nazi zu sein. ... Kein Land ist ausgenommen, auch das unsere nicht. Alle sind wir Deutsche."

Corriere della Sella, Mailand

"Fast idealtypisch ist in Ostdeutschland zur Zeit zu beobachten, wie der Sündenbock-Mechanismus funktioniert. Denn der Ausländeranteil beträgt in der ehemaligen DDR weniger als ein Prozent. Ausländer spielen als potentielle Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt praktisch keine Rolle. Damit richtet sich die Aggression weitgehend gegen ein unsichtbares Phantom, das seit dem Zeitpunkt der deutschen Einheit fast nur noch in der Gestalt von Flüchtlingsheimen eine Adresse und ein Gesicht hat. Verschiedene Stimmen warnten schon lange vor einem Bürgerkrieg in Deutschland, der jetzt

gegen die Flüchtlinge in Gang ist, sich aber eines Tages auch gegen die Westdeutschen richten könnte."

Berner Zeitung

"Die Abenteurer nutzten das relativ nachgiebige Regime der Demokratie. Zu kommunistischer Zeit wohnten an dem gleichen Ort in Lichtenhagen Kubaner, Angolander und Menschen aus Mosambik. Niemand hätte es gewagt, die Ausländer anzugreifen. Jetzt glauben sie, es sei schon erlaubt"

Gazeta Wyborcza, Polen

Juristisches

"Wer Beifall klatscht, wenn Molotowcocktails und Steine in Asylantenheime geworfen werden, macht sich selbst strafbar. Das würde ich gerne vor Ort durch die Strafverfolgungsbehörden verdeutlicht sehen."

Alexander von Stahl, Generalbundesanwalt

Fragen

"Was sollen wir machen - Ausländerfreundlichkeit in die Köpfe der Menschen prügeln?"

Herrman Lutz, Bundesvorsitzender der
Polizei-Gewerkschaft

"Und wann begreift man endlich, daß der Rechtsextremismus nicht dadurch bekämpft werden kann, daß man ihm seine derzeitigen Opfer wegnimmt - dann wären halt andere Gruppen dran. Es hilft nur eine andere Politik, die bei der Frage ansetzen muß: 'Wie werden Menschen in dieser hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft behandelt?' Die

Frage nach den Ursachen wird tabuisiert.”
Wilhelm Heitmeyer, Sozialwissenschaft-
ler. Die Zeit Nr. 43 v. 16.10.92

Ernst Uhlaug, Chef der Hamburger Ver-
fassungsschutzbehörde. Zit. n. Der
Spiegel Nr. 38 v. 14.9.92

Diagnosen

“Jahrelang konnten wir annehmen, daß
die Demokratie in Deutschland zwar
nicht gesichert, aber auch nicht - voraus-
sehbar - ernsthaft gefährdet ist. Das ist
jetzt anders.”

Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin.
Die Zeit Nr. 41 v. 2.10.92

“Bei den Wahlen in Baden-Württemberg
beispielsweise ist beobachtet worden, daß
durchaus gut situierte Eigenheimbesitzer
stark nach rechts neigen. Hier bricht sich
ein Wohlstandschauvinismus Bahn. Es
löst sich langsam eine Grundprämisse des
Sozialstaats auf: die Solidarität mit den
Schwächeren.”

Jürgen Trittin, Minister für Bundesange-
legenheiten in Niedersachsen. Zit. n. Der
Spiegel Nr. 37 v. 7.9.92

“Es herrschte die Illusion, Fremdenfeind-
lichkeit wäre ein Problem von Randgrup-
pen, von sozial Schwachen. Aber wenn
Asylbewerberheime in gutbürgerliche
Siedlungen hineingestellt werden und
dort vielleicht den Verkaufswert der
Grundstücke mindern, keimt dort die
Fremdenfeindlichkeit genauso auf.”

Wilhelm Heitmeyer, Sozialwissenschaft-
ler. Die Zeit Nr. 43 v. 16.10.92

Prognose

“Die Themen der neunziger Jahre werden
Rechtsextrismus, Ausländerfeindlichkeit,
Nationalismus und Rückkehr in die Inner-
lichkeit sein.”

Ausländer

“Hier werde ich wie ein Hund erschlagen,
dort (in der Heimat) sterbe ich wenigstens
als Patriot.”

Albanischer Asylbewerber in Lübbenau.
Zit. n. Der Spiegel Nr. 38 v. 14.9.92

“Für rund sechs Millionen in Deutschland
lebende Ausländer ist spätestens jetzt
klar, daß ihr Leib und Leben in diesem
Land nicht mehr gesichert sind.”

Bahman Nirumand, Journalist und
Schriftsteller. Zit. n. Der Spiegel Nr. 36 v.
31.8.92

Gegen-Sätze

“Die Leute können doch nicht von einem
auf den anderen Tag Demokratie lernen.”

Erwin Eppler, SPD-Abgeordneter in der
Rostocker Bürgerschaft

“Was muß ich denn lernen, um zu wissen,
daß man andere Mitbürger nicht anzün-
det?”

Gregor Gysi, PDS-Vorsitzender

Jugendliche in Rostock

“Es kann doch nicht sein, daß ich einfach
einen Molli werfen kann und die Polizei
nichts macht. Das ist doch Scheiße, daß
das zugelassen wird.”

“Hast Du mich in ‘Panorama’ gesehen? -
Nein, ich war aber in den ‘Tagesthe-
men’.”

"Das hier ist besser als Krimi, ey."

"Mit Mitleid ist nichts, dafür stehen wir zu sehr unter Druck."

"Zwischen Schild und Bullenschwein, paßt immer noch ein Pflasterstein." (Spruch)

Eltern

"Das sind keine Nazis. Das sind unsere Kinder."

Ein Bürger aus Rostock-Lichtenhagen.
Die Zeit Nr. 36 v. 28.8.92

"Akzeptierende Jugendarbeit"

"Angesichts der vielen jungen Leute kommt mir der Gedanke, ob nicht die Jugendpflege, die ja auch durch den Umbruch da drüben leidend geworden ist, neu aufgebaut werden muß."

Helmut Kohl, Bundeskanzler. Zit. n. Der Spiegel Nr. 36 v. 31.8.92

"Mitten unter den seelenlosen Betonburgen von Hoyerswerda haben sich unter Führung der rechtsextremen Partei 'Deutsche Alternative' die Neonazis ihren Treffpunkt eingerichtet. Mit Genehmigung der Stadt können sie die Räume im 'Club WK 10' unkontrolliert für ihre politische Arbeit nutzen. Doch damit nicht genug. Auch die Sozialarbeiter stehen auf der Seite der Neonazis. Der Sozialarbeiter hinter der Theke hat früher selbst gegen Ausländer randaliert und steht zu seiner Vergangenheit."

Thomas Leif zum Thema: Rechte Helfer zur unpolitischen Frustbearbeitung. Mit Bundesgeldern werden Projekte gefördert, die rechtsradikalen Jugendli-

chen mit rechtsradikalen Sozialarbeitern beikommen sollen. Der Tagesspiegel, 29.9.92

Soziales

"Jeden, der hier mit den Leuten von Lichtenhagen gesprochen hat, schockieren, wie bodenlos die Hoffnungslosigkeit ist, wie abgrundtief das Mißtrauen gegenüber den Politikern, wie oft in diesem Kontext die Stichworte Diäten oder Lügen fallen."

Reporter der Süddeutschen Zeitung. Zit. n. Der Spiegel Nr 36 v. 31.8.92

Polizisten

"Wir Polizisten müssen jetzt für einen weitverbreiteten Haß auf den Staat den Kopf hinhalten."

Volker Horl, Polizeisprecher. Zit. n. Der Spiegel Nr.36 v. 31.8.92

"Hundert Mann und kein Befehl. Wie fühlten sich junge Rostocker Bereitschaftspolizisten, die auf einer Brücke standen und zusahen, wie das Asylantenheim brannte?: 'Verladen, nun sind wir Ossis wieder die Idioten.' Dabei seien es doch Wessis gewesen, 'hoch graduiert', die die Einsatzleitung hatten. 'Auf solche Aufbauhilfe können wir verzichten.'"

Kuno Kruse, Michael Schwelien, Die Zeit Nr. 37, 4.9.91

Innenminister Kupfer - nehmen Sie ihren Hut! Ministerpräsident Seite - danken Sie ab! Sie haben versagt!"

Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten, zit. n. Der Spiegel Nr 36, 31.8.1992

“Deutschland den Deutschen” ?

“Der Regierungsentwurf von 1912 legte sich jedoch in preußischer Tradition einseitig darauf fest, daß nur die Staatsangehörigkeit der Eltern ausschlaggebend sein soll (jus sanguinis - Recht durch Blut): ‘Durch die Geburt, auch wenn sie im Ausland erfolgt, erwirbt das eheliche Kind eines Deutschen die Staatsangehörigkeit des Vaters, das uneheliche Kind einer Deutschen die Staatsangehörigkeit der Mutter.’ Die Regelung gilt im Grunde noch heute. Man hat lediglich 1974 aus der grundgesetzlich festgelegten Gleichberechtigung der Frau die Folge gezogen und festgelegt, daß das Kind durch die Geburt die Staatsangehörigkeit eines Elternteils bekommt.”

Lutz Hoffman, Die unvollendete Republik. Köln, PapyRossa-Verlag 1992, S. 98 f.

“Immerhin sollen bereits ein Viertel aller Deutschen die Parole ‘Ausländer raus!’ für berechtigt halten, und die Hälfte der Bevölkerung befürwortet angeblich die an sich doch idiotische Formel: ‘Deutschland den Deutschen’. - Man stelle sich nur einmal vor, diese Formel fände überall in der Welt Anwendung. Dann könnten die Deutschen in Deutschland bald alle auswandern, weil der Zustrom von Deutschen aus anderen Ländern, nicht nur aus Rußland und Rumänien, sondern auch aus den USA, Australien und Kanada für die Einheimischen keinen Platz mehr ließe.”

Fernsehkritik v. Michael Stone, Der Tagesspiegel v. 18.10.92

Politische Verantwortung

“Alle hatten offenbar die Vietnamesen im Plattenbau, ehemalige *Gastarbeiter* in der

DDR, vergessen.”

“Für die Vietnamesen war ich nicht zuständig.”

Winfried Rusch, Abteilungsleiter der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber - ZAst - im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern. Zit. n. Der Spiegel Nr. 36, 31.8.92

“Ihren Kernauftrag, den Schutz der Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen zu gewährleisten und Straftäter festzustellen und festzunehmen, hat die Polizei erfüllt. Diese Feststellung findet ihre Rechtfertigung in der Tatsache, daß keinem der Asylbewerber auch nur ein Haar gekrümmt worden ist und die Polizei über 390 Chaoten und Randalierer festgenommen hat.”

Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Kupfer, im ARD-Wochen-
spiegel v. 30.8.1992

“Mecklenburg-Vorpommern möchte sich Deutschland und der Welt von seiner schönen Seite präsentieren.”

Berndt Seite, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern. Schlußwort seiner Rede in der Landtagsdebatte über
Rostock

“Die Fremden sind vertrieben. Der Minister bleibt. Das Asylrecht wankt.”

Kuno Kruse, Michael Schwelien, Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

“Aber warum hat nicht die geballte politische Prominenz dieses Landes den Beifallklatschenden klargemacht, daß keine noch so schmerzliche Notlage es erlaubt, die Jagd auf Minderheiten zu eröffnen? ... Hat es nicht schon aus unwichtigeren Anlässen Sondersitzungen des Bundestages gegeben? Die Krawalle von Rostock

lohten offenbar den Aufwand nicht."

Gunter Hofmann, Die Zeit Nr. 37 v.
4.9.92

"Solange es in Deutschland auch nur einen Fremden gibt, der um sein Leben fürchten muß, werden wir bereit sein müssen, auf die Straße zu gehen."

Daniel Cohn-Bendit
Dezernent für Multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt

Asyl

"Das Problem, um das es geht, lautet in der Tat gar nicht: Asyl. Es wird vielmehr im ersten Satz des Grundgesetzes angesprochen: 'Die Würde des Menschen ist unantastbar.'"

Gunter Hofmann, Die Zeit Nr. 37 v.
4.9.92

"Die Asyldebatte sollte im Machtkampf den Konservativen dienen - hat ihnen aber nur geschadet und allein den Rechtsextremen genutzt."

Robert Leicht, Die Zeit Nr 36 v. 28.8.92

"In dieser im wahrsten Sinn aufgeheizten Atmosphäre die Debatte um Asyl und Ausländerzuzug weiterhin zu instrumentalisieren, ist nicht nur leichtfertig - es ist unanständig. Reden kann und muß man über das Thema, jedoch nicht jetzt und nicht so."

Matthias Zschaler, Der Tagesspiegel v.
14.9.92

"Jetzt, im unglücklichsten Moment, den man sich vorstellen kann, setzt auch die SPD noch einen falschen Akzent" (ebd.)

"Nach der heutigen juristischen Definition eines politischen Flüchtlings könnten

Juden, die nach 1933 bis zum Beginn des Kriegsausbruchs, also in der Zeit vor des systematischen Massenvernichtung aus Deutschland flohen, trotz der verfassungsrechtlichen Garantie des Asylrechts kein Asyl in der Bundesrepublik erhalten."

Dieter Oberndörfer, Die offene Republik.
Freiburg: Herder Spektrum, 1991.

Produzenten populärer Kultur

"Die Zeiten werden härter
wir können keinem traun
Erst gestern haben so Zombies
schon wieder total brutal draufgehaun
Total blind im Rassenwahn
zünden sie nachts Häuser an
Aber wir klär'n hier in unsrer Stadt
daß kein Skin was zu sagen hat

Und wir hau'n mit den Tatzen
den Skins auf die Glatzen
das Einzige was die verstehn
Also Faschos verpißt Euch
keiner vermißt euch
Wir woll'n euch nur noch von hinten
sehn

Doch am liebsten bleiben die Fäuste kalt
denn Panther stehn nicht auf Gewalt
Wir sind die Panther - Panik-Panther"

Udo Lindenberg,
Panik-Panther

"Deutschland mag vereint sein. ... Ich bin zerrissen."

"P.S. Immer wieder wird gefragt, was kostet denn die Einheit? Die Einheit kostet 23 Pfennig."

Rio Reiser
König von Deutschland

Wirtschaft

“Tourismusbranche in Rostock fürchtet Einbußen”

taz v. 1.9.92

“Die Gewaltexzesse der Rechten, wachsende Fremdenfeindlichkeit und wieder-aufflammender Antisemitismus könnten nicht nur das Ansehen Deutschlands in der Welt ruinieren, sondern auch der Wirtschaft des Landes schweren Schaden zufügen. Wo immer derzeit Industrie- und Treuhand-Vertreter, Politiker und Diplomaten im Ausland für den Standort Deutschland und seine Waren werben, werden sie zuerst auf die Situation in ihrer Heimat angesprochen. ... Die Welle der Gewalttaten schrecken Investoren ab, ... “

Arne Daniels. Die Zeit Nr. 43 v.
16.10.92

Sonstiges

“Eklig die ‘Rechten’, aber auch eklig, wie ‘Linke’ ihren Ekel mitteilten. Deren Nein, obwohl anfangs auch mein Impuls, ist dem, das ich ablehne, zu nah und gehört mit abgelehnt. Die plumpen Neins und Niewieders, jenes Denkgefängnis, das Handeln nur im Kontext von Gegnerschaft zuläßt - sie bestätigen lediglich seitenverkehrt, was sie frontal abzulehnen vorgeben. Die pure Gegenüberstellung verhindert jeden Versuch, das Abzulehnende einzubinden anstatt zu monsterisieren. In symmetrischer Eskalation werden alte Trümpfe wie immer neue ausgespielt. Aber die Meinung A nicht zu haben, heißt nicht, die Meinung Nicht-A haben zu müssen.”

Bodo Morshäuser, Hauptsache Deutsch.
Frankf./M., Suhrkamp, 1992, S. 14

(Am Rande der Demonstration gegen die Pogrome in Rostock:)

“Ein alter Mann zupft einem Autonomen am Ärmel: ‘Sie werden doch nicht auch Krawall machen und unser schönes Rostock wieder in schlechtes Licht rücken.’ Nein, es bleibt ruhig. Von den Rechten keine Spur. Nur zwei Sechzehnjährige hatten sich zu weit vorgewagt. Jetzt sitzen sie im Gras und schlottern. Umringt und bestaunt. Erkennungsdienstliche Behandlung mit der Pocketkamera. Die Bomberjacke wird konfisziert. Leibesvisitation. Halt, was muß man da finden? Ein Hitlerbild. Eklig. Strafe muß sein: Aufessen. Auf der Stelle. Dann Entlassung.”

Kuno Kruse, Michael Schwelien, Die
Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

Instrumentalisierung ?

“Es läßt sich nicht leugnen, daß die Bedingungen im *einzigsten* zentralen Aufnahmelaager für ganz Mecklenburg-Vorpommern auch den Anwohnern eine Menge Unannehmlichkeiten aufbürdeten. Ob das unterschwellig so gewollt war, kann man inzwischen durchaus fragen.”

Gunter Hofmann, Die Zeit Nr. 37 v.
4.9.92

“Bundesinnenminister Seiders (CDU) forderte im ZDF erneut eine rasche Lösung des Asylproblems.”

Der Tagesspiegel, 26.8.92

Formeln

“Fremdenhaß ist nicht akzeptabel.”

Helmut Kohl, Bundeskanzler

“Gewalt, gegen wen auch immer, ist eine Schande für unser Land.”

Wolfgang Schäuble, Fraktionsvorsitzender der CDUv.CSU

zwischen Reichen und Armen, welche Letztere ebenso gut Einheimische wie Fremde umfassen ...”

Pierre Bourdieu, Die gesunde Wut eines Soziologen, in: ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Berlin, VSA-Verlag 1992, S. 169-171.

Generelle Kritik

“Diejenigen, die den Rassismus verurteilen, müßten mit der gleichen Schärfe die *Bedingungen* verurteilen, die den Rassismus fördern oder verursachen, die Kriminalität, die Gewalt, die Vereinzelung, das Zerbrechen der Solidarbeziehungen, eben all das, was Angst hervorruft, den Rückzug auf sich selbst, und auch, das versteht sich von selbst, die Bedingungen, die diese Verhaltensweisen aus Verzweiflung begünstigen, wie die Wohnungsbau- und Beschäftigungspolitik.

Den Akzent auf das *Nationale* im Gegensatz zum *Fremden* zu legen, heißt, den Willen zu bekräftigen, die Umverteilung (von Unterstützungsleistungen, Beihilfen, Versicherungen, der Sozialfürsorge und zweifellos auch der Arbeit) in die Hand zu bekommen, die recht eigentlich dem Staat obliegt, und auf dem Gebiet den *Einheimischen* absoluten Vorrang einzuräumen. So kann man den Erfolg der ‘nationalistischen’ Botschaft bei den ‘armen Weißen’ verstehen, die nichts haben, außer ihrer rechtlich garantierten Zugehörigkeit zu einem Staat, der sie im Stich läßt.

Schwerer zu verstehen ist aber, warum sich die Parteien der Linken gegen eine ganze Tradition des Internationalismus und Universalismus haben dazu hinreißen lassen, die Dichotomie einheimisch/fremd oder eingeboren/eingewandert zu übernehmen und daraus das zentrale Sicht- und Einteilungsprinzip zu machen, auf Kosten vor allem des Gegensatzes

Zu einzelnen Autoren

Bernd Bröskamp, geb. 1954 in West-Berlin, Dr. phil.,
Studium der Sportwissenschaften, Amerikanistik,
Erziehungswissenschaften und Philosophie in
Marburg und Berlin. Promoviert mit einer Arbeit
zum Thema der körperlichen Dimensionen von
Fremdheit und Ethnizität. Arbeitsschwerpunkte:
Migrations- und Ethnizitätsforschung,
sozialwissenschaftliche Körpertheorie,
Sportsoziologie

Ahmed Farah, geb. 1953 in Mogadishu, seit 1976 in der BRD,
Diplom in Soziologie in Bielefeld zum Thema:
"Sedentarisierung von Nomaden" (erschieden im
Breitenbach Verlag 1991),
Mitarbeiter des Koordinierungskreises Mosambik

Eva Engelhardt, geb. 1952 in Darmstadt, Diplom-Soziologin,
4 Jahre Aufenthalt in Sambia, 2 Jahre in Somalia
als Koordinatorin für Frauenprojekte.
3 Kinder. Freiberuflich tätig in Berlin.
Arbeitsschwerpunkte: Frauenförderung,
Bevölkerungspolitik, Ökologie, interkulturelle
Kommunikation.

Wolfgang Brück, geb. 1936, Professor für Rechts- und
Kriminalsoziologie, z.Z. Lehrbeauftragter
in Dresden; 1972 Dissertation an der Universität
Halle "Die Entwicklung der Freiheitsstrafe in
Deutschland"; 1985 Dissertation an der Universität
Leipzig "Soziale und kriminelle Gefährdung
Jugendlicher".
15 Jahre Mitarbeit am Zentralinstitut für
Jugendforschung in Leipzig

Wahid Wahdatehagh, geb. 1957 in Ludwigsburg, Diplom-Soziologe,
Arbeitsschwerpunkte: Neue Weltwirtschaftsordnung, Rassismus
Mitarbeiter des Bildungs- und Aktions-Zentrums 3. Welt in Berlin

Albert Memmi, geb. 1920
Der Text von Albert Memmi wurde mit Erlaubnis vom Athenäum Verlag
GmbH, Frankfurt/a.M. abgedruckt.
Es handelt sich um einen Auszug aus seinem Buch "Rassismus", erschienen
1987, Frankfurt /M.

- Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses, Argument 1992
- From Resistance to Rebellion: Texte zur Rassismus-Diskussion, J. Boume, A. Sivanandan, L. Fehete, Schwarze Risse 1992
- Roots of racism I / Pattern of racism II / How racism came to Britain III / The fight against racism IV: Institute of Race Relation 1982
- Melber, H., Der Weißheit letzter Schluß: Rassismus und Kolonialer Blick, Brandes & Apsel 1992
- Melber, H., Rassismus und Ethnozentrismus als Phänomene kolonialistischer Betrachtungsweise. In: Klaus Geiger (Hrsg.): Rassismus und Auländerfeindlichkeit in Deutschland. Beiträge zu ihrer Erforschung, Kassel 1985, 5-80
- Mergner, Gottfried, Der enge Zusammenhang von Aggression und Mitleid. In: Ich habe nichts gegen Ausländer ... Fremde in unserer Gesellschaft. Evangelische Akademie Bad Boll, Protokolldienst 16, 1987, 19-41
- SchmittEgner, Peter, Wertgesetz und Rassismus. Zur begrifflichen Genesis kolonialer und faschistischer Bewußtseinsformen. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie 1976, 8/9
- Geiss, I., Geschichte des Rassismus, Suhrkamp 1988
- Antrata, O. u.a., Theorien über Rassismus, Argument 1989
- Uni Bielefeld (Hg.) Das Eigene und das Fremde: Neuer Rassismus in der Alten Welt?
- Kalpaka, N. Rätnezel (Hg.) Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, Mundo, 1990
- Davis, A., Rassismus & Sexismus, Elefanten Press 1982
- Bernhard, N., Tarzan und die Herrenrasse: Rassismus in der Literatur, Lenos, 1986
- Renschler, R. u.a., Das Gift der frühen Jahre; Rassismus in der Jugend-Literatur, Lenos, 1981

MATERIALIEN & MEDIEN ■

Bücher (Auswahl)

Angola, Mosambik und Zimbabwe im Visier Südafrikas
Joachim Becker, Köln 1988,
329 Seiten,DM 9,80

Schön wäre es...
Texte von Jugendlichen aus
Mosambik und der Schweiz;
Erklärung von Bern; Zürich 1988,
56 Seiten,DM 8,50

Julietta und die Stille des Todes
Mosambik: Vom Krieg gegen die
Kinder. Beate Müller-Blattau,
Hamburg 1989, 131 Seiten,
.....DM 9,80

Die Fledermaus und der Himmel
Geschichten und Märchen aus
Mosambik; Elisa Fuchs, Zürich
1988,DM 3,50

Mosambik - Revolution im Kreuzfeuer
Das Buch enthält ausführliche Hinter-
grund-Informationen zur Kolo-
nialgeschichte Mosambiks, dem
Befreiungskampf der Frelimo, den
Errungenschaften des unabhängi-
gen Landes und dem blutigen
Krieg der von Südafrika bezahlten
und gesteuerten Terrororganisa-
tion Renamo; Joseph Hanlon,
Bonn 1988, 354 Seiten,
.....DM 29,80

Broschüren

Mosambik - Sozialismus und Solidarität
Perspektiven der Solidaritätsarbeit
mit dem 'neuen' Mosambik,
EMS/ KKM 1990, 30 Seiten,
.....DM 4,00

Mosambik-Mosaik
Momentaufnahmen einer Reise,
Bernhard Venjakob, KKM 1989,
72 Seiten,DM 5,00

(Über)leben in Mosambik -
Im Schatten des Renamo-Terrors,

ASA-Soli-Fonds/WFD, Berlin
1989, 64 Seiten,DM 4,00

**Mosambik - Broschüre aus An-
laß der BAP-Tournee 1988;**
Kampagne "Apartheid tötet auch
in Mosambik", 1988, 36 Seiten,
.....gratis*

Partnerschaft Konkret -
Deutsche Schulen berichten über
ihre Erfahrungen mit Schulpartner-
schaften; KKM 1988, 25 S.
.....DM 2,00

Menschenrechtsbericht
Mosambik 1975-1989
amnesty international - Magran
Koordinationsgruppe,
Gelsenkirchen 1990, 59 Seiten,
.....DM 3,00

Flüchtlinge in Mosambik -
Bericht der US-Regierung
(deutsche Zusammenfassung);
Robert Gersony, 1988, 27 Seiten,
.....DM 3,00

Thema heute: Mosambik
WDR-Manuskript von Bernd Girr-
bach, 1989, 31 Seiten,DM 3,00

Aktion Konto kündigen
(Faltblatt)gratis*
Größere Mengen werden gegen Er-
stattung der Druckkosten abge-
ben.

Mosambik-Rundbrief

Zeitschrift des KKM, erscheint 4
mal im Jahr mit Nachrichten und
Hintergrundinformation zu Mo-
sambik sowie einem aktuellen
Schwerpunktthema;
Jahresabo20,00 DM
Einzelheft4,00 DM

Zur Zeit lieferbare Einzelhefte:
19 V. Parteikongreß der Frelimo
20 Mosambikaner/innen
in der DDR
21 Wirtschaft im Ausnahme-
zustand
22 Waffenstillstand in
Mosambik?
23 Flüchtlinge
24 Leben auf dem Land
25 Ökologie
26 Wirtschaftsreformen
27 Private Hilfe - Fortsetzung
des Krieges?

Filme (Auswahl)

**"Ist der Teufel wirklich
ein Kind?"**
Über die Auswirkungen des Ter-
rors in Mosambik auf die Kinder,
90 Minuten, Wien 1990, 16 mm,
Verleih über: Verleih der Filme-
macher, Zentnerstr. 11, 8000
München 40, Leihgeb. . 180,00 DM

In Österreich: Filmladen, Maria-
hilferstr.58, A-1070 Wien

**"Der zerschossene Traum
von Marracuene"**
VHS-Videofilm über den
Tagesablauf einer mos. Kleinstadt
im Krieg. 40 Minuten, Verleih
über den KKM; Leihgeb. DM 5,00

Mosambik - Kein Thema mehr?
VHS-Videofilm über die aktuelle
Lage in Mosambik und konkrete
Hilfe durch das "Modell Schul-
partnerschaft", 20 Minuten, Ver-
leih über den KKM,
LeihgebührDM 5,00

Safari - Die Reise
Spielfilm über die Erfahrungen
zweier österreichischer Journali-
stinnen in Mosambik
Verleih: Filmladen, Mariahilfer-
str.58, A-1070 Wien, Österreich

Verbrannte Erde
Südafrika und die Frontstaaten.
Dokumentarfilm über die südafri-
kanische Destabilisierung der
Nachbarländer. Verleih: CON-
Film, Benquestr. 29, 2800 Bremen

**"Dies ist unsere Stunde -
Die Frauen von Maputo",**
VHS-Dokumentarfilm über Ent-
wicklung und Probleme von Frau-
en-Genossenschaften in den Stadt-
randbereichen von Maputo, 1990,
40 Minuten, Verleih über den
KKM LeihgebührDM 5,00

Unterrichtsmaterial

Diaserie Mosambik
Hg. KKM, 50 Dias einschl. Be-
gleittext, Hintergrundinformation
und Vorschläge zur Vertiefung im
Unterricht, Februar 1989,
VerleihDM 10,00

Oberstufenmappe Mosambik
Hg. KKM,DM 10,00

21 Materialien für den Einsatz in
den Klassen 11 - 13, gute Grundla-
geninformationen mit Quellenma-
terial, April '89, 187 S. - neu über-
arbeitet

Unterrichtsreihe Mosambik
für die Schulklassen 5 - 7 der
Sekundarstufe I, Hg. KKM,
5 Unterrichtsstunden (24 Seiten)
mit Arbeitsmaterialien, Mai 1989,
.....DM 2,00

Ausstellungen

**Fotos des mosambikanischen Fo-
tografen Ricardo Rangel**, zusam-
mengestellt von und Bezug über:
terre des hommes, Postf. 4126,
Osnabrück, Tel.: 0541 - 7 10 10

**"Alltag einer Kooperativen-
bäuerin in Mosambik"**
12 Tafeln a 60 x 80 cm mit Hänge-
vorrichtung, Verleih über: Welt-
friedensdienst, Hedemannstr. 14,
1000 Berlin 61, Tel.: 030-2510516

Diverses

**Poster: BAP auf Solidaritäts-
Tournee in Mosambik**.....DM 3,00

Mankeu-Kunstdruck
ca. 60 x 45 cm.....DM 5,00

Malangatana-Grußkarten
5 verschiedene Motive mit
Umschlägen.....DM 5,00

Malangatana T-Shirt
"A luta continua" L/XL DM 20,00

Cashewnüsse
100 Gramm.....DM 2,50

Sofern keine andere Adresse ange-
geben ist, können alle Artikel beim
Koordinierungsbereich Mosambik
**e.V., Klasingstr. 17, 4800 Biele-
feld 1, Tel.: 0521 - 124 742**
bestellt werden. Alle Preise verste-
hen sich inkl. Mehrwertsteuer.
Verpackung und Porto werden ex-
tra berechnet. Der Versand erfolgt
gegen Rechnung, bei kleineren Be-
stellungen auch gegen Vorauszah-
lung in Briefmarken.

Informationszentrum Afrika (IZA) Bremen

Das Informationszentrum Afrika wurde 1987 mit dem Ziel gegründet, das allgemeine Interesse an Afrika zu fördern, Bewußtsein und Kenntnisse über die neueren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Afrika zu vertiefen und über das Verhältnis der Industrieländern zu den Staaten Afrikas sowie über die Situation von AfrikanerInnen in Deutschland aufzuklären. Diesen Zielen widmet sich das IZA durch ein breitgestreutes Angebot an Seminaren, Vortragsveranstaltungen, Theater-, Film- und Konzertabenden, Ausstellungen, Lesungen und Diskussionsrunden. Veranstaltungen werden mehrmals im Monat angeboten, oft in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen aus Bremen und dem norddeutschen Raum. Ca. 2000 Interessierte nehmen jährlich das Programmangebot wahr. Einige thematische Schwerpunkte der letzten Zeit waren z.B. die Probleme afrikanischer Flüchtlinge, Frauen in Afrika, Militärdiktatur und Bürgerkrieg in Liberia, Ökologie, deutsche Entwicklungspolitik, Demokratisierung, Sklaverei. Mehrfach wurden bereits Afrikanische Filmtage in Bremen organisiert. Die Transatlantik-Ausstellung "Begegnung zwischen Afrika und Brasilien" im Bremer Übersee-Museum mit ihrem Begleitprogramm sowie die dreitägige Tagung "Ökologische Zerstörung in Afrika und Alternative Strategien" mit internationalen ReferentInnen bilden weitere Schwerpunkte in 1991.

Das IZA ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und finanziert sich im wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen und unregelmäßigen Zuwendungen verschiedener Bildungsträger. Das IZA ist eine der Trägerorganisationen des Bremer Informationszentrums für Menschenrechte und Entwicklung (BIZ).

Die IZA-Arbeit wird jeden Monat auf einem *Jour-Fixe* von allen interessierten Mitgliedern diskutiert und koordiniert. Die Mitglieder erhalten regelmäßig das Programm sowie die vier- bis sechsmal jährlich erscheinende Zeitschrift *iza-ellefant* zugesandt. Sie haben auch die Möglichkeit, an den zweimal jährlich stattfindenden IZA-Wochenendseminaren teilzunehmen.

Weitere Aktivitäten im Rahmen von IZA sind z.B. die *Arbeitsgruppe Asyl*, die sich der konkreten Probleme afrikanischer Flüchtlinge in Bremen annimmt, sowie die Herausgabe der *Afrika-Hefte*, einer wissenschaftlichen Veröffentlichungsreihe. Vier Hefte sind bisher erschienen: Gabriele Zdunek: Frauenarbeit im informellen Sektor in Ibadan (Nigeria); Sara Berry: Afrikanische Entwicklungsperspektiven - Ein kritischer Essay; Barbro-Isabel Bruhns: Zur Situation Behinderter in Zimbabwe; Moema Parente Augel: Transatlantik - Begegnung zwischen Afrika und Brasilien. In Zusammenarbeit mit der Liberia Working Group erschien außerdem: Human Rights Violations in Liberia, 1980-1990 - Eine Dokumentation.

Afrika - Hefte

- AH 2 Sara Berry: Afrikanische Entwicklungsperspektiven- Ein kritischer Essay.** (Übersetzung aus dem Amerikanischen). Bremen 1991. ISBN 3-927429-01-5. 43 Seiten. DM 10.00.

Obwohl bereits 1981 von der Boston University veröffentlicht, hat die Studie von Sara Berry nichts von ihrer Aktualität verloren. Sie skizziert in knappen Strichen Positionen und Schwächen der neoklassischen, orthodox-marxistischen, neo-keynesianischen und dependenztheoretischen Richtungen in der Afrikaforschung und weist ihnen Defizite nach, die sie z.T. gemeinsam kennzeichnen. Sara Berry plädiert für eine stärkere Beachtung der Analysen "spezifischer Fälle", die auch für die Theorie mehr hervorbringen können als eine Anwendung generalisierender Konzepte, die leicht in die Irre führen, wie sie an etlichen Beispielen zeigt.

- AH 3 Beate Martin: Von oben nach unten wächst gar nichts. Ländliche Entwicklung durch Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung dargestellt am Beispiel einer senegalesischen Bauernorganisation.** Bremen 1992. ISBN 3-927429-02-3. Ca. 100 Seiten.

- AH 4 Barbro-Isabel Bruhns: Zur Situation Behinderter in Zimbabwe. Zwischen Institutionen und Integration.** Bremen 1989. ISBN 3-927429-03-1. 71 Seiten. DM 10.00.

Nur 2 % der als behindert geltenden Bevölkerung Zimbabwes profitieren von institutionellen Rehabilitationsmaßnahmen, die eines von vielen Erbstücken der Kolonialzeit sind. Wie sieht diese institutionalisierte Arbeit mit Behinderten aus und was geschieht mit den restlichen 98 %, die zum größten Teil auf dem Lande in noch mehr oder weniger traditionellen Gesellschaftsformen leben? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die vorliegende Studie vor dem Hintergrund der traditionellen afrikanischen Gesellschaftsformen und der Kolonialgeschichte des relativ jungen Staates.

- AH 5 Moema Parente Augel: Transatlantik - Begegnung zwischen Afrika und Brasilien.** Bremen 1991. ISBN 3-927429-04-X. 80 Seiten. DM 8.00.

Das Buch beschreibt die Geschichte des transatlantischen Dreieckshandels und geht der Frage nach, wie es möglich war, daß die von Afrika nach Brasilien verschleppten Sklaven trotz ihrer unmenschlichen Lebensbedingungen und der Trennung von ihrer Heimat viele Elemente ihrer Ursprungskultur aufrechterhalten konnten. Es thematisiert Massendiskriminierung und die wirtschaftliche und soziale Situation von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe und verdeutlicht anschaulich deren sozio-kulturelle Gemeinsamkeiten. Das reich bebilderte Heft wurde als Begleitbroschüre zur gleichnamigen Bielefelder Ausstellung konzipiert, ist aber auch unabhängig davon gut lesbar.

- AH 6 Karl Peltzer: Traditionelle Heilkunde bei Ashanti und Shona.** Bremen 1992. ISBN 3-927429-05-8. Ca. 120 Seiten.

Bremer Afrika-Studien

- Band 1 Bruhns/Kappel (Hrsg.): "Ökologische Zerstörung in Afrika und alternative Strategien"** Zur gleichlautenden Tagung des IZA vom 07. bis 09. März 1991.

- Band 2 Dirk Hansohm: Small Industries Development in Africa. Lessons from Sudan.** Bremen 1992. VI + 263 Seiten.

Außerdem erhältlich: Liberia Working Group. Leben wo der Pfeffer wächst. Bremen 1989. ISBN 3-926771-09-7. 151 Seiten. DM 15.00

Zu beziehen über: Informationszentrum Afrika (IZA)
Postfach 10 45 41 28 Bremen 1 Tel.: 0421 / 74917



DER KOORDINIERUNGSKREIS MOSAMBIK e.V.

Der Koordinierungskreis Mosambik e.V.(KKM) wurde 1977 als gemeinnütziger Verein von verschiedenen lokalen Solidaritätsgruppen und Einzelpersonen gegründet. Ziel war es, die Unterstützung, die für die FRELIMO seit 1970/71 während des Befreiungskampfes gegen den Kolonialismus geleistet worden war, für den Aufbau eines unabhängigen Mosambiks fortzusetzen. Die Leitung und Geschäftsführung des Vereins bestanden zunächst aus ehrenamtlichen Mitgliedern, die jährlich neu gewählt wurden. Ursprünglich meinten wir, unsere Unterstützungsarbeit könne in der Auswahl und Entsendung von aus Mosambik angeforderten Fachkräften bestehen. Aber diese Funktion haben wir nach einiger Zeit an den Weltfriedensdienst in Berlin abgegeben, der organisatorisch und administrativ besser dazu geeignet war. Heute besteht der Schwerpunkt unserer Arbeit in entwicklungspolitischer Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in West- und Ostdeutschland. Der KKM kann sich dabei auf die ehrenamtliche Mitarbeit von etwa 400 MitarbeiterInnen (einschließlich des jährlich neu gewählten Vorstands) stützen, sowie auf die Arbeit von vier hauptamtlichen MitarbeiterInnen.

Struktur

- Der Koordinierungskreis Mosambik hat eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle in 4800 Bielefeld 1

Klasingstr. 17

Tel.: 0521/12 47 42

Fax: 0521/ 64 975

- eine zusätzlich eingerichtete Nebenstelle im Beratungszentrum für ausländische MitbürgerInnen in 0-1035 Berlin

Neue Bahnhofstr. 19

Tel.: 030/589 11 42

Fax : 030/588 11 42

wo z. Zt. ein Mitarbeiter ausschließlich Beratungs- und Unterstützungsarbeit für die mosambikanischen ArbeiterInnen aus der ehemaligen DDR leistet

- sowie eine hauptamtliche Mitarbeiterin in Maputo, Mosambik, die dort auf der Grundlage eines Vertrages mit dem Erziehungsministerium Mosambiks und der deutschen Entwicklungshilfeorganisation Dienste in Übersee ab Januar 1992 zusammen mit einem mosambikanischen Counterpart Informations- und Koordinationsaufgaben erfüllt, besonders im Blick auf die Pflege der bestehenden Schulpartnerschaften.

Ziele und Arbeitsschwerpunkte

1. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland über

- Presse- und Informationsarbeit zu Mosambik
- die Herausgabe von Publikationen, Broschüren und einen vierteljährlich erscheinenden Mosambik Rundbrief mit einer Auflage von 1100 Exemplaren
 - die Durchführung von Seminaren
 - die Erstellung von didaktischen Materialien über Mosambik für Schule und Unterricht, die Erstellung von Diaserien und Filmen über Mosambik, den Verleih von Medien
 - die Bereitstellung von ReferentInnen

2. Der Aufbau und die Betreuung von Schulpartnerschaften zwischen deutschen und mosambikanischen Schulen; dazu gehört vorrangig die politische Bildungsarbeit über Mosambik in deutschen Schulen, aber auch die Organisation von materieller Hilfe für die Partnerschulen in Mosambik, wie auch die Organisation gegenseitiger Besuche. Heute gibt es etwa 25 deutsche Schulen, die eine Partnerschule in Mosambik haben. Regional konzentrieren sich die Schulpartnerschaften auf den unterentwickelten Norden Mosambiks: auf die Provinzen von Cabo Delgado und Tête; es gibt aber auch wichtige Projekte im Zentrum (Manica) und im Süden (Maputo).

3. Die Bekanntmachung von mosambikanischer Kunst und Kultur in der Bundesrepublik über Kulturveranstaltungen mit populären mosambikanischen Musik-, Gesangs- und Tanzgruppen oder über Ausstellungen der Werke mosambikanischer Maler und Bildhauer oder die Übersetzung von Werken mosambikanischer Dichter und Schriftsteller.

4. Die materielle Unterstützung von entwicklungspolitischen Projekten in Mosambik, die hauptsächlich im Bereich des Erziehungswesens (Rehabilitierung zerstörter Schulen, Aufbau neuer Schulen), der Organisation sauberen Trinkwassers oder Schulgartenbau-Projekten zu finden sind.

5. Die Beratung von und Unterstützung der Interessen mosambikanischer ArbeiterInnen im Gebiet der ehemaligen DDR. Dieser Arbeit wendeten wir uns verstärkt seit Anfang 1990 zu. Über Pressearbeit, Resolutionen, Gespräche mit Parteien, Politikern und Beamten in verschiedenen Ministerien versuchten wir darauf hinzuwirken, daß die Rechte der Mosambikaner, die ihnen der Einigungsvertrag zugestanden hatte, auch in der Tat beachtet wurde. Um die Arbeit strukturell zu verbessern, haben wir in Ost-Berlin das oben erwähnte Büro eröffnet, das individuelle Einzelberatung für betroffene MosambikanerInnen und Rechtsberatung anbietet, das aber auch im Notfall mit Betrieben in Ostdeutschland verhandelt. Das von der Bundesregierung aufge-

legte Fachkräfteprogramm für die noch nicht abgeschobenen MosambikanerInnen ist partiell ein Resultat unserer Öffentlichkeitsarbeit, selbst wenn wir an seiner Gestaltung nicht direkt mitwirken können. Wir bieten daher zusätzliche Publikationen, Informationen und Seminare zur Vorbereitung mosambikanischer Rückkehrer an. Wir unterstützen auch die entstandene Selbstorganisation der mosambikanischen ArbeiterInnen in der DDR.

6. Politische Lobby-Arbeit: diese findet sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene statt. Z.B. hat der KKM nach einer nationalen Kampagne zum Thema "Apartheid tötet auch in Mosambik - Beeendet den Krieg Südafrikas gegen seine Nachbarstaaten" eine europäische Konferenz 1988 in Bonn zu diesem Thema veranstaltet, an der über 400 Teilnehmer aus 18 europäischen Ländern sowie aus den USA und Kanada teilnahmen. Die europäische Mosambik-Solidarität wird nun im Rahmen der Ecasaama (European campaign against Southafrican aggression against Mozambique and Angola) weitergeführt. Im Mai 1992 wurde eine neue europäische Kampagne für Schuldenstreichung und eine bessere Sozial- und Entwicklungspolitik gestartet.

MOSAMBIK RUNDBRIEF

Der Koordinierungskreis Mosambik gibt 4x jährlich eine Zeitschrift, den Mosambik Rundbrief heraus. Neben der aktuellen Berichterstattung aus Mosambik und der Solidaritätsbewegung beleuchtet der Rundbrief unterschiedliche Schwerpunkte:

Frauen in Mosambik - Kirche - Schulpartnerschaften - Kinder im Krieg - Gesundheitswesen - Entwicklungspolitik - Friedens-verhandlungen - MosambikanerInnen in der Ex-DDR - Ökologie u.a.

Ein kostenloses Probeexemplar schicken wir gerne zu.

terre des hommes

Unterstützung für Mosambik

terre des hommes heißt frei übersetzt "Erde der Menschlichkeit". 1967 gegründet, unterstützt terre des hommes Deutschland heute Projekte in mehr als 20 Ländern der Erde. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist das Südliche Afrika.

terre des hommes schickt keine "weißen Experten", sondern unterstützt einheimische Gruppen und Institutionen, die Kindern und Jugendlichen in ihrem sozialen Umfeld helfen.

terre des hommes ist konfessionell und politisch unabhängig. Über 90 Prozent des Etats von etwa 15 Millionen Mark kommen aus privaten Spenden.

terre des hommes versteht sich als Bürgerinitiative. 175 Arbeitsgruppen gibt es derzeit in der Bundesrepublik. Die Informationsarbeit hat satzungsgemäß einen hohen Stellenwert bei terre des hommes.

So verabschiedete die Mitgliederversammlung von terre des hommes im Mai 1987 eine Resolution zum Südlichen Afrika, in der es heißt:

"... militärische und wirtschaftliche Destabilisierung seitens Südafrika sind Verursacher einer Situation, die Tod und Elend über die mosambikanische Zivilbevölkerung bringt. Die Entwicklungsversuche der unabhängigen Staaten des Südlichen Afrikas werden durch die Gewaltpolitik des weißen Minderheitsregimes erheblich beeinträchtigt...

Es wäre daher blind zu glauben, materielle Hilfe allein könnte die Situation verändern. Eine grundlegende Veränderung der politischen Situation in Südafrika ist die Grundvoraussetzung für menschenwürdige Lebensbedingungen.

Die Mitgliederversammlung von terre des hommes fühlt sich verpflichtet und appelliert an andere Hilfswerke, sowohl die materielle Hilfe für die Frontstaaten des Südlichen Afrika zu vergrößern als auch gleichzeitig in der Öffentlichkeit auf eine Beendigung der Unterstützung von Apartheid in jeder Form hinzuwirken. Ein Mittel hierfür ist die Auferlegung bindender und allgemeiner Sanktionen gegen das Apartheidregime."

Seit 1987 fördert terre des hommes die mosambikanischen Projektpartner direkt. Als Kinderhilfs-

werk konzentriert sich terre des hommes auf die Verbesserung der Existenzgrundlage junger Mosambikaner und der Möglichkeit ihrer Entwicklung.

Im Distrikt Manhiça zum Beispiel unterstützt terre des hommes die Bewohner des Dorfes Munguine, das aufgrund des Flüchtlingsstroms aus den Kriegszonen schnell angewachsen ist. Um Munguine herum gibt es fruchtbares Land, das auf die einzelnen Familien verteilt wird. Die Neuankömmlinge brauchen Saatgut und Hacken, um sich möglichst schnell wieder auf Eigenversorgung umzustellen.

Die über tausend Kinder und Jugendlichen am Ort haben zwar ausgebildete

me Vorhaben und über die Verwendung des Entwicklungsfonds.

Lina Magaia ist als Projektkoordinatorin die Vermittlerin zwischen Bauern und staatlichen Stellen. Sie muß dafür sorgen, daß das Saatgut eingekauft wird, daß die Pflüge rechtzeitig kommen, daß Stoffe als Tauschmittel für Überschüsse der Bauern vorhanden sind.

Wie überall im Land gibt es auch in Manhiça Kinder, die ihre Familie verloren haben und Hilfe brauchen. Die Frauenorganisation bemüht sich um die Kinder, schafft neue familiäre Zusammenhänge für sie – denn dies ist der Unterbringung in Heimen vorzuziehen. terre des hommes unterstützt die Unterkunft und Selbstversorgung dieser Kinder und Pflegemütter.

Neben den mehr als 200.000 zählenden jungen Kriegswaisen sind tausende Kinder und Jugendliche von den Terrorgruppen der RENAMO verschleppt, militärisch abgerichtet, als Lastenschlepper ausgebeutet und sexuell mißhandelt worden. Viele sind zum Morden gezwungen worden, tausende durch erlebte Greuelthaten traumatisiert. Nach ihrer Befreiung brauchen sie Unterstützung, um in ihrer Umwelt wieder zurecht zu kommen. Es gibt kaum Experten, aber in Mosambik vertraut man auf gemeinschaftliche Anstrengungen, mit den Kriegsauswirkungen umgehen zu können. Überall werden Lehrer, in Zusammenarbeit mit den Familien, für die besonderen Probleme traumatisierter Kinder und Jugendlicher sensibilisiert, wird mit ihnen beraten, was für die mosambikanische Realität machbar ist. Man will dabei von anderen Erfahrungen lernen, wird sie aber nicht einfach kopieren. terre des hommes unterstützt diese Anstrengungen.

Weil die RENAMO sehr viel Schulen zerstört hat, können 300.000 Kinder nicht mehr zum Unterricht gehen. Das Erziehungsministerium hat ein Notprogramm zum Wiederaufbau von Schulen erarbeitet, terre des hommes unterstützt Teile des Programms.

Insgesamt betrug die Förderung von Projekten in Mosambik 1991 750.000 DM. Für 1992 sind DM 760.000 DM vorgesehen.



Foto: Ursula Šemin-Panzer

Lehrer, aber zu wenig Arbeitsmittel und kein Schulgebäude, um den Unterricht auch bei Regen und Kälte durchzuführen. Ein Gesundheitsposten soll verbessert werden. Das Entwicklungskomitee des Dorfes entscheidet über gemeinsa-

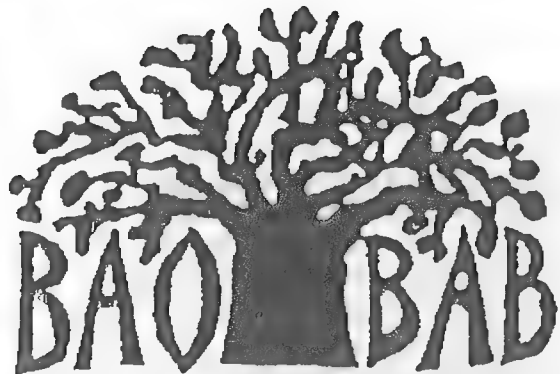


terre des hommes

Postfach 4126 · 4500 Osnabrück

Spendenkonto: 700 (BLZ 265 10111)

bei der Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück. Stichwort: Mosambik



INFOLADEN EINE WELT e.V.

Winsstraße 53
0- 1055 Berlin Tel. 030/4269451

Eine gerechte Welt!

Dazu müssen wir:

aufklären über wirtschaftliche und politische
Machtinteressen als Ursache für die
zunehmende Verelendung und Unterdrückung
eines Großteils der Weltbevölkerung;
die Wachstums- und Entwicklungsideologie der
reichen Länder in Frage stellen;
den Nord-Süd-Konflikt als globales Problem
für die Ökologie und als Resultat ungerechter
Welthandelsbeziehungen reflektieren;
der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit ent-
gegenwirken und nach ihren Ursachen und
Hintergründen fragen.



**Wo Recht zu Unrecht wird,
wird Widerstand zur Pflicht !**

Der BAOBAB INFOLADEN ist ein eingetragener
Verein, der um basisdemokratische Strukturen
bemüht ist und offen sein will für alle, die sich
nach ihren Möglichkeiten beteiligen wollen

Der BAOBAB INFOLADEN ...

... am 16. Februar 1990 Ladenbesetzung,
Vereinsgründung am 09. März 1990, Start mit
zwei Arbeitskreisen und vielen Sympathisanten
(insgesamt 32 Vereinsmitglieder), Teilnahme an
Aktionen gegen Apartheid und für EINE gerechte
WELT, Bestätigung als Verein im Juni 1990 ...

Info-Café mit:

Begegnungsstätte für Aus- und InländerInnen,
Informationen zur Situation in den Ländern der
"Dritten Welt", zu entwicklungspolitischen
Fragestellungen...

Antirassistisches Telefon:

Entgegennahme von Meldungen zu
rassistischen und faschistischen Überfällen und
Diskriminierungen.

Rechtsberatung:

14-tägig dienstags
(vorwiegend für AusländerInnen)

thematische Arbeitskreise zu:

Lateinamerika, der Türkei, dem südlichen Afrika
und dem alternativen Handel

Informationsveranstaltungen,
Seminare,
Sprachkurse

Wir benötigen finanzielle und materielle
Unterstützung:

Unsere Kontonummer: 4113 520 297

Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Bankleitzahl: 100 500 00

"Produkte auf der Grundlage eines
gerechteren Handels zwischen Nord und Süd"

UNSER ANLIEGEN

UNSERE ANGEBOTE

Kurzbiografien

Momed Letifo

Mein Leben in Deutschland

Durch ein Regierungsabkommen zwischen der ehemaligen DDR und Mosambik bin ich 1987 als Arbeitskraft nach Deutschland gekommen. Für mich ist es ein großes Glück, daß ich eine Ausbildung als Schweißer machen konnte, und ich fühle mich auch wohl in diesem Beruf. Ich bin von Mosambik nach Deutschland gekommen, weil ich eine Ausbildung machen wollte und auch, um andere Leute kennenzulernen. Ich habe hier viele Freunde gewonnen, die mich sehr gut verstehen, deshalb möchte ich auch hier in Deutschland bleiben. Hier habe ich auch eine Arbeit, die mir gefällt, und ich werde in meinem Beruf als Schweißer in meinem Betrieb in Weimar gebraucht.

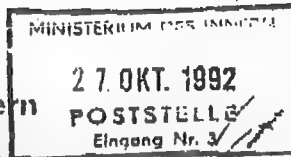
In Mosambik ist zur Zeit Bürgerkrieg. Ich habe keine Eltern mehr, und meine Geschwister sind sehr arm, deshalb hoffe ich, wenn ich in Deutschland arbeite, dann kann ich meine Geschwister ein bißchen unterstützen. In meiner Freizeit mache ich viele Sachen (z. B. Diskjockey in einer Afro-Disco und spiele in einer Fußballmannschaft). Die Leute aus Weimar, die mich kennen, sagen, daß ich nicht weggehen soll. Wenn ich in meine Heimat zurück muß, dann muß ich mein Leben wieder ganz von vorn anfangen. In Deutschland habe ich Arbeit, die mir gefällt und die gebraucht wird. Meine vielen Freunde in Deutschland will ich auch nicht verlieren. Es wird für mich sehr schwer, wenn ich jetzt in meine Heimat zurückgehen muß, weil ich hier ein ganz anderes Leben gelernt habe.

Mauricio Chaincomo

Ich bin Vertragsarbeitnehmer aus Mosambik gewesen, vom 18.9.1983 bis 20.9.1987. Während der Zeit erlernte ich den Beruf eines Betriebsschlossers im Stammbetrieb des VEB BKK Senftenberg. Dann bin ich nach Hause geflogen und am 8.5.1988 habe ich meine Tätigkeit wieder aufgenommen bis zur betrieblichen Kündigung am 30.11.1990 im Zweigbetrieb Tagebau Seese-Ost als Anlagenmaschinist. Da ich aus dem Regierungsabkommen befreit wurde, mußte ich auf Abfindung verzichten.

Dann habe ich in Berlin bei der Jüdischen Gemeinde Adass Jisroel angefangen am 28.4.1990. Durch mein gutes Auftreten hier wurde am 1.5.1990 ein unbefristeter Arbeitsvertrag mit mir abgeschlossen. Ich beziehe keine Sozialhilfe und bin auch nicht vorbestraft. Warum ich nicht nach Hause zurückkehren will, sind folgende Gründe: Eine kommunistische Regierung ist noch an der Macht, Bürgerkrieg etc. Ich möchte hier arbeiten und leben.

Der Innenminister
des Landes
Mecklenburg-Vorpommern



Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
Postfach 544, D-2750 Schwerin

An die
Innenminister / *Senatoren*
der Länder

D-2750 Schwerin
Arsenal am Pfaffenteich
(Eingang Wiemarische Straße 133)

☎ Schwerin : 574-0
Telefax : 574-2443/2437
Telex : 32377

An den
Bundesminister des Innern

Ihr Zeichen/vom

Mein Zeichen/vom
II 800

Telefon
574 2147

Datum
. Okt. 1992

Betr.: Aufenthaltsrechtliche Behandlung der Ausländer, die auf
der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR be-
schäftigt und qualifiziert wurden (Vietnam, Angola,
Mosambik)

Anlage:

Das Kabinett des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat in seiner
Sitzung am 07. Oktober 1992 folgenden Beschluß gefaßt:

Mecklenburg-Vorpommern tritt dafür ein, daß der Aufenthalt der
Werkvertragsarbeitnehmer, die auf der Grundlage von Regie-
rungsabkommen in die frühere DDR eingereist sind, entsprechend
der geltenden Rechtslage fristgemäß beendet wird.
Eine nachträgliche Änderung der Rechtslage mit dem Ziel eines
allgemeinen Bleiberechts für diese Personengruppe wird abge-
lehnt.

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Aufenthaltsrecht in
Ausnahmefällen sollen beibehalten werden.

In Mecklenburg-Vorpommern wird deshalb kein genereller Ab-
schiebestopp für Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen verfügt.

In der Anlage überende ich die tragenden Gründe dieses Be-
schlusses.

Im Auftrag

Nockemann

N o c k e m a n n

Grundlage für den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer in der früheren DDR war im wesentlichen § 2 b der "Anordnung über den Aufenthalt von Ausländern in der Deutschen Demokratischen Republik" vom 28. Juni 1979 (GBl. der DDR I Nr. 17 S. 154). Danach erhielt dieser Personenkreis eine Aufenthaltsgenehmigung.

Eine Aufenthaltsgenehmigung entsprechend der o.g. Ausländeranordnung berechnete die betreffenden Ausländer zu einem länger befristeten Aufenthalt zum Zweck der Berufsausübung, Berufsausbildung oder des Studiums. In der Regel wurde die Aufenthaltsdauer innerhalb der Regierungsabkommen auf 4 bis 5 Jahre festgelegt.

Die Tatsache der Zweckgebundenheit und der zeitlichen Befristung der Aufenthaltsgenehmigung war den ausländischen Bürgern bereits bei der Einreise bekannt. Ein Vertrauenstatbestand hinsichtlich eines Bleiberechts wurde auch nach DDR-Recht nicht geschaffen.

Auch wenn in besonderen Einzelfällen die Aufenthaltsdauer über diesen Zeitraum hinaus verlängert werden konnte, wußten die betreffenden Personen, daß entsprechend der damaligen Gesetzeslage eine spätere Ausreise außer Frage stand und ein Daueraufenthalt nicht möglich war. Diese Tatsache findet Berücksichtigung in der "Anordnung über die Veränderung von Arbeitsrechtsverhältnissen mit ausländischen Bürgern, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR beschäftigt und qualifiziert werden" vom 13. Juni 1990 (GBl. der DDR I Nr. 35 S. 398), die gemäß Einigungsvertrag Anlage II Kap. VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 2 im Beitrittsgebiet in Kraft bleibt.

In dieser Anordnung ist dem o.g. Personenkreis gemäß § 6 Abs. 1 lediglich das Recht eingeräumt, bis zum Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Vertragsdauer im Beitrittsgebiet zu verbleiben. Danach sind die Personen gemäß § 42 Abs. 1 AuslG ausreisepflichtig.

Über die Möglichkeit eines über die Vertragsdauer hinausgehenden Aufenthaltes kann nur nach Maßgabe des seit dem 1.1.1991 für die gesamte Bundesrepublik Deutschland geltenden Ausländergesetzes entschieden werden.

Entsprechend Einigungsvertrag wurden die Aufenthaltsrechte, die nicht von § 94 AuslG erfaßt werden, in Aufenthaltsgenehmigungen nach § 5 AuslG überführt. Danach gelten die auf der Grundlage des früheren Ausländerrechts der Beitrittsländer erteilten Aufenthaltsgenehmigungen seit dem 1. Januar 1991 als Aufenthaltsbewilligungen nach § 28 AuslG fort.

Gemäß § 11 Abs. 3 Satz 2 der Arbeitsaufenthaltsverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1990 S. 294) kann die Aufenthaltsbewilligung jedoch nur bis zu der in der zwischenstaatlichen Vereinbarung vorgesehenen Beschäftigungsdauer, also nur für den Zeitraum der ursprünglich erteilten Aufenthaltsgenehmigung nach ehemaligem DDR-Recht, verlängert werden. Dies gilt auch insoweit, als den Ausländern die Ausübung einer anderen als in der zwischenstaatlichen Vereinbarung vorgesehenen Beschäftigung erlaubt wird.

Das bedeutet, daß für die betreffenden Personen kein rechtlicher Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis besteht, zumal auch für andere Ausländer, die eine Aufenthaltsbewilligung besitzen, eine Aufenthaltsverfestigung von Gesetz ausgeschlossen wird.

Eine Ausnahmeregelung wurde für die Ausländer geschaffen, die sich am 1. Januar 1991 seit mehr als 8 Jahren ununterbrochen im Beitrittsgebiet aufgehalten haben.

Diesem Personenkreis kann auf der Grundlage des § 11 Abs. 3 Satz 3 der Aufenthaltsverordnung eine Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung nach Maßgabe des AuslG erteilt werden.

Für eine Änderung der geltenden Rechtslage werden weder rechtliche noch politische oder humanitäre Gründe gesehen.

- a) Ein Vergleich mit den von der Bundesrepublik Deutschland in den 60er und 70er Jahren angeworbenen Gastarbeitern ist unzulässig.

Hier handelt es sich um zwei verschiedene historische Zeiträume und unterschiedliche Zielsetzungen.

Die o.g. Regierungsabkommen waren Bestandteil der Entwicklungshilfe der DDR.

Vordringliches Anliegen dieses Abkommens war übereinstimmend die Unterstützung Vietnams bei der Ausbildung von Facharbeitern und Meistern in Industrie und Handwerk.

Jedem Vietnamesen wurde eine Ausbildungsmöglichkeit angeboten. Unabhängig von der Ausbildungszeit wurde die Vertragsdauer in der Regel auf 5 Jahre festgelegt. Darüber hinausgehende Verlängerungen stellten die Ausnahme dar.

Daß durch vietnamesische Arbeitskräfte nebenbei Arbeitsmarktlücken der DDR abgedeckt wurden, berechtigt nicht zu einer nachträglichen Umbewertung dieses Abkommens als Anwerbung von Gastarbeitern.

Ein Vergleich mit der Gruppe der in die Bundesrepublik Deutschland eingereisten Gastarbeiter ist auch deshalb fragwürdig, weil es in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973 einen allgemeinen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer gibt.

Selbstverständlich werden auch in Mecklenburg-Vorpommern vor der Ausreiseverfügung in jedem Einzelfall Abschiebungshindernisse geprüft und entsprechend berücksichtigt.

- d) Die Auffassung, daß die zur Ausreise verpflichteten Vietnamesen "ins Asyl getrieben werden", ist irrelevant. Dies müßte dann auch bei jedem anderen Ausländer, der im Anschluß an einen befristeten Aufenthalt die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen hat, angenommen werden.
- e) Es stellt sich ferner die Frage, wie ein allgemeines Bleiberecht angesichts der besonders in den neuen Bundesländern kritischen Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt der hiesigen Bevölkerung plausibel gemacht werden soll. Die Akzeptanz der Ausländer- und Asylpolitik ist bei weiten Teilen der Bevölkerung schon jetzt überstrapaziert.
- f) Ein Daueraufenthaltsrecht für die noch in der Bundesrepublik Deutschland aufhältigen Werkvertragsarbeitnehmer würde mit Sicherheit dazu führen, daß auch den noch in den Heimatländern aufhältigen Familienangehörigen ein Nachzug gestattet werden müßte. Dadurch würde sich die Zahl der Ausländer, für die ein Dauerbleiberecht verfügt würde, weiter erhöhen.

Im übrigen wird sich die Frage stellen, wie unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung über ein erneutes Aufenthaltsrecht derjenigen entschieden werden sollte, die auf der Grundlage des geltenden Rechts fristgemäß in ihr Heimatland zurückgekehrt sind.

• • •

- h) Eine Verpflichtung zur "moralischen Wiedergutmachung" auf Grund in der DDR erfolgter ungerechtfertigter Behandlung oder begangenen Unrechts ist nicht nachvollziehbar.

Gesicherte hiesige Erkenntnisse bestätigen nicht, daß diese Personen bewußt von der übrigen Bevölkerung abgeschottet wurden.

Die Vietnamesen waren in vergleichsweise gut ausgestatteten Wohnheimen untergebracht. Die Ausländer konnten sich ohne Einschränkungen bewegen und Kontakte zur Bevölkerung knüpfen, wofür es durchaus Beispiele gibt.

Die Vietnamesen waren als Auszubildende oder Arbeitnehmer in das Betriebsleben integriert.

Die Entlohnung erfolgte - wie bei Deutschen - entsprechend der Arbeitsleistung. Auf Grund des vielfach besonderen Fleißes zählten die Vietnamesen nicht selten zu den bestbezahlten Arbeitern.

Es handelte sich keinesfalls um "billige Arbeitskräfte".

Die Vietnamesen erhielten neben den üblichen noch besondere Zuwendungen aus den Sozialfonds der Betriebe.

Die Werkvertragsarbeitnehmer erfuhren die besondere Unterstützung und Förderung sowie den besonderen Schutz des Staates.

Es ist unzutreffend, daß Vietnamesinnen während der Vertragszeit zum Schwangerschaftsabbruch veranlaßt oder gar gezwungen worden sind.

Vielmehr war auf Wunsch der vietnamesischen Seite Vertragsbestandteil, daß im Falle einer Schwangerschaft eine Rückkehr ins Heimatland erfolgen sollte.

Daneben wurde schwangeren Vietnamesinnen von Seiten der DDR angeboten, wegen der besseren medizinischen Bedingungen hier zu entbinden und erst Wochen danach mit dem Kind auszureisen.

Wie allen Frauen in der ehemaligen DDR stand auch den Vietnamesinnen die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruches offen.

Dazu haben sich einige Vietnamesinnen entschlossen, um bis Vertragsende hierbleiben zu können.

(Ende der Anlage)

Resolution an die Bundesregierung

WIR FORDERN BLEIBERECHT FÜR EHEMALIGE VERTRAGSARBEITNEHMER!

Wir mosambikanischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer sind auf Grund eines Regierungsabkommens in die ehemalige DDR geholt worden. In den Betrieben fragte man nur nach unserer Arbeitskraft. Man dachte nicht darüber nach, daß wir auch Menschen sind. In der Wendezeit wurden die zu DDR-Zeiten geltenden Regeln außer Kraft gesetzt. Dank einiger engagierter Politiker wurde der Vertrag mit Mosambik geändert: Diese Änderungen fanden ihren Niederschlag in der Veränderungsverordnung vom 13.6.1990. Es gab Abfindungsangebote für diejenigen, die in ihre Heimat zurückkehren wollten. Für diejenigen, die hier bleiben wollten, gab es neue zusätzliche Rechte:

1. Recht auf weiteren Aufenthalt bis zur ursprünglichen Vertragsdauer, auch wenn das Arbeitsverhältnis beendet war;
2. Recht auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis auch für eine andere als die bisher ausgeübte Tätigkeit;
3. Recht auf Leistungen des Arbeitsamtes wie Arbeitsvermittlung, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe;
4. Recht auf Erteilung einer Gewerbeerlaubnis für eine selbständige unternehmerische Tätigkeit, meistens Reise-gewerbe.

Trotz dieser uns zugestandenen Rechte, verließen von den ehemals 18 000 Mosambikanern viele das Land, da sie oft überhaupt nicht oder nur mangelhaft über dieselben informiert wurden. So sind heute nur noch ca. 800 hier. Darunter sind nicht wenige, die ihre Arbeitskraft bis zu 13 Jahren für deutsche Belange eingesetzt haben.

Mit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes erhielten wir den Aufenthaltstatus der Bewilligung. Er macht eine Arbeitsaufnahme fast unmöglich und zwingt uns, nach der ursprünglichen Vertragsdauer nach Mosambik zurückzukehren.

Durch den sechzehn-jährigen Bürgerkrieg in Mosambik haben viele ihre Familien verloren, und einige wissen noch nicht einmal, wo sich ihre Familien zur Zeit aufhalten. Das Land ist zerstört. Die Wirtschaft liegt am Boden. Für die Rückkehr gibt es keine Perspektiven.

Daher fordern wir von der Bundesregierung für diejenigen, die auf Dauer hierbleiben wollen:

Bleiberecht für die wenigen noch hier verbliebenen ehemaligen VertragsarbeitnehmerInnen und die Umwandlung der Aufenthaltsbewilligung in eine Aufenthaltserlaubnis.

Initiativ Gruppe Mosambik (IGMO)
Neue Bahnhofstraße 19
O-1035 Berlin

Stellungnahme zum aufenthaltsrechtlichen Status von (mosambikanischen) KontraktarbeitnehmerInnen in Deutschland

Der Koordinierungskreis Mosambik e.V. initiierte bereits im September 1990 eine Resolution, in der ein unbefristeter Aufenthaltsstatus für alle KontraktarbeitnehmerInnen gefordert wurde. Damals wie heute sprechen gewichtige Gründe dafür, allen noch Verbliebenen KontraktarbeitnehmerInnen einen gesicherten Aufenthaltsstatus und eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis zu gewähren:

* Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisse wurden auf der Grundlage der jeweiligen Regierungsabkommen für die Dauer von vier bzw. fünf Jahren abgeschlossen. Diese Befristung hatte für die Betroffenen bis 1990 jedoch kaum Bedeutung, da eine Verlängerung für weitere vier oder fünf Jahre jederzeit durch einfache Willenserklärung begründet werden konnte. Gleiches galt für eine zweite Verlängerung. Spätestens den ab 1984 Einreisenden war diese Praxis bekannt. Sie konnten also bereits bei Ausreise von einem Daueraufenthalt in der DDR ausgehen. Eine zwangsweise Beendigung des Aufenthaltes würde dem durch die ständige Praxis geschaffenen Vertrauen in einen Daueraufenthalt entgegenstehen. Zudem würde sie eindeutig der vielfach geäußerten Zusicherung entgegenstehen, die Vereinigung Deutschlands werde nicht auf Kosten der AusländerInnen gehen.

* Bis zum Jahre 1984 kam die Mehrzahl der VertragsarbeitnehmerInnen in den Genuß einer beruflichen Ausbildung. Später Eingereiste konnten nur in Ausnahmefällen eine solche Ausbildung absolvieren. Für die große Mehrheit galt, daß ihre Anwerbung allein dem Ziel der Arbeitskräfteanwerbung diene. Die rechtliche Gleichstellung mit den sog. GastarbeiterInnen in den alten Bundesländern ist hier eindeutig geboten. Alle anderen Interpretationen (vor allem die Begründung des Kabinetts Mecklenburg-Vorpommerns zum Beschluß vom 7.10.92) beruhen auf einer Überbewertung des Vertragstextes und berücksichtigen nicht die über Jahre hinweg geübte Praxis.

* Das Leben jeder Rückkehrerin und jedes Rückkehrers ist akut gefährdet aufgrund der ökonomischen Lage, der andauernden Hungersnot in Mosambik und aufgrund der allgegenwärtigen Gewalt, die sich besonders gegen die entfremdeten und entwurzelten Heimkehrer richtet. Der Auffassung des Kabinetts von Mecklenburg-Vorpommern, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Heimatländern seien "kein Hinderungsgrund für eine Aufenthaltsbeendigung" muß entschieden widersprochen werden.

Mit größtem Befremden nehmen wir die von der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns vorgenommene "Geschichtsklitterung" in Bezug auf die Ausländerpolitik der Ex-DDR zur Kenntnis.

Die weitgehende Abschottung von der DDR-Bevölkerung ist ein historischer Fakt. Die Behauptung, Vietnamesinnen seien bei Schwangerschaft nicht zur Abtreibung genötigt worden, kann von uns nicht nachgeprüft werden. Nachweisbar ist für uns jedoch, daß aufgrund des Drucks offizieller DDR-Stellen zahlreiche Mosambikanerinnen zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden. Für diese Frauen und viele andere, die Opfer staatlicher Repression waren, muß dieser beschämende Versuch des Kabinetts Mecklenburg-Vorpommerns, die Ausländerpolitik der DDR zu rechtfertigen und schönzufärben, wie ein Schlag ins Gesicht wirken. Eine öffentliche Entschuldigung, etwa in vietnamesischen, mosambikanischen und angolanischen Tageszeitungen, erscheint hier angebracht.

Sowohl die DDR-Ausländerpolitik als auch die Art und Weise, wie 16.000 MosambikanerInnen nach der Wende von Deutschland "verabschiedet" wurden, fordert eine moralische Wiedergutmachung. Dafür ist es zwar spät - aber noch nicht zu spät.

Die jetzt von PolitikerInnen in die Diskussion gebrachten Anschuldigungen von "Schmarotzertum" und "Illegalem Aufenthalt" sind in dieser Situation sicher nicht angebracht. Spätestens seit den schrecklichen Auswirkungen der Asylrechtsdiskussion kann niemand mehr sagen, er habe nicht gewußt, welche Auswirkungen sein Tun und Reden haben würde.

Der Koordinierungskreis Mosambik fordert die Mitglieder des Bundesratsausschusses "Arbeit und Sozialpolitik", den Bundesrat und alle Beteiligten auf, den weiteren Aufenthalt und die Arbeitserlaubnis für alle vertriebenen KontraktarbeitnehmerInnen durch gesetzliche Maßnahmen rechtlich eindeutig abzuschern. Die gegenwärtige Rechtsunsicherheit muß unverzüglich beendet werden. Ein erster Schritt ist ein genereller Abschiebestopp. Bielefeld 1. Dezember 1992

Nicht täglich -
aber gründlich



blätter des iz3w

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:

Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen

Nr. 183: Nationalismus II

Nr. 184: Mittelamerika

Nr. 185: Verstädterung

Nr. 186: Israel in den 90er Jahren

8 mal im Jahr für DM 48,-

Einzelheft DM 6,-

Bezug:

Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

☐ Bitte schickt mir Eure Materialliste

Ich bestelle die **blätter des iz3w**
(acht Ausgaben/Jahr)

☐ Im Abonnement

☐ als unverb. Probeabo von drei
Ausgaben für DM/ sfr. 10,-

☐ in bar

☐ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer
Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift



INFORMATIONSZENTRUM
AFRIKA E.V.
SCHILDSTRASSE 28
2800 BREMEN 1
TELEFON 0421 / 74917

Siehe täglich -
aber gründlich



Information
Zentrum



Information
Zentrum
für
die
Brennerei
und
Zuckerfabrik
in
Bremen

INFORMATION ZENTRUM
FÜR
SCHLACHTHAUSEN
UND
BREMEN
TELEFON 0421 1 2015

Formular mit mehreren Zeilen für handschriftliche Notizen.

IM813
IN-416





Vom Zugpferd zum Sündenbock: ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter mit seiner Mutter in Mosambik

"Die Auffassung, daß die zur Ausreise Verpflichteten ... ins Asyl getrieben werden, ist irrelevant."

"Die Akzeptanz der Ausländer- und Asylpolitik ist bei weiten Teilen der Bevölkerung schon jetzt überstrapaziert."

Zitate aus einem Beschluß der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns vom 7.10.92 zur Abschiebung nahezu aller sog. Vertragsarbeiter der Ex-DDR nach Vietnam, Mosambik, Angola und Kuba

Dieses Buch zeigt die Geschichte der VertragsarbeiterInnen der Ex-DDR auf und ergreift Partei für die Durchsetzung der erworbenen Ansprüche der Betroffenen.



3 0000 003 294 935